



Plenarprotokoll

47. Sitzung

Freitag, 24. Januar 2014

- a) **Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Neufassung des Landesplanungsgesetzes und zur Aufhebung des Landesentwicklungsgrundsatzgesetzes.....**

3819

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 18/885

- b) **Entwurf eines Gesetzes für eine verlässliche Raumordnungsplanung.....**

3819

Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/898

- c) **Chancen erkennen, Potenziale nutzen - Gemeinsame Landesplanung mit Hamburg vorbereiten.....**

3819

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/821

- Zielvorstellungen der Landesregierung im Bereich der Landesplanung.....**

3819

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/874

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 18/1365 (neu) 2. Fassung

Barbara Ostmeier [CDU], Bericht- erstatteerin.....	3819	Beschluss: Überweisung an den Europaausschuss, den Wirt- schaftsausschuss und den Um- welt- und Agrarausschuss.....	3851
Petra Nicolaisen [CDU].....	3819		
Kirsten Eickhoff-Weber [SPD].....	3820, 3832		
Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3823, 3830	Miteinander stärken, Homophobie und Diskriminierung bekämpfen....	3851
Wolfgang Kubicki [FDP].....	3825	Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW	
Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....	3827	Drucksache 18/1459 (neu) 2. Fassung	
Lars Harms [SSW].....	3829	Änderungsantrag der Fraktion der FDP	
Torsten Albig, Ministerpräsident...	3832	Drucksache 18/1506	
Beschluss: 1. Änderungsantrag Drucksache 18/874 wurde zurück- gezogen		Simone Lange [SPD].....	3851
2. Verabschiedung des Gesetzes Drucksache 18/885 in der Fassung der Drucksache 18/ 1365 (neu) 2. Fassung		Katja Rathje-Hoffmann [CDU].....	3852
3. Annahme des in Druck- sache 18/1365 (neu) 2. Fassung enthaltenen Entschließungsantrags		Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3853
4. Gesetzentwurf Druck- sache 18/898 für erledigt erklärt		Dr. Heiner Garg [FDP].....	3854
5. Ablehnung des Antrags Drucksache 18/821.....	3837	Torge Schmidt [PIRATEN].....	3855
		Flemming Meyer [SSW].....	3856
Umwelt- und Gesundheitsstan- dards durch Transatlantisches Freihandelsabkommen nicht auf- weichen.....	3837	Kristin Alheit, Ministerin für So- ziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung.....	3857
Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW		Beschluss: 1. Antrag Drucksache 18/1506 erledigt durch die Mit- antragstellung zum Antrag Drucks- ache 18/1459 (neu) 2. Fassung	
Drucksache 18/1458		2. Annahme.....	3858
EU-US-Verhandlungen über Frei- handelsabkommen stoppen.....	3837	Gemeinsame Beratung	
Änderungsantrag der Fraktion der PI- RATEN		a) Ausbau der Stromnetze in Schleswig-Holstein.....	3858
Drucksache 18/1501		Antrag der Fraktion der FDP	
Sandra Redmann [SPD].....	3838	Drucksache 18/1468	
Heiner Rickers [CDU].....	3839	b) Netzausbau nicht blockieren.....	3858
Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3843	Antrag der Fraktion der CDU	
Dr. Ekkehard Klug [FDP].....	3845	Drucksache 18/1475	
Uli König [PIRATEN].....	3845	Netzausbau in Schleswig-Hol- stein voranbringen.....	3858
Flemming Meyer [SSW].....	3847	Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW	
Dr. Kai Dolgner [SPD].....	3848	Drucksache 18/1514	
Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume..	3849		

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume..	3859
Oliver Kumbartzky [FDP].....	3860, 3871
Hartmut Hamerich [CDU].....	3863
Olaf Schulze [SPD].....	3864
Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3865
Angelika Beer [PIRATEN].....	3868
Flemming Meyer [SSW].....	3869
Peter Lehnert [CDU].....	3870
Johannes Callsen [CDU].....	3871

Beschluss: 1. Berichts Antrag Druck- sache 18/1468 mit Berichterstat- tung der Landesregierung erledigt	
2. Ablehnung des Antrags Drucksache 18/1475	
3. Annahme des für selbstständig erklärten Ände- rungsantrags Drucksache 18/1514.	3872

Mehr Steuergerechtigkeit für Schleswig-Holsteins Bürger - Kalte Progression abbauen.....	3872
---	------

Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/1465	
Wolfgang Kubicki [FDP].....	3872
Peter Sönnichsen [CDU].....	3873
Beate Raudies [SPD].....	3874
Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3875, 3877
Torge Schmidt [PIRATEN].....	3877
Lars Harms [SSW].....	3878
Monika Heinold, Finanzministerin	3880

Beschluss: Ablehnung.....	3882
---------------------------	------

Verlängerung der Kernbrennstoff- steuer.....	3882
---	------

Antrag der Fraktionen von SPD,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/1479

Ausstieg aus der Kernenergie seri- ös fortführen.....	3882
--	------

Änderungsantrag der Fraktion der
CDU
Drucksache 18/1507

Beschluss: Überweisung des Antrags Drucksache 18/1479 und des für selbstständig erklärten Ände- rungsantrags Drucksache 18/1507 an den Wirtschaftsausschuss.....	3882
--	------

Gemeinsame Beratung

a) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Neuregelung der Wahl der Mitglieder des Lan- desverfassungsgerichts	3882
--	------

Gesetzentwurf der Fraktion der
PIRATEN
Drucksache 18/1445

b) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Neuregelung der Wahl der oder des Landesbe- auftragten für Datenschutz	3882
---	------

Gesetzentwurf der Fraktion der
PIRATEN
Drucksache 18/1472

c) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Neuregelung der Wahl der Mitglieder des Lan- desrechnungshofs	3882
--	------

Gesetzentwurf der Fraktion der
PIRATEN
Drucksache 18/1480

Dr. Heiner Garg [FDP], zur Ge- schäftsordnung.....	3882
Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]....	3883
Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3884

Beschluss: Überweisung an den In- nen- und Rechtsausschuss.....	3884
--	------

Gemeinsame Beratung

a) Einrichtung eines Landesberg- amtes prüfen	3884
--	------

Antrag der Fraktion der PIRA-
TEN
Drucksache 18/1334 (neu)

b) Keine zusätzliche Behörde in Schleswig-Holstein	3884
---	------

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/1457

* * * *

Beschluss: 1. Annahme des Antrags
Drucksache 18/1334 (neu)
2. Überweisung des Antrags Drucksache 18/1457 an den
Umwelt- und Agrarausschuss.....

3885

Regierungsbank:

Torsten Albig, Ministerpräsident

Einheitliche Kennzeichnung bei Scripted Reality Formaten.....

3885

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume und Erster Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Antrag der Fraktionen von SPD,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/1477

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa und Zweite Stellvertreterin des Ministerpräsidenten

Änderungsantrag der Fraktion der PI-
RATEN
Drucksache 18/1505

Monika Heinold, Finanzministerin

Beschluss: Überweisung an den In-
nen- und Rechtsausschuss.....

3885

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie

Frei werdende Mittel der Frauen- Helpline für Frauenhäuser verwen- den.....

3885

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung

* * * *

Beschlussempfehlung des Sozialaus-
schusses
Drucksache 18/1496

Peter Eichstädt [SPD], Berichter-
statter.....

3885

Beschluss: Annahme.....

3885

Arbeitsprogramm der Europäi- schen Kommission 2014.....

3885

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/1431

Beschluss: Überweisung an den
Europaausschuss und alle weite-
ren Ausschüsse zur abschließen-
den Beratung.....

3885

Sammeldrucksache über Vorlagen gemäß § 63 Abs. 1 a der Geschäfts- ordnung des Schleswig-Holsteini- schen Landtags.....

3885

Drucksache 18/1488 (neu)

Beschluss: Annahme.....

3885

Beginn: 10:03 Uhr

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 47. Sitzung des Schleswig-Holsteinischen Landtages.

Bitte begrüßen Sie zunächst mit mir auf der Tribüne Schülerinnen und Schüler des Thor-Heyerdahl-Gymnasiums in Kiel. - Seien Sie herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Erkrankt sind die Abgeordneten Jens-Christian Masgnussen und Jürgen Weber. Wir wünschen den Kollegen von dieser Stelle aus gute Besserung.

(Beifall)

Entschuldigt sind die Ministerin Dr. Wende und der Minister Breitner wegen auswärtiger dienstlicher Verpflichtungen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 2 auf:

a) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Neufassung des Landesplanungsgesetzes und zur Aufhebung des Landesentwicklungsgrundsatzgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 18/885](#)

b) Entwurf eines Gesetzes für eine verlässliche Raumordnungsplanung

Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN
[Drucksache 18/898](#)

c) Chancen erkennen, Potenziale nutzen - Gemeinsame Landesplanung mit Hamburg vorbereiten

Antrag der Fraktion der FDP
[Drucksache 18/821](#)

Zielvorstellungen der Landesregierung im Bereich der Landesplanung

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
[Drucksache 18/874](#)

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses
[Drucksache 18/1365 \(neu\) 2. Fassung](#)

Ich erteile der Berichterstatterin des Innen- und Rechtsausschusses, der Frau Abgeordneten Frau Barbara Ostmeier, das Wort.

Barbara Ostmeier [CDU]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Ich verweise insofern auf die Vorlage.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Vielen Dank für die umfassende Berichterstattung. - Wortmeldungen zur Aussprache sehe ich nicht. Dann eröffne ich jetzt die Aussprache zu den genannten Tagesordnungspunkten. Da in erster Lesung bereits darüber beraten worden ist, geht es jetzt nach Fraktionsstärke. Insofern hat zunächst das Wort für die CDU-Fraktion die Frau Abgeordnete Petra Nicolaisen.

Petra Nicolaisen [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem Hinweis auf die bereits erfolgte erste Lesung werde ich auf unsere **Kritik** in Bezug auf die **drei Planungsräume** jetzt nicht mehr eingehen. An dieser Stelle werden wir uns ohnehin nicht einig, wie ich das sehe.

Ich möchte aber gern auf die Stellungnahmen eingehen, insbesondere auf die aus der mündlichen Anhörung, die hierzu stattgefunden hat. Diese Kritikpunkte werden unter anderem dadurch untermauert, dass zum Beispiel vom NABU Schleswig-Holstein Bedenken gegen den übergroßen Zuschnitt des neuen Planungsraumes 3 geäußert wurden, unter anderem in Bezug auf die strukturellen Unterschiede, die auch wir bereits deutlich gemacht haben. Der Landesnaturschutzverband behauptet, dass auch die schon jetzt erforderliche Detailschärfe, bezogen auf die bestehenden Umweltprobleme, nicht gewährleistet werden kann.

Dieses macht deutlich, dass dem Gesetzentwurf der Landesregierung jegliche Darlegung über die Folgen dieser Entscheidung fehlt, sprich über die Chancen, die es durchaus gibt, oder auch über die Risiken, die daraus entstehen.

Nach dem Anhörungsverfahren ist es beim Zuschlag der Stadt **Neumünster** zum **Planungsraum II** geblieben. Dem Planungsraum gehören daneben noch die Landeshauptstadt Kiel und Plön sowie der Kreis Rendsburg-Eckernförde an.

Sowohl im schriftlichen Anhörungsverfahren als auch in ihrer mündlichen Stellungnahme haben die Vertreter der Stadt Neumünster eines ganz un-

(Petra Nicolaisen)

missverständlich deutlich gemacht: **Gewachsene Verbindungen** bestehen in **Richtung Hamburg**, nicht aber in Richtung Kiel. Eine Ausrichtung hat in den letzten Jahren in Richtung Süden und nicht in Richtung Norden stattgefunden.

Bereits im Dezember 2012 hatte die Ratsversammlung der Stadt Neumünster den Beschluss gefasst, sich für eine Zuordnung im südlichen Planungsraum, also Richtung Hamburg, einzusetzen. Dabei gab es 18 Jastimmen und 16 Enthaltungen. Lieber Kollege Dr. Stegner, Mehrheit ist Mehrheit.

Die FDP in Neumünster sprach bereits im Juni 2013 von einer Missachtung der Ratsversammlung und von einer Entscheidung nach Gutsherrenart. Das Nein aus Kiel sei so ziemlich das Gegenteil von der von Ministerpräsident Albig beschworenen Dialogkultur.

(Beifall CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, die Stadt Neumünster und die Metropolregion selbst haben ihren Wunsch mehr als nachvollziehbar begründet. Sie haben deutlich gemacht, dass bereits eine Ausrichtung nach Süden bestehe. Sie haben auch deutlich gemacht, dass sie die ihnen zugedachte **Brückenfunktion** nicht werden leisten können. Sie haben deutlich gemacht, dass die Verflechtungen in Richtung Kiel nicht ausgeprägt seien. Bei einer Größenordnung von 1,6 Millionen Einwohnern im Planungsraum III wären die 76.000 Einwohner aus Neumünster auch nicht mehr aufgefallen.

Alle diese Argumente haben Sie beiseite gewischt, und Sie haben vielmehr auch noch so getan, als wüssten Sie am besten, was gut für die Stadt Neumünster ist, besser als deren Vertreter selbst. „Wir machen das so!“ - Das aber ist arrogant, selbstüberschätzend, und es ist eines bestimmt nicht: ein Dialog.

(Beifall CDU)

Herr Ministerpräsident, eines müssen Sie mir bitte noch einmal erklären. Einer Pressemitteilung habe ich entnehmen können, dass es mit Hilfe von Landesmitteln ein **Regionalbüro** geben soll. Wie soll dieses funktionieren, und wie wird dieses finanziert?

Ich sage Ihnen eines: Landesplanung und Landesentwicklung sind entscheidend für die Zukunft unseres Landes Schleswig-Holstein. Sie sollten sehr genau überlegen, ob Sie es verantworten können, mit den Strukturen unseres Landes zu experimentieren.

Leider wird dieses Gesetz später die Grundlage für die Neufassung des Landesplanungsgesetzes werden. Da sträuben sich mir die Nackenhaare. Wenn ich die bisherige Regierungstätigkeit zugrunde lege, dann wird daraus nämlich kein Entwicklungsplan, sondern ein Wünsch-dir-was-Plan. Das wäre für Schleswig-Holstein fatal. Vielleicht wird daraus aber auch ein Abwicklungsplan.

Mir ist allerdings bereits jetzt klar, dass Sie dieses Gesetz nach der Devise „Mehrheit ist Mehrheit“ beschließen werden. Sie werden sich auch dieses Mal nicht von der Realität aufhalten lassen, Sie werden die Augen davor verschließen.

Um es mit Jean-Paul Sartre zu sagen:

(Beifall Johannes Callsen [CDU])

„Wenn ihr eure Augen nicht braucht, um zu sehen, werdet ihr sie brauchen, um zu weinen.“

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Dem Gesetzentwurf der PIRATEN, der eine **Verschärfung** der **Zielabweichungsverfahren** vorsieht, können wir so nicht zustimmen. Das ist im Ausschuss schon diskutiert worden.

Dem bis auf die FDP **gemeinsamen Antrag** aller Fraktionen bezüglich der **Zusammenarbeit zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein** in Bezug auf die Landesplanung können wir zustimmen. Der Diskussion, die gemeinsame Landesplanung eventuell auf Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen auszudehnen, stellen wir uns gern. Hier würden wir gern weiter beraten. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die SPD-Fraktion hat nun das Wort die Frau Abgeordnete Kirsten Eickhoff-Weber.

Kirsten Eickhoff-Weber [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir haben gerade gehört, es wird befürchtet, dass dieses Gesetz eine Grundlage für „Wünsch-dir-was“ sein soll. Wie gut, dass wir eine Grundlage für „Wünsch-dir-was“ haben. Visionen entwickeln, wünschen, gemeinsam Ziele formulieren, das ist eine gute Grundlage für Schleswig-Holstein.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

(Kirsten Eickhoff-Weber)

Menschen in Schleswig-Holstein sind modern, aufgeschlossen und zufrieden mit Land und Leben. Das ist ein Image, das sich in den letzten 25 Jahren entwickelt hat, und es ist ein Pfund, mit dem wir wuchern sollten. Bei der Landesplanung kann und darf es nicht um Klein-Klein gehen. Wir stehen voll und ganz zu einer engen Einbindung der Regionen, zur Stärkung des ländlichen Raums, zum zentralörtlichen System und zur Verantwortung der Kommunen insbesondere in Fragen der Daseinsvorsorge.

Wir sind allerdings der Überzeugung, dass die von der Vorgängerregierung auf den Weg gebrachte **Kommunalisierung der Regionalplanung**, die wir bereits zurückgenommen haben, und die **Beibehaltung möglichst vieler Planungsräume** auf den falschen Weg führen. Wer Diskurs will, braucht großzügige Strukturen, der braucht weite Räume.

(Beifall SPD)

Planungsräume so weit wie das Land: Die Reduzierung auf künftig **drei Planungsräume** ist richtig. Sie ermöglicht den weiten Blick auf die großen Linien. Wir wollen Entwicklungsperspektiven.

Über die Zuordnung Neumünsters wird durchaus auch mit Betroffenen gesprochen, Frau Nicolaisen. Ich bin direkt abgewählte - -

(Lachen und Beifall CDU und FDP)

Noch einmal: Ich bin direkt gewählte Abgeordnete aus Neumünster. Meine Haltung zu diesem Thema war von Anfang an bekannt. Das heißt, die Menschen wussten, was sie wählten, als sie mich hierher schickten.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das glauben wir nicht!)

Über die Zuordnung haben wir in den Ausschüssen intensiv gesprochen. Es ging um die wichtige Frage: Wohin gehört Neumünster? Neumünster gehört eben nicht nur in die Metropolregion, Neumünster gehört als starkes Oberzentrum mitten in dieses Land.

(Beifall SPD)

Dabei wollen wir die Stadt unterstützen, ein starkes **Oberzentrum mitten in Schleswig-Holstein** mit Ausstrahlung in das Umland und in die Region Kiel zu sein. Gleichzeitig gehört die Stadt zur Metropolregion. Sie hat eine **Scharnierfunktion**. Diese Scharnierfunktion wird diese Stadt wahrnehmen können.

Damit das auf den Weg gehen kann und auch um den Bedenken des Oberbürgermeisters Rechnung zu tragen, ist Unterstützung angeboten worden. Das ist gut und richtig so.

In Schleswig-Holstein blicken wir hinter den Horizont. Deshalb setzen wir auf die **Zusammenarbeit mit Hamburg**. Wo es sinnvoll ist, sollten wir landesplanerische Leitlinien gemeinsam weiterentwickeln, und wir sollten auch weiter über die Landesgrenzen hinaus schauen: nach **Mecklenburg-Vorpommern**, nach **Niedersachsen**, nach **Dänemark**. Wo es um die großen Fragen geht, darum, wie wir morgen leben wollen, sollten uns Landesgrenzen wenigstens keine Barriere sein.

Gelebte Landesplanung, das alltägliche Miteinander, bleibt kommunaler Alltag. Kommunen stehen für Partizipation: Kinder- und Jugendbeteiligung, Vereine, Ehrenamt. Die gesellschaftliche Teilhabe, das tägliche Leben findet vor Ort statt. Das bedeutet auch, dass wir Bürger und Bürgerinnen im Planungsprozess vor Ort beteiligen müssen, aufrecht, transparent. Denn da, wo Menschen direkt betroffen sind, wo sie direkt berührt sind, da muss die Beteiligung gesichert sein.

Die Einkommen in Schleswig-Holstein liegen im Bundesdurchschnitt und damit unter denen Hamburgs. Für das Glück im Norden spielt Geld - das hat uns die Studie gezeigt - wohl keine entscheidende Rolle. In Hamburg und in Schleswig-Holstein sind die Menschen überdurchschnittlich zufrieden, aber sie sind dies aus ganz unterschiedlichen Gründen.

Glücklich machen Menschen Familie, Freunde, aber auch Wohnen und Freizeit im Norden. Die geografische Lage zwischen den Meeren ist offensichtlich auch ein Vorteil für Schleswig-Holstein.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Genau! Wir brauchen keinen Mindestlohn zum Glück!)

- Wollen Sie eine Frage stellen?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ich sagte: Wir brauchen keinen Mindestlohn zum Glück!)

Wir wollen eine Landesplanung, die dem Gemeinwohl verpflichtet ist, die zwischen ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Belangen in einer nachhaltigen Raumentwicklung den Ausgleich sucht, die die Zukunft der kommenden Generationen im Blick hat und egoistische Einzelinteressen bündigt.

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD])

(Kirsten Eickhoff-Weber)

Ich denke, Frau Nicolaisen, an diesem Punkt wird der Naturschutz, wird der Landesnaturschutzverband, auf unserer Seite stehen. Das ist eine Grundlage für eine aufrechte Zusammenarbeit.

(Beifall SPD)

Ein Landesplanungsgesetz hat einen **gesellschaftlichen Kontext**. Dieser Kontext ist der demografische Wandel. Gesellschaft verändert sich laufend, und wir haben in der Bundesrepublik gute Erfahrungen damit gemacht, Wandel zu gestalten. In den späten 50er- und in den 60er-Jahren hatten wir einen Babyboom. Von diesem hat die Gesellschaft profitiert, auch wenn es eine große gesellschaftliche Herausforderung war, für Bildungs- und Gesundheitssysteme. Schauen wir uns doch um: Wie viele sitzen hier, die aus dieser Phase stammen? Und aus allen ist etwas geworden.

(Vereinzelter Beifall SPD - Dr. Heiner Garg [FDP]: Danke!)

So wird es auch mit dem **demografischen Wandel** sein. Es gilt, den Wandel zu gestalten. Wie wir morgen leben, hängt von den Werten ab, für die eine Gesellschaft eintritt und die sie lebt. Diese Werte finden sich auch in der Gesetzgebung wieder.

So setzen wir mit dem Landesplanungsgesetz auf **große Linien**, weil unser Denken einen weiten Horizont hat. Entwicklungsachsen wie die Verbindung zwischen den Metropolregionen Kopenhagen-Malmö und Hamburg verlaufen durch Schleswig-Holstein. Daran werden wir partizipieren. Wir sind nicht der Rand der Republik, sondern wir sind das Zentrum der Verbindung zwischen Skandinavien und Mitteleuropa.

(Beifall SPD und vereinzelt SSW)

Kleinteilige Planungsräume wären da nur hinderlich.

Wir denken heute zum einen internationaler, zum anderen persönlicher und individueller. Werte wie Solidarität, Gemeinsinn, Nachbarschaft, gegenseitige Unterstützung, Nachhaltigkeit und Achtung gegenüber den natürlichen Grundlagen des Lebens prägen unser Denken. Sie werden auch das Schleswig-Holstein von morgen prägen, wenn wir dafür die richtigen Weichen stellen.

Mit den Änderungen, die das Gesetz erfahren hat, tragen wir bestimmten Anliegen Rechnung.

Die Landesplanung in Schleswig-Holstein schließt künftig den **Untergrund im Landesgebiet** ein. Das ist eine Regelung, die zum Beispiel beim Fracking,

aber auch bei den neuen Speichertechnologien eine Rolle spielen wird.

Die zweite Änderung bezieht sich auf die **Beteiligung von Bürgern und Bürgerinnen** an Planungen. Wir werden künftig im Internet veröffentlichen. Wir werden den Dialogprozess, der mit dem Bürgerkongress begonnen hat, der auf den Regionalkonferenzen fortgesetzt wurde, weiterführen, weil das unsere feste Überzeugung ist.

Wir stärken den **Landesplanungsrat**; denn er kann und soll künftig eine wichtige gestalterische und begleitende Rolle einnehmen. Auch hier gilt: Beteiligung ist, was man daraus macht. Sie muss aktiv gelebt werden.

(Beifall SPD)

Wir machen deutlich, dass wir und warum wir die **maximale Entfernung zum nächsten Ort im zentralörtlichen System** von 10 km auf 12 km anheben können, ohne dass die Versorgung der Menschen im ländlichen Raum gefährdet wird. Ganz im Gegenteil, wir sichern Versorgung, und zwar zuverlässig.

Unsere Landesplanung bekommt eine stärkere **Strategieausrichtung**. Wir brauchen Zukunftsbilder. Wir brauchen Visionen. Mit der Landesplanung gehen wir in die Offensive. Wir agieren, statt nur zu reagieren. Schleswig-Holstein bleibt, auch im Verhältnis zu Hamburg, ein Partner auf Augenhöhe.

Geben Sie sich einen Ruck und stimmen Sie zu! Das Schleswig-Holstein von morgen wird ein Mitmachland sein. Wer mitreden will, kann dabei sein. Wer gute Ideen hat, ist herzlich eingeladen, diese einzubringen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Abgeordnete Eickhoff-Weber, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung der Frau Abgeordneten Nicolaisen?

Kirsten Eickhoff-Weber [SPD]:

Ja.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Sie will mitmachen!)

Petra Nicolaisen [CDU]: Vielen Dank, Frau Kollegin. Sie sprachen von einem weiten

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

Land Schleswig-Holstein, vom Gemeinwohl, von großen Linien und von der Sicherung der Versorgung in Schleswig-Holstein. Das scheint mir nicht gegeben, weil Sie - und darauf sind Sie noch nicht eingegangen - die Maximalentfernung zwischen den Wohnplätzen und den ländlichen Zentralorten von bisher 10 km auf 12 km erhöhen wollen. Dies begründen Sie mit einer erhöhten Mobilität.

Das scheint mir so pauschal nicht zu stimmen. Ich weiß nicht, ob Sie dabei auf den Individualverkehr oder auf den ÖPNV setzen. Das scheint mir aber noch ausbaufähig zu sein. Das scheint mir an dieser Stelle nicht zu tragen.

Kirsten Eickhoff-Weber [SPD]:

Hinsichtlich der Ausbaufähigkeit stimme ich Ihnen gern zu. Wir müssen aber auch überlegen, auf welcher Ebene wir uns befinden. Wir schaffen hier ein Landesplanungsgesetz. Das ist die Grundlage, auf der diese zentralen Fragen entwickelt und geklärt werden sollen.

Die Grundannahme bleibt aber, dass sich die Mobilität der Menschen erhöht hat. Gleichwohl haben wir aufgrund des demografischen Wandels, der sich insbesondere in ländlichen Räumen zeigt, Probleme zu lösen. Die Probleme der Mobilität von älteren Menschen sowie von Kindern und Jugendlichen gibt es bei einer maximalen Entfernung von 10 km genauso wie bei einer maximalen Entfernung von 12 km.

(Beifall SPD)

Lassen Sie mich das noch sagen zu Ihren Bemerkungen zu den großen Linien, zu dem weiten Land, zu der Vision und zu der Zuversicht, die wir damit verbinden: Ich habe eine Bestätigung erfahren. Wenn in einem Land auf einem Neujahrsempfang der Industrie- und Handelskammer gemeinsam „We shall overcome“ gesungen wird, dann ist in diesem Land eine ganze Menge möglich.

(Beifall SPD)

Gute Planungsinstrumente engen nicht ein. Sie schaffen stattdessen Freiräume. Das habe ich bereits bei der Einbringung des Landesplanungsgesetzes gesagt. Unser neues Landesplanungsgesetz wird dazu beitragen, das Schleswig-Holstein von morgen gemeinsam zu gestalten. - Danke.

(Beifall SPD)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat jetzt Frau Abgeordnete Ines Strehlau das Wort.

Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! meine Damen und Herren! Wie machen wir unser Bundesland zukunftsfest? Schleswig-Holstein mag verhältnismäßig klein sein, aber es vereint doch wie kaum ein anderes Bundesland die Chancen und Risiken der heutigen Zeit auf sich. Es gibt Regionen, in denen der demografische Wandel große Umwälzungen erzwingt. Es gibt Gebiete, die besonders stark von einer erfolgreichen Umsetzung der Energiewende profitieren werden. Außerdem gibt es Regionen, in denen wirtschaftliche Strukturbrüche bis heute verarbeitet werden müssen.

Bei dem Gesetzentwurf zur Landesentwicklungsplanung geht es deshalb um viel mehr als nur darum, Räume festzulegen, Regionen einzugrenzen und zu kartografieren. Wir müssen heute **Strukturen schaffen**, die in vielen Jahren noch belastbar sind und die die **Lebensqualität in Schleswig-Holstein langfristig sichern**. Dabei müssen wir nicht nur über Räume, sondern vielmehr über Standards in diesen Räumen nachdenken.

Was wollen, was müssen wir bewahren und schützen? An welchen Stellen kann sinnvoll und effektiv reformiert werden? Bei welchen Themen müssen wir mit Samthandschuhen arbeiten, und wo können wir beherzt die Ärmel hochkrempeln und zu packen?

Die **Aufgabe der Landesregierung** bei der Landesentwicklungsplanung lässt sich gut mit der eines Ackerbauern vergleichen. Bestellt er sein Feld, muss er düngen, damit seine Saat später reiche Früchte trägt. Dabei muss er jedoch ausgeglichen düngen, darf zum einen den Boden nicht versalzen und zum anderen keinen einzigen wichtigen Stoff vergessen. Fehlt dem Boden auch nur ein einziges entscheidendes Element, wird die Saat nicht aufgehen und die Bäuerin keinen Ertrag einfahren. Genauso verhält es sich mit der Lebensqualität in unserem Land, meine Damen und Herren, mit den Standards in den Regionen.

Welche Elemente muss der Dünger enthalten, der langfristig unser aller Lebensqualität maximiert? Ist es allein der Wohlstand? Ist es das Gemeinschaftsgefühl in den Gemeinden? Ist es die Verkehrsanbindung, oder sind es die Bildungsinstitutionen? Sind es die Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen

(Ines Strehlau)

und Bürger am politischen Leben, also die Möglichkeit, lokal und landesweit Einfluss zu nehmen? Ist es die Gesundheitsversorgung oder das schnelle Internet? Wie steht es um den Landschafts- und wie um den Naturschutz? Vielleicht ist es auch das Gefühl, dass der Wohlstand im Land fair verteilt ist, und dass jeder und jede einzelne am derzeitigen Aufschwung teilhaben kann.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: War heute was im Kaffee?)

Mit der Verteilung von Mitteln und mit Reformen und Veränderungen in den Regionen muss sehr sensibel umgegangen werden.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Am Ende besteht immer die Gefahr, dass der regionalen Lebensqualität eines der entscheidenden Elemente entzogen wird. Die Saat einer guten und nachhaltigen Entwicklung könnte nicht aufgehen.

Es ist das Ziel einer guten Landesentwicklungsplanung, die **Lebensqualität** überall im Land auf dem **hohen Stand** zu halten, den wir jetzt haben, und noch weiter zu **verbessern**. Dies darf jedoch in keinem Fall als Gleichmacherei verstanden werden. Wir wollen die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Schleswig-Holstein sicherstellen. Deshalb muss für jede Region eine eigene intelligente und zukunfts feste Strategie unter einem gemeinsamen Dach gefunden werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hier ist Kreativität gefragt, von Pinneberg bis Flensburg und von Lübeck bis Sylt. Dazu gehört auch, dass in Nordfriesland andere verkehrspolitische Schwerpunkte gesetzt werden als im Hamburger Umland.

Meine Damen und Herren, auch wir Grüne setzen uns für gute Landstraßen ein,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Nein!)

wo sie für die Lebensqualität der Menschen essenziell sind. Im Hamburger Umland gelten andere Regeln als im hohen Norden. Dort muss vor allem mehr für die Schiene getan werden.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Noch einmal: Ziel der nachhaltigen Raumentwicklung ist es, verschiedene Ansprüche in Einklang zu bringen und **gleichwertige**, aber nicht **gleichartige Lebensverhältnisse** im ganzen Land zu ermöglichen.

Mit der Neufassung des Landesentwicklungsgesetzes und der Aufhebung des Landesentwicklungsgrundsatzgesetzes erreichen wir zweierlei. Erstens sorgen wir für die notwendige Anpassung an das Raumordnungsgesetz des Bundes.

Zweitens geben wir der Raumentwicklung mit ihren unterschiedlichen Aspekten wie Umwelt, Verkehr und Wirtschaft einen Rahmen vor. Mich freut es besonders, dass wir das Ziel einer nachhaltigen Raumentwicklung gefestigt haben und damit einen Ausgleich zwischen Wirtschaftlichkeit, sozialen Aspekten und Ökologie erreichen konnten.

Außerdem stellen wir sicher, dass zu dem **Gesamtraum** Schleswig-Holstein auch der Untergrund gehört. Der **Untergrund** ist mit seiner geologischen Beschaffenheit beispielsweise vor Fracking geschützt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Zielabweichungen von den Vorgaben der Landesplanung bleiben zukünftig Einzelfallentscheidungen, die sehr genau abgewogen werden müssen und die durch das Raumordnungsgesetz begrenzt werden. Deshalb heißt es in dem Gesetz: Die Grundzüge der Planung dürfen nicht verletzt werden. Auf diese Weise wollen wir zukünftig verhindern, dass wahllos Einkaufszentren auf der grünen Wiese entstehen.

Die räumliche Grundlage der Regionalpläne, in denen die Landesplanung konkretisiert wird, sind die **Planungsräume**. Sie spiegeln regionale Orientierungen und Verflechtungen wider. Es ist uns gelungen, beim Neuzuschnitt der Planungsräume in allen Fällen den Wünschen der Kreise und Städte zu entsprechen; mit einer Ausnahme, nämlich Neumünster. Neumünster hat die besondere Rolle, gleichzeitig Teil der Metropolregion Hamburg und des Planungsraums zu sein, der Kiel umfasst. Es gibt für beide mögliche Zuordnungen **Neumünsters** gute Gründe; für den nördlichen und für den südlichen Planungsraum.

(Volker Dornquast [CDU]: Dann kann man doch den Wunsch der Stadt übernehmen! -

Dr. Heiner Garg [FDP]: Nein, Bruder, so leicht geht das nicht!)

Insbesondere die feste Verflechtung von Kiel und Neumünster bei Pendlerinnen und Pendlern spricht für die Zuordnung zum Planungsraum um Kiel. Zudem ist der Planungsraum III schon jetzt mit 1,6 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern mit Abstand der größte. Perspektivisch könnten wir die

(Ines Strehlau)

Idee, ganz Schleswig-Holstein als einen Planungsraum zu sehen, noch einmal aufgreifen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Unbedingt!)

Bisher ist das auf Grundlage des Bundesrechts aber nicht möglich. Neumünster steht damit natürlich vor der nicht ganz leichten Aufgabe, in beide Richtungen zu planen; sich also sowohl nach Norden als auch nach Süden zu orientieren.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wir lassen euch dabei nicht allein!)

Darüber hinaus gelingt uns mit dem Gesetz eine neue Bestimmung **zentraler Orte**. Damit passen wir die bisherige Gesetzeslage an die demografischen Herausforderungen an. Die Ortschaften bewahren sich auch dann ihre Zentrumsrolle, wenn die Einwohnerzahl schrumpft, denn in diesem Fall kommt das Strukturkriterium des maximalen Abstands eines Wohnplatzes zu einem Zentralort zum Tragen. Statt bisher 10 km werden nun 12 km zum nächsten Zentralort festgelegt. Dadurch stellen wir sicher, dass für nahezu jeden Punkt in Schleswig-Holstein die Versorgungsfunktion durch einen zentralen Ort gewährleistet ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Meine Damen und Herren, wir wissen um die Unterschiede der verschiedenen Regionen. Wir wissen um die Unterschiede zwischen Stadt und Land; zwischen Pinneberg und Kiel und zwischen der Ostseeküste und der Nordseeküste. Dennoch verbindet uns alle, dass in unserem Bundesland die **glücklichsten Menschen der Republik** leben.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das wollen Sie jetzt ändern!)

- Genau das wollen und werden wir erhalten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Diese einzigartige Lebensqualität muss bewahrt werden, denn die Wertigkeit der Lebensverhältnisse ist unser wichtigstes Gut. Es gibt Unterschiede in unserer Gesellschaft. Diese sollen, können und dürfen wir nicht nivellieren. Auf dem Land wird es immer anders sein als in der Stadt, Nordfriesland wird nie wie das Herzogtum-Lauenburg, und Lübeck bleibt anders als Kiel, und das ist gut so. Gerade gestern haben wir über die Unterschiedlichkeit von kulturellen Angeboten auf dem Land und in der Stadt gesprochen. Auch hier müssen wir bewahren und schützen. Doch es gibt auch solche Unterschiede, die wir unterbinden müssen und die zu überwin-

den wir gezwungen sind: Immer dann, wenn Menschen das Gefühl haben, ausgegrenzt zu sein und ein entscheidendes Element für ihre Lebenszufriedenheit fehlt, müssen wir aufhören und aktiv werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit dem Gesetz zur Landesentwicklungsplanung tun wir einen entscheidenden Schritt, um die **Lebensqualität** überall zu erhalten und die verschiedenen Regionen zu festigen. Wir geben den Planungsräumen die Möglichkeit, den richtigen Dünger zu komponieren und freuen uns auf die erfolgreiche Ernte unter dem Dach des zentralen Rahmens des Landes. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die FDP-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende und Abgeordnete Wolfgang Kubicki das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch auf die Gefahr hin, schlechte Stimmung bei den regierungstragenden Fraktionen zu erzeugen: Der große Wurf ist dieses Gesetz nicht. Ich erkenne aber an, dass der uns jetzt vorliegende Text vor allem gegenüber seiner ursprünglichen Fassung eine gewisse Verbesserung erfahren hat. Herr Kollege Dr. Stegner, so möchte ich ausdrücklich lobend erwähnen, dass erstens die **Bekanntmachungen** künftig auch im Internet veröffentlicht werden sollen und dass zweitens eine deutliche Konkretisierung der Bestimmungen für den **Landesplanungsrat** vorgenommen wurde. Hier aber endet mein Lob.

Mit diesem Landesplanungsgesetz wird es nicht gelingen, die Potenziale unseres Landes zu heben, das Wachstum zu erhöhen und die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Schleswig-Holstein zu verbessern. Ich akzeptiere es und freue mich darüber, dass die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner die glücklichsten Menschen in Deutschland sind.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das können Sie nicht ändern!)

- Herr Kollege Dr. Stegner, Sie sind gerade dabei. Wir sind auch das Land mit dem bundesweit größten Niedriglohnsektor. Ich will nicht glauben, dass das eine etwas mit dem anderen zu tun hat.

(Wolfgang Kubicki)

(Beifall FDP)

In jedem Fall aber müssen Sie darüber nachdenken, ob die Frage des Mindestlohns für das Glücksempfinden der Menschen die zentralen Fragen beinhaltet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, so ist es aus wachstumspolitischer Sicht fatal, dass die **Stadt Neumünster** dem Kieler Planungsraum II zugeschlagen wurde, statt sie - wie vor Ort gewünscht - in den Planungsraum III einzugliedern. Der Herr Minister weiß dies auch. Der Wachstumsmagnet unseres Landes ist Hamburg.

Ich finde die **Dialogkultur**, die diese regierungstragenden Fraktionen immer wieder beschwören, sensationell: Wir können miteinander reden, aber entscheiden dürfen Sie nicht. Wir hören Ihnen zu, aber wir befolgen nicht, was Sie sagen. Eine Dialogkultur ist etwas anderes. Sie müssen mit den Menschen nicht reden, wenn Ihnen schon vorher klar ist, dass Sie das, was Sie hören, nicht verarbeiten wollen. Das ist nur Zeitverschwendung.

(Beifall FDP und CDU)

Herr Kollege Dr. Stegner, das werden Sie in den nächsten Wochen und Monaten immer wieder hören, nämlich dass Ihre Form der Dialogkultur das Gegenteil davon ist. Das ist eine Verhöhnung derjenigen, deren Zeit Sie im Zweifel in Anspruch nehmen.

Die **Scharnierfunktion**, die die Landesregierung der Stadt Neumünster mit dieser Entscheidung zutragen wollte, wird die Stadt nicht erfüllen können; auch nicht mit den von Ihnen angekündigten finanziellen Mitteln für ein eigenes Regionalbüro. Die Stadt Neumünster wird mit einer solchen Rolle nicht nur überfordert, sondern sie muss einen Interessenskonflikt managen, der ihr aufgedrückt wurde. Ob es uns gefällt oder nicht, die Wachstumsimpulse kommen heute aus den Ballungszentren. Dort werden Unternehmen gegründet, dort ziehen viele junge und leistungswillige Menschen hin, dort wird wirtschaftliches Wachstum generiert. Wenn das schon so ist, dann müssen die gesetzlichen Normen so definiert sein, dass wir von dieser Entwicklung auch profitieren können.

Neumünster ist ein zentral gelegenes, dynamisches Oberzentrum, das über eine erstklassige Verkehrsanbindung mit schnellen Schienen- und Straßenverbindungen nach **Hamburg** selbst sowie in die gesamte Metropolregion Hamburg verfügt. Jedenfalls ist das bisher der Fall. Die Anbindung Neumünsters an den Flughafen Fuhlsbüttel ist günstiger als von

manchen Stadtteilen Hamburgs aus. Dazu verfügt Neumünster über preiswerte Grundflächen, die für die Ansiedlung von Gewerbe und Industrie sehr gut geeignet sind. Herr Ministerpräsident, das haben Sie selbst noch vor einem Jahr in diesem Hohen Haus bestätigt. Entweder haben Sie das alles mittlerweile vergessen, oder Sie wollen es vergessen machen, indem Sie Neumünster jetzt aus einer über Jahre gewachsenen Struktur herausreißen. Sachgerecht ist eine solche Entscheidung auf jeden Fall nicht.

(Beifall FDP und CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der regierungstragenden Fraktionen, nicht nur Ihr Gesetzentwurf, sondern auch Ihr Antrag bewältigt nicht einmal die Hälfte der Probleme. Statt eine stärkere Kooperation mit der Hansestadt zu suchen, um mittel- und langfristig eine gemeinsame Landesplanung zu etablieren, weichen Sie im Antragstext einfach aus. Wie provinziell stellen wir uns denn gerade auf? - Den Antrag meiner Fraktion, der die Möglichkeit einer gemeinsamen Landesplanung eröffnen will, haben Sie offenbar ohne jede sachliche Prüfung schlicht ignoriert.

Lieber Herr Kollege Dr. Stegner, in diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, wie vor nicht einmal zwei Jahren in der **Enquetekommission zur Norddeutschen Kooperation** in den damals oppositionellen Reihen gedacht wurde. Das ist noch nicht so lange her. Es gibt fast noch die gleichen Personen und Persönlichkeiten. Von dem, was dort gedacht wurde, ist in der praktischen Umsetzung beim jetzigen Gesetzentwurf und beim jetzigen Antrag der regierungstragenden Fraktionen nichts mehr zu spüren. Ich möchte zuerst die damalige Stellungnahme der SPD-Fraktion zitieren. Auf Seite 96 des Berichts schreiben Sie hierzu wie folgt:

„Eine gemeinsame Landesplanung ist die Voraussetzung für eine starke wirtschaftliche Entwicklung Norddeutschlands im erweiterten Verflechtungsfeld der Metropolregion und des nördlichen Landesteils von Schleswig-Holstein. Die Schwerpunkte müssen so gesetzt werden, dass die Entwicklungsachsen sowohl entlang der Fehmarnbelt-Route als auch der Jütlandroute gestärkt werden. Von gezielter Clusterbildung wird der ganze Wirtschaftsraum Hamburg und Schleswig-Holstein profitieren.“

(Beifall FDP)

So weit waren Sie vor zwei Jahren schon einmal. Die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ar-

(Wolfgang Kubicki)

gumentierte nicht unähnlich. In der damaligen Stellungnahme der Grünen heißt es:

„Hamburg und Schleswig-Holstein werden bundesweit und international als gemeinsamer Wirtschafts- und Arbeitsraum gesehen. Beide Bundesländer müssen diesen Sachverhalt akzeptieren und sollten ihn durch die Entwicklung eines gemeinsamen Leitbildes und einer gemeinsamen Marketingstrategie in einen Wettbewerbsvorteil verwandeln. Hierzu gehört unter anderem eine gemeinsame Vertretung im Bund und auf der Europäischen Ebene. In der konkreten Verwaltungsumsetzung sind eine gemeinsame Landesplanung, eine gemeinsame Wirtschaftsförderung mit entsprechenden gemeinsamen Wirtschaftsförderinstituten und die Abstimmung möglicher Verwaltungsstrukturen notwendig.“

- So vor zwei Jahren.

Ich halte fest: Von Ihren großartigen Vorstellungen und Tönen ist heute nicht mehr viel zu hören. Statt die **norddeutsche Kooperation** voranzutreiben, bremsen Sie. Im Zuge einer zunehmenden Globalisierung von Verkehrs-, Waren- und Kommunikationsströmen suchen Sie weiter die Lösung im Rückzug in die Provinzialität. Dass Sie meinen, diesen Schritt gehen zu müssen, tut mir leid. Schleswig-Holstein allerdings tut das nicht gut. Wenn wir uns beispielsweise die Fragen wie Dedenhof oder andere ansehen, stellen wir fest, dass wir schleswig-holsteinische Planungsräume betrachten, ohne uns um die Frage zu kümmern, was unmittelbar hinter unserer Landesgrenze passiert, und ohne uns um die Frage zu kümmern, wie Wettbewerbsvor- oder -nachteile ausgeglichen werden können.

Lassen Sie mich zum Schluss noch auf den **Antrag der PIRATEN** eingehen. **Zielabweichungsverfahren** sind bereits heute an sehr anspruchsvolle Vorgaben geknüpft. Wie anspruchsvoll diese sind, können Sie an der Einschränkung der Erweiterung von Dedenhof in Kaltenkirchen erkennen. Eine weitere Erhöhung der Anforderungen würde de facto zu einem Verbot von Zielabweichungsverfahren führen. Wenn Sie das wollen, dann sollten Sie das auch ganz offen und transparent hier fordern.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und SPD)

Das wäre wenigstens ein bisschen ehrlicher als Ihr Antrag.

Schleswig-Holstein ist ein Land mit sehr glücklichen Menschen, und so soll es bleiben; aber wir

wissen, dass ein wesentlicher Teil unserer wirtschaftlichen Stärke davon abhängt, dass es der Stadt Hamburg und der Metropolregion in besonderer Weise gutgeht. Deshalb noch einmal der dringende Appell von meiner Seite aus, den Herr Meyer und Herr Horch gelegentlich auch in ihren Reden vorantreiben, aber im praktischen Handeln kaum umsetzen: Lassen Sie uns dringend versuchen, mit dem **Planungsraum Hamburg**, dem Planungsraum **Nordniedersachsen** und dem Planungsraum **Mecklenburg-Vorpommern** gemeinsame Linien zu finden.

(Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nichts anderes machen wir in unserem Antrag!)

- Aber hallo! An welchen Punkten denn? Aber dazu kommen wir vielleicht noch. - Verzichten Sie darauf, Werte zu formulieren, die mit Planungsräumen eigentlich wenig zu tun haben, und orientieren Sie sich daran, den Wohlstand für die Menschen in Schleswig-Holstein zu mehren - mit intakten Verkehrsverbindungen, mit intakten Ansiedlungsmöglichkeiten, konzentriert auf den Planungsraum Hamburg. Dann wird es Schleswig-Holstein insgesamt besser gehen. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Piratenfraktion hat Herr Abgeordneter Dr. Patrick Breyer das Wort.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sprechen heute über einen Gesetzentwurf zur Neuregelung der Landesplanung, der von der Landesregierung vorgelegt und mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen abgeändert worden ist. In der Tat möchte auch ich zunächst einmal anerkennen, dass positive Ansätze darin enthalten sind. Schon genannt worden sind erste Ansätze einer Internetveröffentlichung von Planungsunterlagen. Sicherlich ist auch positiv zu bewerten, die Möglichkeiten des Vorgehens gegen das Fracking zu verbessern.

Dennoch findet der Gesetzentwurf keine Antworten auf **zentrale Herausforderungen** an die **Landesplanung** unserer heutigen Zeit. Wir brauchen nicht erst nach Stuttgart zu sehen, um festzustellen, dass es zunehmend auf Widerstand der Bürgerinnen und Bürger stößt, Großprojekte über ihre Köpfe hinweg zu planen. Man kann hierzulande die feste Feh-

(Dr. Patrick Breyer)

marnbelt-Querung, den Bau von Energiestrassen, aber auch in kleineren Bereichen den Bau einer Kiesgrube oder - wie wir jetzt lesen konnten - die Ausweitung einer Schweinemast nennen. Die Bürgerinnen und Bürger wollen zunehmend mitentscheiden und mitbestimmen, was in ihrer Heimat geschieht.

Deswegen haben wir PIRATEN beantragt, dass das Land eine **Charta für echte Bürgerbeteiligung** an der Planung von solchen Projekten umsetzen möge. Unsere Pläne sehen vor, dass es eine frühe Öffentlichkeitsbeteiligung gibt, und zwar zu einem Zeitpunkt, zudem die Entscheidung über das Ob eines Projektes noch nicht getroffen ist, dass man mit den Bürgerinnen und Bürgern zusammen diskutiert, ob ein neues Projekt, eine Straße, eine Trasse überhaupt Sinn macht, welche Alternativen es dazu gibt, dass man ergebnisoffen mit den Menschen erörtert, wie sie ihre Heimat gestalten wollen.

(Beifall PIRATEN)

Wenn dann ein formales Planungsverfahren eingeleitet ist, möchten wir, dass es eine öffentliche Vorhabenkonferenz gibt, um mit allen Beteiligten den Plan zu diskutieren. Wir möchten, dass, wenn es an die Anhörung der Bürgerinnen und Bürger geht, ein Merkblatt zur Verfügung gestellt wird, was wirklich verständlich darstellt, worum es geht, was geplant ist, dass man nicht aktenordnerweise Planungsunterlagen wälzen muss. Da bringt es auch nichts, das ins Internet zu stellen, wenn es keiner versteht. Wir wollen das gern verständlich machen, denn Grundlage für Transparenz ist Verständlichkeit.

(Beifall PIRATEN - Wolfgang Kubicki
[FDP]: Und wer soll das dann machen?)

- Die Planungsbehörde, Herr Kollege Kubicki.

Wir möchten gern, dass nach Abschluss der schriftlichen Anhörungsphase zumindest bei größeren Vorhaben auch verbindlich eine mündliche Anhörung und Diskussion stattfindet. Wir möchten, dass nicht nur zu Beginn der Anhörungsphase, sondern fortlaufend während des gesamten Planungsverfahrens alle Antragsunterlagen im Internet abrufbar sind. Wir möchten, dass das Raumordnungsinformationssystem, was Sie erstmals einführen, auch für die Öffentlichkeit zugänglich ist, damit man sich insbesondere dann benachrichtigen lassen kann, wenn in der Nähe der eigenen Heimat eine Planung vorhanden ist und etwas geplant wird. Gerade Stuttgart 21 hat gezeigt, dass die Öffentlichkeit viel zu spät darauf aufmerksam wurde, was das Projekt überhaupt für ihre Heimat bedeutet.

Dass Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen aus den Koalitionsfraktionen, keinen einzigen dieser Vorschläge aufgegriffen haben, ohne wirklich eine echte nachvollziehbare Begründung dafür zu liefern, enttäuscht mich schon; denn Sie ziehen ja keinerlei Lehren aus diesen Proteststürmen vonseiten der Bürgerinnen und Bürger, aber auch nicht aus Empfehlungen für mehr Bürgerbeteiligung, etwa des Bundesverkehrsministeriums, auch nicht aus dem Prozess, der in Baden-Württemberg, in Rheinland-Pfalz oder gar in Hamburg längst im Gang ist, Bürgerinnen und Bürger mehr an Planungsentscheidungen zu beteiligen. Wir sehen davon in diesem Gesetzentwurf nichts.

Wer wirklich auf Kosten der Mitbestimmung solche Verfahren möglichst beschleunigen und möglichst ungestört durchziehen will, der wird Protest ernten, und davor kann ich nur warnen. Das ist kurz gedacht. Das führt zu solchen Planungsdesastern wie im Fall der A 20 und schadet unserem Land.

Für uns PIRATEN ist Transparenz und Bürgerbeteiligung auch unter Nutzung der neuen Möglichkeiten des Internets die Grundlage und Grundvoraussetzung einer aktiven Zivilgesellschaft. Deswegen können wir die Vorschläge, die Sie hier heute vorlegen, auch nicht akzeptieren.

Ich komme zu einem zweiten Aspekt, der schon angesprochen worden ist: In der Anhörung hat vielfach Einigkeit darüber bestanden, dass das **Planabweichungsrecht** des Ministerpräsidenten klarer definiert und beschnitten werden muss, so etwa bei Vertretern der Kommunen, aber auch der Hansestadt Hamburg, der Industrie- und Handelskammern und des Unternehmensverbands Nord; all diese haben darauf aufmerksam gemacht - und zwar zu Recht -, dass Mega-Shoppingzentren Einzelhandelsstrukturen zerstören und damit die örtliche Versorgung der Menschen in unserem Land gefährden. Was machen Sie? - Nicht nur greifen Sie unseren Vorschlag, Abweichungsmöglichkeiten einzuschränken, nicht auf, sondern Sie weiten die Abweichungsmöglichkeiten gegenüber dem jetzt geltenden Recht sogar noch aus.

Das geht genau in die falsche Richtung. Ich möchte dazu sagen, Herr Kollege Kubicki: Es geht gar nicht darum, solche Zentren von vornherein zu verbieten, sondern es geht um das Verfahren, in dem diskutiert wird, ob wir sie wollen. Das Gesetz sieht für diese Planfeststellungen ein ganz umfangreiches Verfahren mit Bürgerbeteiligung und mit Beteiligung aller Gruppen über den Landesplanungsrat vor. Das kann man nicht einfach umgehen und aus-

(Dr. Patrick Breyer)

hebeln, indem der Ministerpräsident ein Dispens erteilt. Das wollen wir nicht.

(Beifall PIRATEN)

Dementsprechend muss ich auch aus Sicht der PIRATEN sagen, dass dieser Gesetzentwurf wirklich das Gegenteil von dem Dialog ist, den Sie immer versprechen. Wir haben uns Mühe gemacht, konstruktive Vorschläge vorzulegen, auf die Sie aber überhaupt nicht eingegangen sind. Dementsprechend ist dieses Gesetz kein Planungsrecht der Bürger und dementsprechend auch kein Planungsrecht der PIRATEN. - Danke schön.

(Beifall PIRATEN - Zuruf SPD: Das schmerzt uns jetzt weniger!)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat jetzt Herr Abgeordneter Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit der heutigen Verabschiedung des Landesplanungsgesetzes passen wir das Gesetz nicht nur den bundesrechtlichen Regelungen an, vielmehr schaffen wir den Rahmen für eine moderne landesweite Raumordnung.

Eine der wohl wichtigsten Neuerungen ist der **Zuschnitt** der regionalen **Planungsräume**. Statt der bisher fünf Regionalpläne wird es künftig nur noch drei geben. Damit haben wir den Landesteil Schleswig, die Kiel-Region mit Neumünster sowie die Metropolregion.

Da die bisherigen Planungsräume II und IV nicht mehr dem Standard heutiger regionaler Planungsgrößen entsprechen, war ein Neuzuschnitt notwendig geworden. Insgesamt entspricht der Neuzuschnitt in weiten Teilen den Entwicklungsachsen des LEP. Aber auch Aspekte wie Stadt-Umland- und Pendler-Verflechtungen oder regionale Kooperationen werden durch den Neuzuschnitt berücksichtigt.

Der Zuschnitt des künftigen **Planungsraums III** ist letztendlich eine Anpassung an die Wirklichkeit, soll heißen, die **Metropolregion** wird künftig als ein Planungsraum dargestellt. Damit schaffen wir für die Metropolregion die planerische Voraussetzung für eine verbesserte Zusammenarbeit mit Hamburg und stärken den Wirtschaftsmotor des Landes. Das geht weit über das hinaus, was irgendwelche Staatsverträge regeln könnten. Wir schaffen

hier die planerischen Grundlagen dafür, dass man mit Hamburg tatsächlich zusammenarbeiten kann. Das ist ein wesentlicher Fortschritt gerade auch in der Planungsgesetzgebung.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für den neuen **Planungsraum II** bedeutet der Neuzuschnitt keine Änderung. Der Planungsraum für die **Region Kiel** bleibt in alter Form bestehen. Ich gebe zu, dies wird nicht von allen positiv gesehen. Letztendlich ist es jedoch eine politische Entscheidung, bei der es darum geht, **Neumünster** als Brückenkopf zwischen Kiel-Region und Hamburg zu verankern. Ich bin davon überzeugt, was Neumünster angeht, dass die Pendlerverflechtungen dort dadurch widerspiegelt werden, dass man die Planungen, die vor Ort sehr wichtig sind, in einer Region machen kann. Das schließt nicht aus, dass Neumünster als Brückenkopffunktion dienen kann und sich in der Metropolregion Hamburg, zu der es gehört, natürlich weiterentwickeln kann.

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD])

Für den neuen und alten **Landesteil Schleswig**, dem neuen **Planungsraum I**, wird es weiter darum gehen, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Dänemark zu intensivieren. Hier sind wir bereits auf einem guten Weg, aber es gibt durchaus Potenziale, die noch gehoben werden können. Wir als SSW sind froh, dass wir unseren Planungsraum erhalten und damit die gut gelebte Zusammenarbeit mit Dänemark fortsetzen können.

(Beifall SSW und Dr. Ralf Stegner [SPD])

Die Planungsräume I und II sollten ihre Rolle analog zur Metropolregion, die eine Zusammenarbeit mit Hamburg macht, sehen und einerseits die Kooperation mit Dänemark, also dem Planungsraum hoch im Norden, und andererseits mit der Ostsee-Region, was insbesondere die Kiel-Region angeht, in den Fokus rücken, um mit den Partnerregionen gemeinsame Stärken noch besser auszuarbeiten. Für den nördlichen Planungsraum sehen wir die Region Süddänemark als entsprechenden Ansprechpartner für die **grenzüberschreitende Zusammenarbeit**.

Die Minderheiten werden bei vielen Kooperationen künftig eine wichtige Rolle als Brückenbauer einnehmen, mehr noch, als sie es bereits tun. Dies hat die Landesregierung erkannt und den hier lebenden nationalen Minderheiten der Dänen, Friesen und auch der Sinti und Roma die Möglichkeit der Beteiligung - über den Landesplanungsrat - gegeben.

(Lars Harms)

Das war immer eine Forderung des SSW, die nun erfüllt wird. Dies ist gelebte Minderheitenpolitik. Damit bekommen die Minderheiten ein Mitspracherecht, wenn es um die gemeinsame Entwicklung des Landes geht. Dies beschränkt sich nicht nur auf die kulturelle Weiterentwicklung des Landes, sondern bezieht sich auf alle Bereiche der Landesplanung, die ja auch alle Minderheiten betreffen.

(Beifall SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Dr. Ralf Stegner [SPD])

Womit wir bei den **Zielen und Grundsätzen** der **Raumordnung** wären. Raumordnung ist eine Querschnittsaufgabe, die die unterschiedlichen Ansprüche an den Raum koordiniert und plant. Da es zwischen den verschiedenen Nutzungen immer wieder zu konkurrierenden Ansprüchen an den Raum kommt, ist es wichtig, diese entsprechend den Vorstellungen des Landes zu koordinieren, abzustimmen und darzustellen. Aus diesem Grund und um eine landesweite Ausgewogenheit sicherzustellen, auch in den regionalen Planungsräumen, ist es folgerichtig, dass sich das Land dieser Aufgabe annimmt. Raumrelevante Planung lässt sich nun einmal nicht immer auf regionale Planungseinheiten beschränken.

Daher macht es Sinn, dass das Land Planungsträger für die Raumordnungspläne ist. Eine Kommunalisierung der Regionalplanung lehnen wir ab. Sie schürt Konkurrenz auf der kommunalen Ebene, und es ist zu befürchten, dass die landesweiten Ziele regionalen Einzelinteressen geopfert werden. Damit ist letztlich niemandem geholfen. Deswegen ist der Entwurf, der heute vorliegt, beziehungsweise das, was wir heute beschließen, in sich konsistent.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine nicht unerhebliche Ergänzung zum ursprünglichen Gesetzesentwurf sind die von der Koalition eingebrachten Passagen zur Nutzung des **Untergrundes**. Es zeichnet sich ab, dass die steigenden Ansprüche an die Nutzung des unterirdischen Raumes weiter zunehmen werden. Als Land stehst du daneben und hast kaum Einflussmöglichkeiten.

Wir kennen diese Problematik insbesondere im Zusammenhang mit CCS und Fracking. Dabei wird immer wieder deutlich, dass wir als Land kein Mitspracherecht haben, wenn es um die unterirdische Nutzung unseres Landes geht. Allein das Bundesbergrecht ist entscheidend. Das haben wir mehrfach kritisiert, aber wir wissen auch, wie schwer es wird, das Bundesberggesetz entsprechend zu ändern.

Aus diesem Grund wollen wir neue Wege gehen, um gewappnet zu sein für die Herausforderungen der Zukunft, die bereits begonnen hat. Klima-, energie- und ressourcenpolitische Ziele erhöhen den Druck auf die Nutzung des Untergrundes. Das schafft Konflikte um den unterirdischen Raum. Die Zuständigkeit obliegt in weiten Teilen dem Bund, und es gibt keine geregelten Prioritäten. Die Nutzungsvergabe erfolgt weitgehend nach dem Windhundprinzip.

Das kann uns als Land nicht zufriedenstellen. Daher wollen wir eine Art „Untertage-Raumordnung“. Diese Notwendigkeit wird bereits bundesweit diskutiert, denn Schleswig-Holstein steht nicht allein vor diesem Problem. Daher ist es wichtig und richtig, dass wir jetzt die Möglichkeiten nutzen, die wir als Land Schleswig-Holstein haben, und den Aspekt der „Untertage-Raumordnung“ zum ersten Mal in eine solche Regelung hineinschreiben.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, damit schaffen wir die Möglichkeit, die politischen und planerischen Ziele für den Untergrund festzulegen und auch ökologische Belange zu berücksichtigen. Damit sind wir so manch anderem Bundesland weit voraus. Aber das gilt ja insgesamt für unser neues Landesplanungsgesetz. - Vielen Dank.

(Beifalls SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Wir kommen jetzt zu den Dreiminutenbeiträgen. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Abgeordnete Strehlau das Wort.

Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will auf zwei Punkte eingehen: erstens auf die Aussage, dass wir nicht an einer **gemeinsamen Landesplanung mit Hamburg** arbeiteten oder an gemeinsamen Leitlinien. Wenn Sie den Beschluss des Innen- und Rechtsausschusses sehen, stellen Sie fest, dass wir das sehr wohl tun. Der Beschluss lautet nämlich unter anderem:

„Er bittet die Landesregierung, diese Zusammenarbeit weiter zu intensivieren und zu prüfen, ob mit Blick auf die zukünftige Kooperation auch gemeinsame landesplanerische Leitlinien mit der Hansestadt Hamburg erarbeitet und umgesetzt werden können.“

(Ines Strehlau)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wir haben die Kooperation sehr wohl im Blick.

Ich bin ein großer Fan einer gemeinsamen Landesplanung, aber wenn Hamburg nicht will, dann können wir uns auf den Kopf stellen. Ich glaube, wir sind einfach noch nicht so weit. Wir müssen den Weg der engeren Kooperationen und Leitlinien vorschalten, bevor wir zu einer gemeinsamen Landesplanung kommen. Hamburg hat klargemacht, dass eine ausschließliche Begrenzung auf Schleswig-Holstein nicht im Interesse Hamburgs ist. Das kann ich nachvollziehen, denn für sie gehören die niedersächsischen Randkreise und Mecklenburg-Vorpommern unbedingt dazu. Das müssen wir einfach in Betracht ziehen.

Deshalb ist es gut, dass die Kooperation durch die jetzige Landesregierung wieder verstetigt wird, dass es regelmäßige Treffen auf allen Ebenen gibt. In der nächsten Woche wird der Wirtschaftsausschuss gemeinsam mit Hamburg tagen. Da sind wir auf einem sehr guten Weg. Erst einmal vertrauensbildende Maßnahmen und konkrete Projekte, dann kommen wir hoffentlich auch zu einer gemeinsamen Landesplanung.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Zweitens zum **Zielabweichungsverfahren**. Herr Breyer, Sie haben unterstellt, dass wir jetzt Wildwuchs bekämen und die Landesregierung das Zielabweichungsverfahren so gestalte, dass lauter Einkaufszentren auf der grünen Wiese entstünden. Das war nicht so, und das wird auch in Zukunft nicht so sein. Wir haben in unserem Gesetzentwurf den Passus drin, dass das Zielabweichungsverfahren von der Landesregierung nur positiv beschieden werden kann „im Einvernehmen mit den jeweils fachlich berührten obersten Landesbehörden“. Das heißt, wahrscheinlich ist das Umweltministerium immer dabei und muss sein Okay geben, bevor eine Zielabweichung durchkommt.

Außerdem begrenzt uns das **Raumordnungsgesetz**, auf dass sich das Gesetz bezieht. Es sagt im § 6 Abs. 2:

„Von Zielen der Raumordnung kann abgewichen werden, wenn die Abweichung unter raumordnerischen Gesichtspunkten vertretbar ist und die Grundzüge der Planung nicht berührt werden.“

Es ist also nicht so, dass wir Wildwuchs bekommen werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Breyer?

Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Frau Kollegin, darf ich Ihnen einmal entgegenhalten, wie das beispielsweise die IHK zu Kiel sieht und wie sie Ihre Vorschrift kommentiert? Da heißt es nämlich:

„Der Gesetzentwurf der Landesregierung ... stellt ... keine ausreichend hohe Hürde für Ausnahmen dar: § 6 Abs. 2 ROG, auf den Bezug genommen wird, ist entscheidend milder, das heißt abweichungsoffener gefasst als die derzeit geltende Regelung im Landesplanungsgesetz.“

Was sagen Sie dazu, dass hier unsere Kritik bestätigt wird, dass Sie das Tor für solche Abweichungen sogar noch weiter aufmachen statt es weiter zu schließen?

- Die IHK nennt einen wichtigen Punkt - finde ich -, indem sie sagt, die Landesregierung müsse auch die gewachsenen Innenstädte im Blick haben. Das ist für uns und auch für die Landesregierung ein wichtiger Punkt. Deshalb tut sie sich auch so schwer mit Zielabweichungsverfahren. Und deshalb haben wir auch bei Dodenhof, bei der Zusage, eine abgespeckte Version und nicht die Version; Ihr dürft machen was ihr wollt und so, wie ihr das beantragt habt. Dadurch, dass wir eine Abstimmung zwischen den Ministerien haben und das Bundesraumordnungsgesetz bestehen bleibt, auf das verwiesen wird, ist das ein gangbarer Weg, der den Spagat zwischen Entwicklungsmöglichkeiten und Entwicklungschancen schafft.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die SPD-Fraktion hat jetzt noch einmal Frau Abgeordnete Kirsten Eickhoff-Weber das Wort.

Kirsten Eickhoff-Weber [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zum Thema Dialog, **Dialogkultur**: Die Tatsache, dass in den Gesprächen zwischen Neumünster und der Landesplanung das Ergebnis herausgekommen ist, das dabei herausgekommen ist, ist in meinen Augen kein Beispiel dafür, dass wir den Dialog nicht ernst nehmen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sondern?)

Dialog heißt nicht, dass man immer demjenigen, der meckert, zustimmt. Denn es ist die Mittelmäßigkeit, die jeden Streit verhindert. Dialog heißt, dass man gegenseitig in wertschätzender, aufrechter Art miteinander umgeht und die inneren Ziele und Zusammenhänge austauscht. Das ist in diesem Fall geschehen.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Herr Kubicki, noch ein anderer Punkt. Sie haben gesagt: Neumünster kann das nicht! - Das ist genau der Punkt, an dem wir unterschiedlicher Auffassung sind. Neumünster kann das. Diese Stadt hat viel Potenzial und viel Kraft. Das haben Sie alles im Zusammenhang mit der Metropolregion auch beschrieben. Ich bin außerordentlich dankbar dafür, dass es für Neumünster diese Wertschätzung gibt, dass man Neumünster das zutraut und dass Neumünster diese Unterstützung erhält.

(Beifall SPD und vereinzelt SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann hat jetzt für die Landesregierung der Herr Ministerpräsident Torsten Albig das Wort.

Torsten Albig, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der heute zur Beschlussfassung anstehende Gesetzentwurf wird in der Tat den gesetzlichen Grundstein zu einer strategischeren und zu einer ergebnisorientierteren Landesplanung legen.

Wir passen Bundesrecht in unser Recht ein, aber vor allem - die Debatte hat es gezeigt - legen wir die Grundlage für eine **neue Generation** von **Raumordnungsplänen**. Denn wir finden ja auch schon etwas vor. In der Debatte gerade hier und da macht es den Eindruck, als gäbe es nur eine grüne Wiese und wir schafften zum ersten Mal Grundlagen für Raumordnung. - Nein, wir finden fünf Planungsräume vor, die in keinem raumordnungsrecht-

lichen Zusammenhang mehr stehen, und Raumordnungspläne, die vollkommen aus der Zeit gefallen sind, nicht mehr in Beziehung zueinander stehen, keine raumordnerische Wirkung mehr entfalten. Das ist die Realität, die wir heute haben. Zu dieser Realität wollen wir uns verhalten.

Es mag sein, dass wir in zehn Jahren noch weitere Erkenntnisse über die Raumordnung in Schleswig-Holstein haben werden, auch zur Beziehung zur Metropolregion, zur Beziehung zu Niedersachsen, zur Beziehung zu Mecklenburg-Vorpommern, aber auch zu Sønderjylland, und uns da neu aufstellen. All das mag sein, aber heute muss es doch erst einmal darum gehen, von dem sehr, sehr schwachen Ausgangspunkt, von dem wir kommen, eine Verbesserung - gemessen auch an den realen ökonomischen Verflechtungen und Beziehungen - hinzubekommen.

Deswegen haben wir vorgeschlagen, aus fünf **drei Planungsräume** zu machen. Das sind drei Planungsräume, die nach unserer Auffassung hinreichend präzise die heute bestehenden Verflechtungen, die ökonomischen, die siedlungsstrukturellen, die arbeitnehmer- und pendlerbezogenen Verflechtungen, abbilden. Das sind drei Planungsräume, die sich an den Entwicklungsachsen unseres Landes orientieren und die, wenn wir sie dann wieder mit Raumordnungsplänen versehen - das ist die nächste große Aufgabe - in Abstimmung zueinander stehen, nicht vollkommen zufällig nebeneinander „dahinwagabundieren“ und wieder in eine Raumordnung gebracht werden. Davon sind wir heute ganz weit entfernt.

Ich kann die Debatte sehr gut nachvollziehen: Wie groß müssen die sein? Ich kann auch die Debatte über **Neumünster** nachvollziehen. Aber ich möchte doch feststellen: Dieses Neumünster, das hier heute angesprochen wird, ist aktuell in einem Planungsraum, nämlich im Planungsraum mit Kiel. Das ist die Realität, die wir heute haben. Wenn ich hier immer höre: „Jetzt reißt ihr sie aus ihren Bezügen raus“, muss ich sagen: Nein, wir belassen sie in den Bezügen. Denn in genau diesen Bezügen ist Neumünster durchaus in der Lage gewesen,

(Volker Dornquast [CDU]: Nein!)

- Herr Abgeordneter -, sich auch in eine Metropolregion hinzuentwickeln.

Ich kann die politischen Debatten nachvollziehen und sehe auch die Beschlussfassung. Ich sehe aber auch, dass heute 46 % der Einpendler nach Neumünster aus dem Raum Kiel, Plön und Rendsburg-Eckernförde kommen. 24 % kommen aus Segeberg

(Ministerpräsident Torsten Albig)

und Hamburg. Ich sehe, dass 41 % der Auspendler in Richtung Kiel, Plön und Rendsburg gehen, 38 % in die andere Richtung.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Aber die Ansiedlung orientiert sich in Richtung Hamburg, Herr Ministerpräsident!)

Das sind die realen Ströme, die wir heute haben. Neumünster hat 80 % seiner Gebietsgrenzen mit Plön und Rendsburg-Eckernförde. Die heute aktuellen Beziehungen sind eindeutig. Das ist keine Frage einer Abstimmung in einer Ratsversammlung, sondern das ist eine Frage der Untersuchung der real feststellbaren **ökonomischen Verflechtungen**. Die Frage ist: Gibt es welche in genau dieser Region?

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir sehen aber in der Debatte, dass Neumünster mit seiner zentralen Rolle in Schleswig-Holstein quasi der geborene **Vermittler** zwischen den drei jetzt auf den Weg zu bringenden Planungsräumen ist. Deshalb wollen wir dort über eine GAW-finanzierte **Regionalleitstelle** genau diesen Gedanken weiterentwickeln und etablieren.

Ich glaube, das kann eine große Chance dafür sein, in der Tat in einer nächsten Phase - damit bin ich nicht weit weg von dem, was vorhin auch schon diskutiert wurde: Wie sieht eigentlich in zehn Jahren ein Raum aus, über den wir planerisch nachdenken? - in diese Richtung zu gehen.

Das geht ein bisschen in der Debatte durcheinander. Zum Teil möchte man das eher kleiner haben, zum Teil möchte man am liebsten gleich mit **Mecklenburg-Vorpommern und Hamburg** eine **gemeinsame Planung** machen. Meine Vorstellung davon ist, dass wir in der Tat in den Verflechtungen - sowohl nach Sønderjylland als auch nach Hamburg - immer stärker dazu kommen, gemeinsam zu planen. Ja, das ist richtig, und das ist auch das Ziel der Landesregierung.

Es ist heute aber noch nicht Realität. Das ist weder politische Realität noch faktische. Ich habe noch keine Ansprechpartner, die genau diese Ideen aufgreifen würden. Wir arbeiten an den Stellen, an denen unsere Landesplanungen aufeinandertreffen, genau an diesem Ziel. Wir machen es da, wo die Metropolregionen sind und auch in den Gremien der Metropolregionen genau so miteinander. Aber im Hamburger Rathaus gibt es im Augenblick noch kein großes Bemühen oder ein großes Entgegenkommen zu sagen: Ich plane einmal für Neumünster mit. - Nein.

Es möge doch bitte niemand glauben, dass es aus Neumünsteraner oder Rendsburger Sicht zu Vorteilen führen würde, wenn das aus einem Hamburger Rathaus heraus geschehen würde, wenn wir nicht im Vorwege ein ganz neues Verständnis für Raum schaffen. Ich möchte nicht, dass meine Planungsräume die Restflächen für Hamburg werden, sondern ich möchte sie zu eigenen starken und in Beziehung stehenden Planungsräumen in Schleswig-Holstein entwickeln.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das gibt uns dann im nächsten Schritt in der Tat die Möglichkeit, auf Augenhöhe mit Hamburg, mit Niedersachsen und mit Mecklenburg-Vorpommern zu sagen: Lasst uns, wenn wir im nächsten Jahrzehnt sind, dieses noch klüger in einen Planungszusammenhang bringen.

Wir gehen aus der jetzigen Situation einen großen Schritt nach vorn. Dazu gehören drei stimmigere Planungsräume und passende Beziehungen zwischen diesen Räumen. Deswegen wird dieses Gesetz Landesplanung in Schleswig-Holstein deutlich handlungsfähiger machen.

Wir werden auch deswegen handlungsfähiger, weil wir zum ersten Mal unter die Erde gucken. Es ist hier gesagt worden, Raumordnung sei eben nicht nur etwas, was Einkaufsflächen oder Ansiedlungen abbilde. Nein, wir müssen auch raumordnungstechnisch **unter der Erde** planerisch handlungsfähig werden. Das sind wir, und wir sind damit in der Lage, Anträge auf Fracking raumordnerisch untersagen zu können und das, was wir politisch alle fordern, auf der Basis einer modernen Raumordnung umsetzen zu können. In Schleswig-Holstein wird es mit dieser Raumordnung kein Fracking geben, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Dr. Heiner Garg [FDP])

Aber Landesplanung ist mehr, als sich über die Frage von Gebietsgrenzen zu unterhalten. Landesplanung ist mehr, als bürokratisch abzugleichen: Habe ich in einem Zielabweichungsverfahren soundso viele Quadratkilometer oder soundso viele rote oder grüne Töpfe in einem Regal? Landesplanung braucht, wenn sie ihren Namen verdient - ich habe das zu Beginn gesagt -, einen **strategischen Ansatz**. Landesplanung muss eine Vorstellung davon haben, wo Schleswig-Holstein in 10, 15 oder 20 Jahren eigentlich sein will. Sie muss eine Vorstellung davon haben, welches Bild wir von Schleswig-Holstein angesichts einer sich dramatisch ver-

(Ministerpräsident Torsten Albig)

ändernden demografischen Entwicklung unseres Landes haben. Dies gilt auch angesichts der sich dramatisch verändernden Klimaveränderungen nicht nur in Schleswig-Holstein, sondern in der ganzen Welt. Wo wollen wir in dieser Zeit sein? Was ist unsere Antwort auf die Frage: Wie geht - ich sage den Satz noch zu Ende - medizinische Versorgung in einem ländlichen Raum, der sich verändert, 2025, 2030? Wie sieht Bildungsstruktur aus? Wie organisieren wir Ansiedlungen im ländlichen Raum, den wir stärken und nicht schwächen wollen? Darauf muss Landesplanung Antworten geben. Nur dann verdient sie den Namen Landesplanung.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Ministerpräsident, erlauben Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Breyer?

Torsten Albig, Ministerpräsident:

Ja, natürlich.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Herr Ministerpräsident, Sie haben die Zusammenarbeit mit Hamburg und deren Bedeutung angesprochen. Hamburg hat im Laufe dieses Verfahrens zu Ihrem Gesetzentwurf und insbesondere zu der Frage der **Zielabweichung** Stellung genommen. In der Stellungnahme heißt es, dass dieses Instrument in mehreren Fällen zur unverträglichen Standortentwicklung in den Bereichen Einzelhandel und Gewerbe im Hamburger Verflechtungsraum genutzt worden sei, ohne dass eine erkennbar raumordnerisch begründete Notwendigkeit zu seiner Einleitung seitens der Landesplanung bestanden habe. Genannt sind zum Beispiel die Standorte Kaltenkirchen und Barsbüttel. In diesem Fall wäre aus Hamburger Sicht daher dem Gesetzentwurf der PIRATEN zu folgen

(Heiterkeit - Beifall Uli König [PIRATEN] und Dr. Heiner Garg [FDP])

und die Begründungsnotwendigkeit für eine Anwendung des Instruments zu verschärfen. Von daher meine Frage: Wenn die Zusammenarbeit mit Hamburg und die Verflechtung der Regionen so wichtig sind, wieso

wollen Sie das Instrument des Zielabweichungsverfahrens sogar noch ausweiten?

Torsten Albig, Ministerpräsident:

Ich will eine Antwort in zwei Punkten geben. Was genau ist eigentlich Dialog und Diskurs? Wir hatten das beim Thema Neumünster schon ein bisschen angesprochen. Dort gibt es eine andere Meinung. Hamburg hat jetzt auch eine andere Meinung. Diese andere Meinung von Hamburg erinnert mich sehr an die Meinung, die ich einmal von einem Kieler Oberbürgermeister zur Ansiedlung in Schwentinental oder von einem Rendsburger Bürgermeister zur Ansiedlung in Neumünster gehört habe. Also: Du magst das immer nicht, wenn du den Eindruck hast, da nimmt dir jemand etwas weg. Das kann ich nachvollziehen. Ich muss diese Meinung aber nicht teilen, nur weil die das sagen.

Meine Aufgabe auch als Landesplanung ist, Schleswig-Holstein in seinen Beziehungen zueinander so stark zu machen, dass es **Wettbewerb mit Hamburg** aushalten kann. Das sage ich auch deutlich.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich will kein Schleswig-Holstein, das nur der Ort ist, in dem man, nachdem man in Hamburg eingekauft hat, schläft, sondern ich möchte Hamburg auch ökonomisch zeigen: Wir sind ein sehr ernst zu nehmender Wettbewerber auch um Ansiedlungsflächen.

Solche Debatten so zu führen, als seien wir nur noch Restgröße, halte ich für verkehrt. Dass Hamburg das so sieht - das sieht jeder Bürgermeister im Verhältnis zu seiner Ansiedlung in seiner Nähe genauso -, macht es aber nicht richtiger.

Schauen wir uns einmal die genauen Beziehungen an. Welche Auswirkungen hat ein **Einkaufszentrum** irgendwo in dieser Welt real, nachdem wir ganz lange darüber diskutiert haben, was alles Schreckliches passiert? Wir können das in Kiel wunderbar sehen, wenn Sie Debatten der letzten 20 Jahre zur **Ansiedlung** von CITTI, zur Ansiedlung von IKEA - Sie werden es zur Ansiedlung von Möbel Kraft - verfolgen. Diese Ansiedlungen hätten den Untergang der **Innenstadt** bewirken sollen. CITTI hat das Gegenteil getan. Hätten wir immer auf diejenigen gehört, die sagen, jede Veränderung des Status quo, jeder Wettbewerb mache alles zunichte, wäre nichts passiert.

Ich glaube, wir werden mit Hamburg in einen gesunden Wettbewerb gehen. Die Zielabweichung er-

(Ministerpräsident Torsten Albig)

öffnet uns Möglichkeiten, übrigens nicht dem Ministerpräsidenten, der abends beim Rotwein sitzt und sagt: „Jetzt weiche ich einmal vom Ziel ab, guck mal, was da noch so kommt“, sondern dem Ministerpräsidenten als Landesplanungsbehörde. Das ist ein bisschen mehr als ich beim Käffchen.

(Zurufe SPD - Heiterkeit)

- Zweimal Rotwein kurz hintereinander wollte ich doch nicht erwähnen. Für Sozialdemokraten und wo der so teuer ist, ist das ein bisschen schlecht.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Rotwein ist viel gesünder! Bleiben Sie dabei!)

- Wenn Sie den sponsern, kann ich auch preismäßig etwas Vernünftiges hinbekommen.

(Christopher Vogt [FDP]: Das ist wieder sozialistisch!)

- Ja, so sind wir. Sozialisierung hat sich sehr bewährt.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Wir können die Rotweindebatte nachher weiterführen. Ich habe dazu noch einige Vorstellungen.

Herr Abgeordneter, Zielabweichung ist kein Instrument von Willkür. Zielabweichung beantwortet eine sehr relevante Frage: Wie kriegt man es hin, dass ein Plan in der Lage ist zu atmen? Wir werden nicht alle drei Jahre über die aufzustellenden Grundsätze nachdenken. Wir lernen.

Wir können es an dem Beispiel **Dodenhof** sehr schön beschreiben.

(Volker Dornquast [CDU]: Falsche Versprechungen gemacht!)

- Gar keine falschen Versprechungen gemacht, Herr Kollege. Nein. Wir haben das gemacht, was Sie nicht zustande gekriegt haben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Sie haben lange darum herumgeredet. Sie haben die Unternehmer alleingelassen. Wir tun das nicht. Wir stellen uns dem Dialog und versuchen, die sehr unterschiedlichen Interessen zusammenzubringen, weil wir sehen, dass wir eine andere Situation haben als die, die wir hätten, wenn eine ganz neue Ansiedlung käme.

Wir brauchen keinen großen Dialog darüber, dass wir bei einer völlig grünen Wiese heute nicht so entscheiden würden, dass dort ein so großes Einkaufszentrum entsteht. Es steht da jetzt aber. Es ist

ein familiengeführtes Unternehmen, ein starker Arbeitgeber, ein starker Ausbilder, der eine begründete Erwartung an die Politik hat, auch im Wettbewerb mit Hamburg nicht einfach alleingelassen zu werden. Dodenhof hat viel mehr Beziehungen zu Hamburg als zu den Umlandgemeinden.

Es gibt in einem nicht einfachen Kompromissfindungsprozess den Versuch, Antworten zu finden. Zielabweichung kann zeigen, dass man vernünftige Kompromisse schließen kann, die alle ertragen müssen. Daran merkt man, dass ein Kompromiss gut ist. Die Tatsache, dass es das einzige Zielabweichungsverfahren ist, das es bisher gibt, ist ein Beleg dafür, dass wir das ausgewählt tun. Keiner in diesem Raum muss Angst davor haben, dass Zielabweichung zur Durchbrechung des Planes führt. Nein, es macht Pläne zukunftsfähig, weil wir immer wieder auf Veränderungen reagieren können, die wir gar nicht vorhersehen können.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine weitere Anmerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Breyer? - Bitte schön.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Eine Nachfrage, Herr Ministerpräsident. Keiner bestreitet, dass es sinnvoll sein kann zu entwickeln und anzusiedeln. Aber gerade, wenn Sie sagen, es solle im Dialog mit den Beteiligten geschehen - meinen Sie nicht, dass der **Landesplanungsrat** mit all den gesellschaftlichen Gruppen, die dort vertreten sind, mit all den Parteien, Verbänden und Minderheitenvertretern, das Gremium ist, das auszutarieren und zu entscheiden? Sie haben mit dem neuen Gesetz die Möglichkeit, vereinfacht Abweichungen durchzuführen. Reicht das nicht aus? Muss bei Ihnen eine weitere Dispensmöglichkeit liegen? Ist nicht das bessere Verfahren das des breiten Dialogs?

Torsten Albig, Ministerpräsident:

In Bezug auf das Planungsverfahren klar nein.

(Beifall SPD und vereinzelt SSW)

Vielleicht bekommen wir den Landesplanungsrat im Laufe der Zeit dahin, dass es so wird. Heute ist es ein klares Beratungsgremium, aber ganz deutlich kein Entscheidungsgremium. Von daher ist er nicht

(Ministerpräsident Torsten Albig)

das geeignete Gremium, um solche Fragen zu entscheiden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe versucht anzudeuten, dass es um mehr geht als um die gesetzgeberische Veränderung von Raumbezügen. Es geht um das Entwickeln von Planungen, indem Bilder unseres Landes aufgebaut werden. Landesplanung hat sich auf den Weg gemacht, eine Landesentwicklungsstrategie 2030 zu entwickeln. Das ist ein Prozess, der uns die gesamte Legislaturperiode beschäftigen wird. So etwas wie ein Bürgerkongress wie im letzten Jahr, wie die Regionalkonferenzen in diesem Jahr, eine intensive Befassung im parlamentarischen Raum wird uns dahin bringen, uns der Fragen, die ich eben angerissen habe, zu nähern: Was ist eigentlich **Gleichwertigkeit von Lebensverhältnissen**? Ist es die Fortsetzung des Bildes von Schleswig-Holstein, das wir aus der Vergangenheit kennen, oder sind wir in der Lage, für die Qualität von ländlichem Raum auch neue Qualitätsmaßstäbe zu entwickeln? Ist der Qualitätsmaßstab zentral, indem wir sagen, es müsse ein Gebäude vorhanden sein, an dem ein Arztschild angebracht sei, wobei es völlig egal ist, welcher Qualität dieser Arzt ist, oder brauchen wir neue Antworten auf solche Herausforderungen? Mein Eindruck ist: Wir beantworten diese Frage heute viel zu sehr quantitativ und viel zu wenig qualitativ.

(Beifall SPD)

Ich möchte eine Raumplanung, eine Raumbeziehung schaffen, die diese Frage mit den Menschen in diesem Land und in einem ganz breiten Diskurs klärt, nicht aber in dem Diskurs, in dem genau der, der etwas sagt, genau das bekommt, was er sagt, sondern in einem Diskurs, bei dem wir abwägen und entscheiden, wie wir uns eine solche Frage stellen und beantworten müssen.

Ein Schleswig-Holstein, von dem wir alle gemeinsam wollen, dass es lebenswert, familienfreundlich, tolerant und weltoffen ist, braucht eine Landesplanung, die sich solchen Debatten stellt. Ich möchte dieses Land als ein mutiges und nicht als ein verzagendes Schleswig-Holstein, als ein Land haben, das nicht Fehler wie andere, auch ländlich geprägte Länder, macht, wie dies einige ländlich geprägte Länder in Deutschland bereits erlebt haben. In dem Moment, in dem Mut verloren geht, greift nicht nur Demografie zu, sondern dann greifen auch Wanderungsbewegungen zu. Dann können Sie Kreise gründen so groß, wie Sie wollen, Sie werden gegen das Ausbluten vom Land keine Antwort mehr finden.

Wir aber wollen Antworten auf die Fragen finden, auch mit den Menschen im Land zusammen: Wie geht Zukunftsfähigkeit ländlicher Räume, und wie kommen wir endlich aus diesem verhängnisvollen Gegeneinander heraus: **ländlicher Raum** hier, **städtischer Raum** dort?

Wenn wir nach dem Herzen unseres Landes fragen, dann hat es zwei Kammern: eine Herzkammer ländlicher Raum und eine Herzkammer Städte. Aber nur dann, wenn beide Kammern funktionieren, wird das Herz unseres Landes schlagen.

(Beifall SPD und SSW)

Wir werden dazu in der Landesplanung die Stellschrauben identifizieren.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Möglicherweise werden wir sehen, dass ein Impuls der Metropolregionen hin und wieder auch hilft. Da sind wir natürlich gar nicht auseinander. Das Bild ging jetzt nicht, weil die dritte Herzkammer nicht passt. Ich habe sehr darauf gesetzt, dass Sie einen Zwischenruf machen, um dieses noch einmal deutlich machen zu können.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

- Sehen Sie, es geht doch. Manchmal ist das, was Sie tun, durchaus hilfreich.

(Heiterkeit SPD - Christopher Vogt [FDP]:
Das Lob können wir zurückgeben!)

Sehen Sie, so viel Einigkeit hält eine Herzkammer aus.

(Heiterkeit SPD - Christopher Vogt [FDP]:
Ja, da stehen einem die Haare zu Berge!)

- Ihnen mehr als mir. Aber wir wollen da jetzt nicht ins Detail gehen.

(Heiterkeit)

Landesplanung will Partner von Politik sein. Wir wollen Leitplanken definieren für die Entwicklung unseres Landes, von der Bildung bis hin zur Ansiedlung. Das ist die eigentliche Aufgabe, wenn wir über Landesplanung reden. Die Landesplanung in Schleswig-Holstein war viel zu kleinteilig, war viel zu bürokratieversessen. Ich möchte gern mit Ihnen gemeinsam Landesplanung politischer verstehen. Die Debatte der letzten Wochen zur Landesentwicklung zeigt: Wir sind auf einem guten Weg.

Ich bitte Sie herzlich: Beteiligen Sie sich überall und auf allen Ebenen an der Diskussion. Es geht noch intensiver, als wir es im letzten **Landesplanungsrat** erlebt haben. Dazu darf durchaus noch

(Ministerpräsident Torsten Albig)

ein bisschen mehr beigetragen werden. Wir führen gerade eine **Online-Befragung** zu Bädern durch. Teilen Sie dies doch bitte im Rahmen Ihrer politischen Bezüge mit. Jede Anregung ist uns willkommen.

Wenn wir gemeinsam einen solchen Prozess voranbringen, dann werden wir in der Tat eine moderne Landesplanung für Schleswig-Holstein auf den Weg bringen, wie es sie in nicht vielen Ländern gibt. Dann haben wir einen guten Grund, den Menschen zu sagen: Wir wissen, wie weit unser Land in zehn oder in 15 Jahren sein soll. Wir wissen dies deshalb, weil wir euch gefragt haben und weil wir auf euch hören. Das ist mein Weg von Landesplanung, und darum geht es im Kern. Deshalb bitte ich um Zustimmung zu dem ersten gesetzlichen Baustein. - Danke schön.

(Anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Die Landesregierung hat die vereinbarte Redezeit um 3 Minuten überzogen. Wenn gewünscht, können diese 3 Minuten auch von den einzelnen Fraktionen genutzt werden. - Weitere Wortmeldungen sehe ich jedoch nicht.

Bevor wir zur Abstimmung kommen, begrüßen Sie bitte mit mir 25 Schülerinnen und Schüler des Thor-Heyerdahl-Gymnasiums in Kiel, 15 Schülerinnen und Schüler des Friedrich-Schiller-Gymnasiums in Preetz mit dem Wahlpflichtkurs „Schweigen ist Silber, Reden ist Gold“,

(Heiterkeit)

zehn Mitglieder des Vereins Deutscher Studenten aus Kiel sowie den Bundestagsabgeordneten Matthias Ilgen. - Seien Sie alle herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Wir kommen nun zu den Abstimmungen. Zunächst stimmen wir über den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/885 ab. Ich lasse dabei über den Gesetzentwurf in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist dieser Gesetzentwurf mit den Stimmen der Vertreter der SPD, der Grünen und des SSW gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, PIRATEN und FDP angenommen.

Dann kommen wir zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN in der Drucksache 18/898. Der Ausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf mit Zustimmung der Antragsteller für erledigt zu erklären. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen.

Dann kommen wir zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/821 und der Entschließung der Mitglieder des Ausschusses. Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag Drucksache 18/821 abzulehnen. Wer der Ausschussempfehlung „Ablehnung“ zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von SPD, Grünen, SSW sowie die Fraktion der CDU. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktion der FDP und ein Mitglied der PIRATEN. Wer enthält sich der Stimme? - Das sind vier Mitglieder der Piratenfraktion.

Mit der Beschlussempfehlung in der Drucksache 18/1365 (neu) 2. Fassung haben die Mitglieder des Innen- und Rechtsausschusses dem Landtag einen Entschließungsantrag mit der Bitte um Annahme vorgelegt. Wer dieser Entschließung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei Enthaltung der Mitglieder der FDP-Fraktion ist diese Entschließung einstimmig angenommen.

Nun bleibt noch der Hinweis, dass der Änderungsantrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 18/874 von den Antragstellern zurückgezogen worden ist.

Damit ist die Beratung zu Tagesordnungspunkt 2 abgeschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 20 auf:

Umwelt- und Gesundheitsstandards durch Transatlantisches Freihandelsabkommen nicht aufweichen

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
[Drucksache 18/1458](#)

EU-US-Verhandlungen über Freihandelsabkommen stoppen

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN
[Drucksache 18/1501](#)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache.

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

Das Wort hat Frau Abgeordnete Sandra Redmann von der SPD-Fraktion.

Sandra Redmann [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit gut einem halben Jahr verhandeln EU und USA über ein **transatlantisches Handelsabkommen**. Wenn man bedenkt, dass dies eines der größten Handelsabkommen der Welt ist, das Millionen Menschen betreffen wird, ist es nicht hinnehmbar und scharf zu verurteilen, in welcher Form die Verhandlungen laufen:

(Beifall SPD und PIRATEN)

bewusst hinter verschlossenen Türen unter **strengster Geheimhaltung**. Man könnte meinen, es ginge um Top-Secret-Fragen der Terroristenbekämpfung. Da wäre es wenigstens nachvollziehbar, wenn die Gespräche nicht auf dem Marktplatz geführt werden.

Über dieses Handelsabkommen wird hinter verschlossenen Türen unter strengster Geheimhaltung geredet. Jedenfalls sind völlig selbstverständlich Sozial-, Umwelt- und Verbraucherverbände und Gewerkschaften ausgeschlossen.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt auch gute Nachrichten. So völlig hermetisch abgeschirmt sind diese Gespräche dann nämlich doch nicht. Denn Großunternehmen, vor allem auch Chemie- und Industriekonzerne, haben wie selbstverständlich Zugang zu den Verhandlungen. So richtig beruhigt mich das nicht, im Gegenteil, es ist beschämend.

(Beifall SPD und PIRATEN)

Denn die Konsequenzen eines solchen Abkommens können verheerend sein. Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser. Trotz des NSA-Abhörskandals, der uns ebenfalls seit Monaten beschäftigt, sind die Verhandlungen munter fortgeführt worden. Doch gerade der Umgang mit Daten könnte zu einem besonderen Stolperstein bei den Verhandlungen werden, aber ebenso die Sicherheit und Kennzeichnung von Lebensmitteln, Grenzwerte chemischer und toxischer Belastung, Arzneimittelpreise, veränderte Regeln zur Privatsphäre im Internet, Energieversorgung, Urheberrechte, Nutzung von Rohstoffen, Sozialstandards, Arbeitnehmerrechte, Umweltstandards - um nur einiges zu nennen.

Es liegt auf der Hand, dass die niedrigen **Standards** der USA besonders bei **Lebensmittelsicherheit** und **Umweltschutz** zur Richtschnur werden.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

Gentechniklebensmittel und Hormonfleisch können bei uns ungekennzeichnet auf den Markt kommen. Ökologische Agrarwende, Tier- und Umweltschutz sind dann passé.

Wir brauchen eine klima- und ressourcenschonende sowie gerechte Wirtschaftsweise und keine einseitige, auf Gewinnmaximierung ausgerichtete Lobbypolitik.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Die Geschäftsmethoden, wie sie von Gentechnologiepanschern wie Monsanto berichtet werden, dürfen auf keinen Fall in das europäische Recht einfließen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Hier haben bakterientötende Chemikalien nichts zu suchen, die auch beim Fracking verwendet werden. In den USA ist das gang und gäbe, mit katastrophalen Auswirkungen. Fracking durch die Hintertür, liebe Kolleginnen und Kollegen, darf es nicht geben.

(Beifall SPD und PIRATEN)

Zurzeit liegen die Freihandelsgespräche auf Eis. Das hat einen guten Grund. Denn zu der umstrittenen Klausel für den Investitionsschutz von Unternehmen soll es eine öffentliche Befragung geben. Die politische Brisanz dieses Punktes ist vielen allerdings noch gar nicht bewusst. Privaten Investoren würde so die Möglichkeit eröffnet werden, gegen demokratisch erlassene Gesetzgebung wie etwa im Gesundheits- und Umweltschutzbereich vorzugehen. Großkonzerne können vor internationalen Schiedsgerichten, also außerhalb staatlicher Rechtssysteme, unbegrenzt Schadenersatzansprüche geltend machen. Nationale und europäische Gesetzgeber würden somit einfach ausgehebelt. Wir erinnern uns an den Versuch von Vattenfall, Deutschland wegen des Atomausstiegs auf 3,7 Milliarden € Schadenersatz zu verklagen.

Als Argentinien eine Preisbremse für Strom und Wasser verhängte, wurde es von denjenigen internationalen Konzernen verklagt, deren überhöhte Preise Anlass hierzu waren. 1 Milliarde \$ Entschädigung war das Ergebnis. Wenn das Realität wird, können wir Gesetzgebung auch gleich bleiben lassen und im Haushalt jedes Jahr ein paar hundert Millionen Euro für mögliche Entschädigungszahlungen an Unternehmen einstellen.

(Sandra Redmann)

Der Präsident des Europaparlaments, Martin Schulz, sagte dazu:

„Das Ziel dieses Freihandelsabkommens darf nicht sein, dass eine Seite die Regeln der anderen Seite übernimmt. Es darf auch keinen Wettlauf nach unten geben - wir wollen und wir werden am Ende keine niedrigeren Standards bei Sozial-, Gesundheits- und Umweltschutz haben.“

Recht hat der Mann.

(Beifall SPD und PIRATEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte um Überweisung und zügige Beratung im Europa- und mitberatend im Umwelt- und Agrarausschuss. Ich möchte mich im Namen der SPD-Landtagsfraktion bei allen Vereinen, Verbänden und Initiativen bedanken, die so sachlich fundiert zum Widerstand aufgerufen haben. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, begrüßen Sie auch noch die Bürgerbeauftragte des Landes, Birgit Wille. Auch sie ist zu uns gekommen.

(Beifall)

In der Beratung geht es jetzt weiter mit dem Abgeordneten der CDU-Fraktion Heiner Rickers.

Heiner Rickers [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hätte gerne als Letzter gesprochen, weil ich weiß, in welche Richtung diese Debatte heute laufen wird. Frau Redmann hat vorgelegt. Was sollen **Freihandelsabkommen** vom Grunde her bewirken? Das sehen wir in der EU. Wir haben 27 Mitgliedstaaten, und wir haben die Freihandelszone in der EU in den letzten Jahrzehnten laufend erweitert. Das hat aus deutscher Sicht bisher nur Vorteile gebracht. Das müssen wir festhalten. Ein Freihandelsabkommen soll im Grundsatz durch den freien Handel und durch das Angleichen von Standards Hemmnisse beseitigen und am Ende **Wohlstand** für alle Beteiligten auf allen Ebenen bringen.

Richtig ist, Frau Redmann, dass Sie Zweifel haben, ob die Parlamente eingebunden werden. Ich kann das Zitat von Herrn Schulz vom Europäischen Parlament nur unterstützen. Es darf am Ende nicht so laufen, dass eine Seite die Gesetzgebung der ande-

ren übernimmt. Aber dass Sie heute mit einer Hetzkampagne kommen, immer nur gegen die Großindustrie und damit verbunden natürlich gegen die Agrarindustrie, die wir hier angeblich betreiben und zukünftig auch noch von den Amerikanern übernehmen wollen,

(Sandra Redmann [SPD]: Das habe ich nicht gesagt!)

das kann so nicht sein. Es ist ganz klar - hier komme ich auch mit einem Zitat, und zwar aus der letzten Legislatur des Bundestages. Unsere ehemalige Verbraucherschutzministerin Ilse Aigner hat gesagt - ich zitiere, Herr Präsident -:

„Der starke Verbraucherschutz in Deutschland und Europa und die Wahlfreiheit für den Verbraucher sind große und über Jahrzehnte hart erkämpfte Errungenschaften, die nicht aufs Spiel gesetzt werden dürfen.“

(Vereinzelter Beifall CDU)

Hinzufügen kann ich nur: Das ist nach wie vor unsere Position, und daran halten wir fest. Dass die Gespräche ausgesetzt wurden, Frau Redmann, haben Sie dargestellt. Es geht um die Befürchtung, dass große Industrieunternehmen vor extra eingerichteten Gerichten, die international tätig werden sollen, Staaten verklagen können. Das kann natürlich nicht unser Anliegen sein. Es ist aber nach wie vor die Frage zu stellen, wie so etwas laufen soll.

Wir wollen, dass entsprechende Gesetze, die heute bestehen, und geltende Gesetze auch in Zukunft unter unserer Hoheit sowohl im EU-Parlament als auch im Bundesparlament beschlossen werden. Ein gutes Beispiel für ein Freihandelsabkommen, das zu mehr Wohlstand und Arbeitsplätzen geführt hat, ist das sogenannte NAFTA-Abkommen, das zwischen den USA, Kanada und Mexiko seit 1994 besteht. Siehe da, die Befürchtungen, die man damals hatte, ähnlich wie die von Ihnen geäußerten Bedenken, sind nicht eingetreten. Mexiko ist nach wie vor in der Lage, keinen genveränderten Weizen oder genveränderten Mais anzubauen, weil sich das Parlament dort dagegen ausgesprochen hat. Und wenn es das wollte, könnte es morgen auf Gentechnik umstellen. Bisher ist das aber nicht der Fall.

Ich halte fest: Auf der Grundlage eines Freihandelsabkommens kann kein US-Unternehmen die Öffnung eines Marktes erzwingen, solange dem ein in Europa bestehendes Gesetz entgegensteht. Das soll so bleiben, das ist so, und das werden wir unterstützen.

(Heiner Rickers)

Was mich wundert, ist, dass Sie die andere Seite - dazu gibt es Studien, zum Beispiel die des ifo-Instituts - überhaupt nicht zur Kenntnis nehmen. Es wird davon gesprochen, dass zukünftig bis zu einer halben Million **Arbeitsplätze** in der EU geschaffen werden, dass wir eine so große **Freihandelszone** schaffen wollen. Ich nenne dazu Beispiele.

Unerklärlich ist, dass wir für die Produktion eines Autos, das sowohl in Europa als auch in den USA gefahren werden kann, ganz unterschiedliche Standards festlegen, was die Ausstattung mit Beleuchtung, Blinkern oder vielleicht auch Sicherheitseinrichtungen angeht. Das macht die Produktion teurer, und es macht den Handel schwieriger. Herr Breitner hat es erkannt. Er ist als Innenminister als Erster herangegangen und macht sozusagen ein Freihandelsabkommen auf unterster Ebene. Er hat - das wissen Sie - die ersten Streifenwagen so ausgerüstet, dass sie mit dem gleichen Sirenton wie in den USA laufen und vielleicht auch mit den gleichen Blaulichtern oder Lichtern - heute in bunter Form - auch in Schleswig-Holstein laufen.

(Beifall Hauke Göttisch [CDU] und Dr. Heiner Garg [FDP])

Zum Teil der **Landwirtschaft** möchte ich Ihnen nur mit auf den Weg geben: Denken Sie darüber nach, dass vielleicht in einem großen Freihandelsabkommen die Chance bestünde, die ansonsten weltweit hochgeschätzten Lebens- und Nahrungsmittel aus Deutschland zu einem Exportschlager zu machen. Denn das muss unser Ziel sein. Wir müssten mit höchsten Standards, die wir festlegen, weltweit die Menschen überzeugen, dass das, was wir exportieren, besser ist als das, womit sie morgen den Markt überschwemmen wollen.

Wenn wir das hinbekommen und die **Standards** gemeinsam festlegen, wenn wir die Arbeit gut machen, wenn wir uns nicht abschnitten, wenn wir nicht durch Ängste, sondern durch Leistung überzeugen, dann sind wir auf dem richtigen Weg.

Ich habe noch ein Zitat von Herrn Voß, der gleichzeitig Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft ist. Folgende Aussage haben Sie vor zehn Tagen getätigt:

„Die geheime Agenda hat das Ziel, gesellschaftlich errungene Standards und demokratische Selbstbestimmungsrechte der Parlamente von EU und USA auszuhebeln.“

Das kann nicht unser Ziel sein. Das wird auch nicht Ihr Ziel sein. Daher kann ich mich dieser Aussage nicht ganz anschließen. Ich weiß aber, dass es zu-

mindest in die richtige Richtung geht. - Vielen Dank.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Rickers, gestatten Sie dem Abgeordneten König eine Zwischenfrage oder -bemerkung?

Heiner Rickers [CDU]:

Ja.

Uli König [PIRATEN]: Vielen Dank. - Sie haben die ganze Zeit davon gesprochen, dass wir hohe Standards setzen müssen. Vielleicht können Sie mir erklären, inwieweit Sie in die Verhandlungen zum Freihandelsabkommen TTIP eingebunden sind. Vielleicht haben Sie Kontakte, von denen wir noch nichts wissen.

- Ich weiß, dass am Ende das Europäische Parlament, der Europäische Rat und natürlich auch der US-Kongress diesem Freihandelsabkommen in allen Einzelheiten zustimmen müssen. Insofern ist das schwierig. Wenn sie das wollen, dann müssen Sie voraussetzen, dass die Kenntnis über das, was darin steht, verteilt und diskutiert wird und anschließend positiv darüber entschieden wird. Insofern können Sie davon ausgehen, dass die heute bei uns geltenden Standards, die wir selbst festgelegt haben, auch zukünftig gelten. Ansonsten würden unsere EU-Parlamentarier und unsere Bundestagsabgeordneten nicht an der richtigen Stelle sitzen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Gestatten Sie eine letzte Anmerkung des Abgeordneten König?

Heiner Rickers [CDU]:

Ja.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön.

Uli König [PIRATEN]: Das Problem ist doch, dass die Parlamente am Ende nur über das fertige Konglomerat abstimmen können. Sie haben gesagt: Wir wollen das besser machen. Wir wollen die hohen Standards setzen. - Es wird aber letztlich ein fertig geschnürtes Paket vorgelegt.

Bitte erklären Sie mir, wie das Europäische Parlament oder andere Parlamente, die dar-

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

über abzustimmen haben, den dann vorliegenden Standard noch besser machen sollen. Den vorgelegten Standard kann man doch nur ablehnen oder zurückschicken in die Verhandlung. Dann müssen aber alle Verhandlungsteilnehmer noch einmal zustimmen.

Heiner Rickers [CDU]:

Wenn ich richtig informiert bin, ist Ihre Information nicht richtig. Natürlich wird am Ende abgestimmt. Allein im vergangenen Jahr hat die Europäische Union über 60 Pressemitteilungen dazu herausgegeben. Dann geht das natürlich in den politischen Raum. Das ist in Ordnung. Insgesamt sind 200 Dokumente in den Bundesparlamenten und im Europäischen Parlament veröffentlicht worden. Die Bundesregierung hat weit über 100 Anhörungen und Konsultationen zu diesem Thema erfolgreich absolviert.

Insofern gehe ich davon aus, dass die fachpolitischen Sprecher - deswegen beschäftigen wir uns heute mit diesem Thema - eingebunden sind und auch ihre Sachkunde einbringen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Gestatten Sie eine Anmerkung oder Nachfrage des Abgeordneten Andresen?

Heiner Rickers [CDU]:

Auch das gern.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielen Dank, Herr Kollege. - Ich finde es interessant, dass es für die CDU-Fachpolitiker ausreicht, dass die Europäische Union Pressemitteilungen zu diesem Thema herausgibt. Aus unserer Sicht ist das keine gute Grundlage für die Beratung von Gesetzentwürfen. Hierzu braucht man schon etwas Handfesteres.

Sie sind sehr stark auf die landwirtschaftlichen Aspekte eingegangen. Dazu wird gleich noch unser landwirtschaftlicher Sprecher etwas aus grüner Sicht beitragen.

Ich möchte Sie fragen, wie sich die CDU-Fraktion dazu verhält, dass es zurzeit mit den USA eine andere große Baustelle gibt, nämlich betreffend den Datenschutz und den Ausspähskandal. Stellt sich die CDU-Fraktion vor, dass das durch die Verhandlungen eines Freihandelsabkommens besser wird? Wäre es nicht eine sinnvollere Forderung, die

Verhandlungen zum Freihandelsabkommen auszusetzen, bis das eindeutig geklärt ist?

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Mit Ihrer Aussage sagen Sie natürlich implizit, dass etwas im Argen liegt. Das können wir nachvollziehen. In den Medien können wir verfolgen, wie es im Moment um diese Spähaffäre steht. Es bestehen berechtigte Zweifel daran, dass das Verhältnis derzeit so gut ist, dass wir objektiv über Sachthemen verhandeln können. Dass das eine mit dem anderen nichts zu tun hat, das ist auch der CDU bekannt. Deswegen stocken die Verhandlungen ja auch. Das ist tatsächlich so.

Ich würde sie aber nicht aussetzen wollen, zumindest was die Fachlichkeit angeht. Wir haben vorhin gehört, dass große Unternehmen künftig das Recht haben sollen, auch Staaten wegen Handelshemmnissen zu beklagen. Das ist der eine Grund, der zur Aussetzung geführt hat. Das andere ist aus der Sicht der CDU aus fachpolitischer Sicht nicht anzuzweifeln, weil es hierbei nicht um Abhöraffaires, sondern um den Handel geht.

Ich glaube, Sie haben vielmehr die Chance genutzt, ein bisschen Antiamerikanismus zu schüren. Das kann für eine Freihandelszone nicht der richtige Weg sein.

(Beifall CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie noch eine Bemerkung des Abgeordneten König?

Heiner Rickers [CDU]:

Ja.

Uli König [PIRATEN]: Vielen Dank für die Möglichkeit. - Ich würde gern anmerken, dass im Europäischen Parlament ausschließlich die Obleute der einzelnen Fraktionen Zugang zu diesen Dokumenten haben. Diese dürfen sie auch nicht ihren Fraktionskollegen zeigen. Das sind Zustände, die mich sehr an das Parlamentarische Kontrollgremium in diesem Land erinnern. Abgesehen von den Obleuten hat das Parlament keine Ahnung, was da gerade läuft. Das halte ich für problematisch. - Vielen Dank.

(Uli König [PIRATEN] nimmt Platz)

- Bleiben Sie bitte stehen. Ich möchte das gern kommentieren.

(Heiner Rickers)

Sie wissen, wenn es um internationale Handelsbeziehungen geht, dann ist das Thema beziehungsweise die Diskussion auf höchster Ebene angesiedelt. Das wird zu Recht in der Praxis erfolgreich so gehandhabt. Warum - da sind wir unterschiedlicher Meinung, die CDU grenzt sich da stark ab von den PIRATEN - soll man den Leuten, die man in demokratischen Verfahren gewählt hat und die deshalb das Vertrauen genießen und fachpolitisch verantwortlich sind, nicht auch in einer Verhandlungsphase das Vertrauen schenken,

(Beifall CDU und FDP)

dass sie gewisse Dinge vorab klären können, sodass nicht mit Aussagen, die möglicherweise über das Ziel hinausschießen, das ganze Verfahren auf den Kopf gestellt wird? Das kann nicht der Weg sein. Dabei mögen wir gern unterschiedlicher Meinung bleiben. Wir halten den Weg, der jetzt beschritten wird, für richtig.

Sie wissen, es stehen Wahlen zum Europäischen Parlament an. Parlamente werden ja nicht gewählt und stellen sich demokratisch auf, damit sie am Ende hinter verschlossenen Türen das Ergebnis beeinflussen, sondern damit sie in einem Findungsprozess, der vielleicht auch einmal intern diskutiert werden muss, zu einem guten Ergebnis kommen. Dabei haben wir volles Vertrauen.

(Beifall CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie noch eine Bemerkung oder Frage des Herrn Abgeordneten Dr. Breyer?

Heiner Rickers [CDU]:

Sehr gern.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Herr Kollege, Sie haben sehr stark auf die Vorzüge des freien Handels abgestellt und auf die Arbeitsplätze, die dadurch entstehen können. Ich möchte Sie fragen, ob Ihnen folgender Hintergrund bekannt ist. Im Jahr 2008 hat man versucht, in einer Welthandelsrunde neue Handelsregeln auszuhandeln. Das ist aber vor allem daran gescheitert, dass die USA und teilweise auch Europa den Entwicklungsländern keinen Zugang zu ihren

Agrarmärkten gewähren wollten. Das heißt, sie wollten in diesem Bereich ihre hohen Subventionen aufrechterhalten. Umgekehrt wollten sie aber gern ihre subventionierten Produkte möglichst ohne Schranken in Entwicklungsländer beziehungsweise wirtschaftlich schwächere Länder exportieren.

Sehen Sie es vor diesem Hintergrund nicht als Problem an, dass die USA jetzt versuchen, mit einzelnen ausgewählten Staaten ihre Interessen auf anderem Wege bilateral durchzusetzen? Das würde zu einer Zersplitterung führen. Im Interesse des Welthandels kann man also kein Interesse daran haben, die Beibehaltung dieser protektionistischen Regelungen weiterhin zuzulassen.

Heiner Rickers [CDU]:

Ich bin froh, dass Sie diese Frage gestellt haben; denn jetzt haben wir den Kern des Problems erreicht. Hierzu brauche ich aber einige Minuten Zeit, um Ihnen das aus unserer Sicht zu erläutern. Ich will dazu aber nur zwei bis drei Anmerkungen machen.

Die Märkte haben sich in eine Richtung entwickelt, wie man es im Jahr 2008 oder vor zehn Jahren noch gar nicht erwartet hätte. Nach wie vor wird behauptet, wir - egal ob Amerikaner oder Europäer - überschwemmen mit unseren billig hergestellten Agrarrohstoffen die Märkte in den Entwicklungsländern. Den Statistiken ist jedoch zu entnehmen, dass dies zum Glück nicht stimmt. Heute sehen die Märkte ganz anders aus. Heute ist die Nachfrage in den Schwellenländern am größten, wo man sich die **Lebensmittel** auch kaufen kann, die aus unserer Sicht mit den größten Qualitätsstandards hergestellt werden. Insofern laufen die Handelsströme genau umgekehrt.

Jetzt kommen Sie wahrscheinlich mit dem Beispiel, dass die Reste aus der Hähnchenproduktion, die wir nicht essen wollen, nach Afrika gehen. Dennoch ist der Markt heute ein anderer. Die Märkte sind hoch spezialisiert und auf den Export ausgerichtet. Die Märkte nehmen diese Exporte natürlich auch auf.

Wir diskutieren jedes Mal wieder über Indien. Wir diskutieren jedes Mal über die Chinesen. Wir diskutieren aber auch über Südamerika und letztlich auch über Schwellenländer aus Afrika und aus dem arabischen Raum. Dort nimmt man unsere Produkte mit Dank auf. Dazu gehören auch die Produkte aus den USA. Daher besteht diese Angst, die Sie vielleicht aus dem Jahr 2008 geschildert haben, heute

(Heiner Rickers)

nicht mehr. Im Gegenteil, ich habe vorhin versucht, dies kurz anzuschneiden. Wir werden in Zukunft eher andere Märkte erleben. Die Chancen, dass wir die Welt mit hochwertigen und in der Gesellschaft abgestimmten Qualitäten bedienen können, sind eher größer als die Angst vor dem, was Sie hier eben aufzubauen versucht haben.

(Beifall CDU)

Ich habe das vorhin zu erklären versucht: Die Bezeichnung bilateral erlaubt angesichts der Anzahl der betroffenen Menschen, nämlich von 500 Millionen Europäern und über 300 Millionen US-Amerikanern, womit 800 Millionen Menschen und 15 % der Weltbevölkerung umfasst sind, aus meiner Sicht nicht mehr, von bilateralen Verhältnissen zu sprechen. Das ist ein großer Markt, auch wenn Sie sagen, die **Europäische Union** ist das eine, und die **USA** das andere. Bilateral würde ich also anders definieren, wenn Sie ein so großes Potenzial wie diesen Markt haben. Hier gilt es, durch gleiche Standards, die - hier sind wir gar nicht anderer Meinung - hoch sein müssen, in irgendeiner Form Effekte zu erwirken, die nur positiv sein können. Warum soll man Beschränkungen auferlegen und Rohstoffe vergeuden für Standards und Vorgaben, die man eigentlich gar nicht braucht?

(Beifall CDU)

Ich möchte Ihnen nicht widersprechen. Die Grundstandards müssen hoch sein. Ich muss Ihnen aber insofern widersprechen, als ich nicht glaube, dass die Amerikaner versuchen wollen, den europäischen Markt mit ihren Lebensmitteln zu überschwemmen. Wenn Sie die Statistik lesen, dann sehen Sie, dass der Anteil amerikanischer Produkte, die wir importieren, heute um ein Fünffaches größer ist als das, was wir an Lebens- und Futtermitteln erhalten.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, ich bin sehr großzügig. Ich habe Sie Ihre Redezeit um 1 Minute und 20 Sekunden überziehen lassen, aber auch die Antworten dürfen eigentlich nur 1 Minute dauern. Hier habe ich Ihnen 3 Minuten gegönnt. Ich finde, wir sollten jetzt andere Redner zu Wort kommen lassen.

Heiner Rickers [CDU]:

Herzlichen Dank, sehr gern.

(Beifall CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat jetzt Herr Abgeordnete Bernd Voß das Wort.

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hoffe, ich muss die Zeit nicht wie beim letzten Mal durch zwei teilen. - Wir hatten schon bei anderen Landtagsanträgen zur EU-Politik, wie vor einem Jahr zur Frage des Wassers, diese Situation: Wir stellen einen Antrag im Landtag, und die Kommission reagiert. So ist es auch dieses Mal geschehen. Der EU-Kommissar hat die Verhandlungen zum Investitionsschutzabkommen zunächst einmal für drei Monate ausgesetzt. Das ist ein erster Erfolg.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Das ist ein erster Erfolg der Zivilgesellschaft, die sich intensiv seit über einem halben Jahr mit diesem **Freihandelsabkommen** auseinandersetzt. Es ist auch ein Erfolg der Demonstrationen am letzten Wochenende in Berlin. Dort haben bei etwas besserem Wetter immerhin 30.000 Bürgerinnen und Bürger sehr klar Position dazu bezogen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Worum geht es in dem Abkommen? - Der Kritikpunkt Nummer eins ist: Wir wissen gar nicht genau, worum es im Einzelnen geht. Es ist vorhin bereits gesagt worden: Nicht einmal die gewählten Volksvertreterinnen und Volksvertreter im Europaparlament oder im Bundestag wissen, worum es geht. Die Begründung lautet: Wir brauchen eine starke Verhandlungsmacht; darum müssen wir geheim verhandeln. Dies ist vor dem Hintergrund der NSA-Skandale ein Witz. Wir brauchen in dieser Frage transparente Verhandlungen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und PIRATEN)

Um es ganz klar zu sagen: Niemand ist gegen den Freihandel. Keiner will anti-amerikanische Töne verbreiten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und PIRATEN)

Es ist auch keiner dagegen, Steckdosen anzupassen. Bei einem Punkt jedoch bin ich ein bisschen vorsichtig: Wenn die Sirenentöne angepasst werden, dann wissen wir nicht mehr, ob wir einen Holly-

(Bernd Voß)

wood-Krimi oder einen Tatort sehen. Das sollten wir noch einmal überlegen.

(Heiterkeit)

Immerhin wissen wir, dass mit dem Abkommen zwei Ziele verfolgt werden: Das erste Ziel ist der Abbau von Handelshemmnissen, das zweite Ziel ist der Schutz von Investoren. Im Zusammenhang mit den Handelshemmnissen wissen wir: Die Zölle stehen in der Diskussion immer oben. Es gibt im transatlantischen Handel aber kaum noch Zölle. Darüber brauchen wir im Grunde nicht zu reden. Es geht also im Grunde um die tarifären und nicht tarifären Handelshemmnisse. Es geht also um **Qualitätsstandards** bei der Erzeugung und für die Verbraucher, und hier prallen zwei Kulturen und zwei Systeme aufeinander. Ich denke, dies müssen wir uns bewusst machen.

Zu nennen sind zum Beispiel Qualitätsstandards, die den Zugang bestimmter Produkte auf einen Markt erschweren oder behindern. Dabei haben wir in der EU eine Vielzahl solcher Standards, die momentan verhindern, dass bestimmte Produkte unsere Supermärkte überschwemmen. Es ist bereits gesagt worden: Chlorhuhn, Klonfleisch, Hormonfleisch und Gentechnik; wir wollen, dass all dies nicht in die Supermärkte kommt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Von den Befürwortern des Abkommens wird behauptet, Verbraucherschutzstandards stünden vielleicht gar nicht zur Disposition. Wir lassen uns hier aber keinen Sand in die Augen streuen, denn für die USA machen die Verhandlungen nur Sinn, wenn sie dadurch auch einen Zugang zu Märkten bekommen, die sie bisher nicht haben. Es geht nicht nur um Lebensmittel, sondern es geht auch um Medizinprodukte, Chemikalienpolitik, Nanotechnik, Datenschutz, Finanzmarktregeln und den Schutz des geistigen Eigentums. Es geht um Kultur.

Es beruhigt mich nicht, wenn der EU-Handelskommissar jüngst in einem Interview mit der „Süddeutschen Zeitung“ sagt, er werde kein Gesetz unterschreiben, das aus diesem Grund geändert wurde. Er kann sie sowieso nicht ändern, das wissen wir. Wir wissen aber zugleich, dass bestehende Gesetze in ihrer Wirksamkeit unterlaufen werden. Es wird dann erst recht schwer oder sogar unmöglich sein, neue Standards zu setzen. Ein Beispiel dafür ist die Kennzeichnung von Produkten tierischer Herkunft oder das neue Politikfeld der Nanotechnik.

Das Abkommen soll auch einen umfangreichen Schutz von Investoren beinhalten. Die Klagemöglichkeiten der Konzerne würden damit ausgeweitet. Hier heißt es jetzt, das 20-jährige NAFTA-Abkommen war ein Segen für Nordamerika. Dem möchte ich drei Beispiele entgegenhalten: Die Tortilla-Krise wurde dadurch verursacht, dass mexikanische Bauern ungeschützt an die Wand gedrückt werden konnten, weil billiger amerikanischer Mais nach Mexiko eingeführt wurde. Ein zweites Beispiel: 169,18 Millionen € musste der mexikanische Staat an die großen Konzerne ADM und Cargill zahlen, die Mexiko verklagt haben, weil man im Zusammenhang mit Fruchtzucker Standards gesetzt hatte. Dies hatte etwas mit der Zahngesundheit zu tun. Diese Summe musste bezahlt werden, dazu wurde man dort verdonnert. Das war also bei Weitem kein Segen. Ein drittes Beispiel: Quebec wurde verklagt, weil man beim Fracking Standards gesetzt hatte. Dafür musste ordentlich bezahlt werden, und man konnte das Fracking nicht verhindern. Das sind Beispiele zur Wirklichkeit. Das Beispiel Vattenfall wurde bereits genannt.

Als einen Freifahrtschein jenseits geltender Gesetze und eine Entmachtung nationaler Justizsysteme bezeichnet es der „Spiegel“ in seiner jüngsten Ausgabe, wenn wir diese Investitionsschutzabkommen so bekommen, wie es angedacht ist. Es geht also um nicht weniger als um die Sicherung heutiger und zukünftiger gesellschaftlich errungener Standards und das demokratische Selbstbestimmungsrecht der Parlamente hier bei uns in Europa und in den USA.

Ich bitte darum, über den Antrag im Ausschuss noch einmal genau zu beraten. Es wäre sehr gut, wenn wir mit großer Übereinstimmung beschließen könnten, um ein deutliches Signal nach Berlin und Brüssel zu geben und der Landesregierung bei einer anstehenden Entscheidung den Rücken zu stärken, denn sie wird im Bundesrat abstimmen. Um es deutlich zu sagen: Es kann nicht sein, dass wir hier einen kalten Staatsstreich durch die kalte Küche zulassen, indem wir dieses Abkommen so durchmarschieren lassen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die FDP-Fraktion hat Herr Abgeordneter Dr. Ekkehard Klug das Wort.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Seit Juni 2013 gibt es zwischen der **Europäischen Union** und den **USA** Verhandlungen über ein **Freihandelsabkommen**. Ziel ist es, Handelshemmnisse, Zölle, bürokratische Regelungen und Investitionsbeschränkungen abzubauen. Bereits heute finden rund 40 % des Welthandels zwischen der Europäischen Union und den USA statt. Durch einen erfolgreichen Abschluss des Abkommens soll dieser Anteil weiter gesteigert werden. Das Bruttoinlandsprodukt der gesamten EU könnte dadurch um ein halbes bis ein Prozent erhöht werden. Für einen Kontinent, dessen Staaten sich derzeit mit nur einer Ausnahme, nämlich Deutschland, in einer wirtschaftlichen Krise befinden, wäre dies sicher eine erfreuliche Entwicklung.

Andererseits gibt es bei dieser Sache auch eine erhebliche Schattenseite. Diese ist im Antrag der Regierungsfractionen - wie ich finde, zu Recht - angesprochen worden. Obwohl die EU-Kommission in mehreren Erklärungen deutlich gemacht hat, dass die hohen europäischen **Standards** in den Bereichen Umwelt, Gesundheit und Sicherheit, Schutz der Privatsphäre sowie Arbeitnehmerrechte und Verbraucherschutz gewahrt werden sollen, und diese Erklärung gibt es, sind in den letzten Monaten in der Öffentlichkeit erhebliche Bedenken dahingehend geäußert worden, dass genau dies nicht gesichert sei. Die mangelnde Transparenz, die den Verhandlungsprozess in den letzten Monaten geprägt hat, nährt solche Befürchtungen.

Amerikanische Chlorhühner und ähnliche Erzeugnisse der US-Lebensmittelindustrie auf europäischen Tellern; das wäre in der Tat genauso wenig tragbar wie die illegale Verabreichung von durch das schleswig-holsteinische Umweltministerium an Behördenkantinen verkauftem und somit an Landesbedienstete verabreichtem Laborkäse.

(Beifall FDP)

Meine Damen und Herren, die EU-Kommission hat nun vor drei Tagen auf die öffentliche Kritik reagiert und die Verhandlungen mit den USA teilweise ausgesetzt, nämlich für den Bereich Investitionsschutz. Ob man damit aber die Sorge, das Freihandelsabkommen könnte europäische Regelungen im Umwelt- und Verbraucherschutz aushebeln, wirklich ausräumen kann, halte ich für zweifelhaft.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Die FDP-Fraktion teilt die Bedenken, die der Antrag der Regierungsfractionen formuliert und unter-

stützt auch die darin erhobenen Forderungen. Vor einer Verabschiedung wäre es aber auch unseres Erachtens sinnvoll, dass wir über das Thema mit Vertretern der Landesregierung im Ausschuss beraten können. Der Antrag der Regierungsfractionen erscheint uns im Übrigen vernünftiger als der Änderungsantrag der Piratentruppe.

(Zurufe)

Es ist sinnvoller, den Abschluss des Freihandelsabkommens an unverzichtbare Bedingungen zu knüpfen, als ein solches Abkommen generell abzulehnen. Von daher ist der Ansatz im Antrag der Regierungsfractionen aus unserer Sicht vernünftiger als die Formulierung, die die PIRATEN in ihrem Änderungsantrag gewählt haben.

Hoffen wir also - damit komme ich zu meinem letzten Satz -, dass unser echt nordischer Ministerpräsident, zumal mit dem Beistand des designierten sechsten stellvertretenden Bundesvorsitzenden der SPD, auf der Weltbühne dafür sorgen wird, dass amerikanische Chlorhühnchen von schleswig-holsteinischen Mittagstischen fernbleiben. - Guten Appetit.

(Beifall FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, das Wort „Piratentruppe“ ist unparlamentarisch. Ich bitte, das zukünftig nicht zu benutzen.

(Beifall PIRATEN - Hans-Jörn Arp [CDU]:
Du hast nicht Gurkentruppe gesagt, du hast Piratentruppe gesagt! - Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Wieso, die nennen sich doch Piraten!)

Für die Fraktion der PIRATEN hat nun Herr Abgeordneter Uli König das Wort.

Uli König [PIRATEN]:

Der Kollege Schmidt ist dann unser Truppenführer, vermute ich einmal.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Kompaniechef!)

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wer mit Hütchenspielern handelt, darf sich nicht wundern, wenn er übers Ohr gehauen wird. Wir können mit niemandem verhandeln, der möglicherweise unsere Verhandlungspartner überwacht, das wurde gerade schon angesprochen.

(Beifall PIRATEN)

(Uli König)

Die letzten Monate haben ziemlich regelmäßig neue Ungeheuerlichkeiten über die USA und ihre Geheimnisse ans Licht gebracht. Die USA arbeiten offenbar nach dem Motto: Wenn wir an irgendwelche Daten herankommen, dann wollen wir sie auch haben. Mit welchen Mitteln? - Egal. Freund oder Feind? - Egal. Legal, illegal - denken Sie sich den Rest.

(Heiterkeit)

Daher sollte uns klar sein: Unter der weltweiten **Überwachung** der **USA** ist es fahrlässig, über dieses **Abkommen** zu verhandeln.

(Beifall PIRATEN)

Daher fordern wir den Abbruch der Verhandlungen zum Transatlantic Trade and Investment Partnership.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Die Verhandlungen finden praktisch ohne die Möglichkeit der Intervention durch Bürger, Verbände oder Volksvertreter statt. Inhalte der Verhandlungen sind größtenteils nicht einsehbar. Dieses Prozedere ist leider üblich und in der EU so verankert, deswegen glaube ich nicht, dass Ihr Änderungsantrag viel daran ändern wird.

Wenn die Verhandlungen beendet sind, dann wird das Ergebnis öffentlich sein, aber dann ist es zu spät für Änderungen. Unsere Parlamente können die Anträge dann nur noch ablehnen, aber ich glaube nicht, dass sie sich das trauen werden, weil der Gegenwind aus der Industrie zu stark sein wird.

Eine nachträgliche Änderung ist praktisch unmöglich, da diese Änderungen mit allen Vertretern, die an den Verhandlungen beteiligt sind, abgesprochen werden müssen. Und glauben Sie mir: Das müssten wir uns teuer erkaufen. Dass die EU-Kommission den Gegenwind spürt, zeigt sich darin, dass der Handelskommissar jetzt eine Anhörung in dem Bereich **Investitionsschutz** durchführen lassen will. Was mit den Ergebnissen dieser Anhörung passiert, ist vollkommen offen; ob es irgendwo in die Ablage gelegt wird oder ob es einfließt - wir wissen es nicht. Wir werden es vielleicht später irgendwann sehen, wenn es zu spät ist. Daher muss jedem von uns klar sein: Es ist fahrlässig, ohne **Mitbestimmung** über so ein Abkommen zu verhandeln.

(Beifall PIRATEN)

Daher fordere ich den Abbruch der Verhandlungen. Sollten die Entschädigungsregelungen aus dem Bereich des Investitionsschutzes kommen, wird unsere nationale Souveränität deutlich eingeschränkt. Re-

gelungen, die dem Abkommen zuwiderlaufen, können astronomische Schadenersatzforderungen nach sich ziehen. Allein schon die Drohung kann Gesetzgebungsprozesse lahmlegen. Wir kennen das hier im Land im etwas kleineren Rahmen. Es läuft unter dem Stichwort Konnexität.

Allein schon für 2014 sind im Bundeshaushalt 2,2 Millionen € nur an Rechtskosten für einen einzigen Schiedsgerichtsstreit vor dem International Centre for Settlement of Investment Disputes mit der Vattenfall Europe AG wegen der 13. Atomgesetznovelle vorgesehen. Das ist ganz schön viel Geld. Das sind nur die Anwaltskosten, und das ist nur die Spitze des Eisbergs. Wenn TTIP kommt, können wir uns weitreichende politische Entscheidungen nicht mehr leisten, weil die Klagen zu teuer werden könnten.

(Beifall PIRATEN)

Wenn man verhandelt, sollte man sich einigen. In diesem Fall sieht es danach aus, als würde man sich auf den kleinsten gemeinsamen Nenner in Sachen **Verbraucherschutz** einigen. In Sachen Industrieinteressen geht es jedoch in Richtung größter gemeinsamer Nenner - alles nach dem Motto: Profite maximieren und den handelshemmenden Schutz der Masse minimieren.

(Beifall PIRATEN)

Es ist zu erwarten, dass Umwelt- und Gesundheitsstandards untergraben und Arbeitnehmerrechte aufgeweicht werden. Wir haben es gerade schon gehört, zum Beispiel vom Kollegen Voß: 90 % des in den USA verwendeten Mais, der Sojabohnen oder der Zuckerrüben sind gentechnisch verändert. Monsanto lauert nur darauf, ihr gentechnisch verändertes Saatgut auszuführen. Rinder werden mit Hormonen gedopt, damit sie schneller wachsen, andere Tiere werden geklont, was zu einer genetischen Verödung der Nutztierassen führt. Hühner werden mit Chlorlauge behandelt, um Salmonellen abzutöten, nur um ein paar Beispiele zu nennen, bei denen es mir kalt den Rücken herunterläuft.

In welche Richtung es gehen kann, kann man auch sehr gut an dem Weinhandelsabkommen erkennen, das den USA seit 2006 erlaubt, synthetische Weine in Europa unter dem Titel „Wein“ zu verkaufen. Diese Weine dürfen bis zu 35 % Zuckerwasser enthalten oder sind komplett chemisch auseinandergenommen und neu zusammengesetzt.

(Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD] - Heiterkeit)

(Uli König)

Ich frage mich, ob Herr Dolgner und Herr Kubicki auch um so eine Flache Wein wetten würden oder ob das als Beleidigung aufzufassen wäre.

(Vereinzelter Beifall)

Ich kaufe keinen Wein mehr aus den USA, seit dieses Abkommen in Kraft ist, weil ich nicht mehr weiß, was ich kaufe. Bei derart heftigen Einschränkungen können wir nicht über so ein **Freihandelsabkommen** verhandeln. Ich fordere daher den Abbruch der Verhandlungen.

(Beifall PIRATEN)

Ich fasse zusammen: Der Antrag der Koalition ist im Ansatz nicht schlecht, geht aber nicht weit genug.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Der amerikanische Präsident hat eine schlaflose Nacht bei seinen Forderungen!)

Aufgrund der NSA-Problematik können wir nicht auf Augenhöhe mit den USA verhandeln. Wir werden von der EU vor vollendete Tatsachen gestellt. EU-Parlament und nationale Parlamente können nur ratifizieren oder müssen die Konsequenzen tragen. Demokratische Nachbesserungen sind praktisch nicht möglich. Das Abkommen wird wahrscheinlich Verbraucherrechte systematisch unterlaufen. Aus diesen Gründen halte ich es für fahrlässig, über so ein Freihandelsabkommen zu verhandeln. Daher fordere ich den Abbruch der Verhandlungen über das Transatlantic Trade and Investment Partnership. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat Herr Abgeordneter Flemming Meyer.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Idee einer transatlantischen **Freihandelszone** ist nicht neu. Es gibt sie bereits seit den frühen 90er-Jahren. Konkrete Verhandlungen hat es vorher nicht gegeben, erst seit Mitte des letzten Jahres laufen die Verhandlungen zwischen der EU und den USA. Vordringlich geht es darum, die wirtschaftlichen Verbindungen zwischen den beiden Kontinenten zu vereinfachen und zu verbessern. Durch das Abkommen versprechen sich die beiden Seiten wirtschaftliche Vorteile, wirtschaftliches Wachstum in Milliardenhöhe, Senkung der Arbeitslosigkeit und Verbesserung des Durch-

schnittseinkommens. Das sind die Argumente der Befürworter eines solchen Freihandelsabkommens.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Sehr gut!)

Es ist nun schwer, sich diesen Argumenten zu entziehen. Die Frage ist jedoch, was wir dafür aufgeben. Der Abbau von Zöllen und die Senkung der Handelshemmnisse zwischen EU und USA werden uns etwas kosten. Diese Befürchtungen stehen im Raum, denn immer wieder wird von Fachorganisationen darauf hingewiesen, dass ein solches Abkommen mit erheblichen Risiken behaftet ist. Insbesondere die in Deutschland und der EU erreichten hohen Standards in Bezug auf **Verbraucher- und Umweltschutz** sowie soziale und Arbeitsrechte stehen hier auf dem Spiel.

Nebenbei bemerkt sehe ich die Verquickung der Ausspähaffäre der USA mit den Handelsabkommen eher kritisch, nach dem Motto: Solange wir durch die USA ausgespäht werden, gibt es keinen Vertrag. Das heißt im Umkehrschluss: Wir stimmen dem Vertrag zu, wenn wir nicht mehr ausgespäht werden. Das kann es nicht sein.

(Heiterkeit)

Wir wollen nicht ausgespäht werden, egal ob mit oder ohne Vertrag.

(Beifall)

Bei den Verhandlungen geht es um wirtschaftliche Belange. Die EU-Kommission preist die Pläne an als „billigstes Konjunkturpaket, das man sich vorstellen kann“. Das mag richtig sein. Wir dürfen dabei aber nicht den Fehler machen, dass Verbraucher-, Arbeits- und Sozialrechte oder Umweltschutz als Hemmnisse gesehen werden, die dem schnöden Mammon geopfert werden können. Denn das sind politische Errungenschaften, die einen gesellschaftlichen Wert haben. Diese **Standards** dürfen weder aufgeweicht noch über Bord geworfen werden.

(Beifall SPD)

Die Gefahr ist groß, dass es bei Abschluss der Verhandlungen eine Harmonisierung der Standards auf niedrigstem Level gibt. Damit hätten wir nichts gewonnen. Im Gegenteil. Es würde bedeuten, dass wir unsere hohen Standards aufgeben und somit die Interessen der Wirtschaft über das Gemeinwohl stellen.

Es hat bereits mehrere Verhandlungsrunden gegeben, immer unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Ein solches Vorgehen ist nicht akzeptabel.

(Flemming Meyer)

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Unruhe)

Immer wieder wird von Transparenz und Beteiligung in der EU gesprochen. Wenn es aber um weitreichende Beschlüsse und Eingriffe wie beim Freihandelsabkommen geht, finden Beteiligungsrechte und Transparenz nicht mehr statt. Das kann es doch nicht sein! Die Bevölkerung hat ein Recht zu erfahren, welchen Verlauf die Verhandlungen nehmen.

Die demokratisch gewählten Parlamente in der EU sind ebenso zu informieren. Es reicht nicht, dass den Parlamenten am Ende ein Vertrag vorgelegt wird, über den sie dann zu befinden haben. Auch hier gilt: Wir wollen Transparenz und Beteiligung für das gesamte Verfahren. - Danke.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag hat der Abgeordnete Dr. Kai Dolgner.

(Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: In vino veritas! - Weitere Zurufe)

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu diesen Weingeschichten - ich glaube, ich würde merken, wenn 35 % Zuckerwasser darin ist. Das braucht man wirklich nicht zu deklarieren. Herr König, Sie sollten die Sorten wechseln. Dann haben Sie zumindest die Gefahr nicht. Kleiner Tipp.

(Zuruf Uli König [PIRATEN])

- Sozialdemokraten haben immer Schwierigkeiten, wenn sie Empfehlungen zu gewissen Weinsorten machen. Das sollten wir hier lassen.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich bin aber nach wie vor der Auffassung, dass Sozialdemokratie nicht Genussfeindlichkeit bedeutet.

(Beifall und Zurufe)

Um zum eigentlichen Thema zu kommen, weshalb ich mich gemeldet habe: Natürlich gibt es einen Zusammenhang zwischen der **Spähaffäre** und dem **Freihandelsabkommen**, sogar mehrere Zusammenhänge. Die haben übrigens alle Unionspolitiker gesehen. An der Stelle muss man schon einmal etwas merken.

Elmar Brok hat vor ein paar Tagen in WDR 5 geäußert, er sehe zurzeit keine Chance für die Ratifizierung

des Freihandelsabkommens. Das hat nämlich auch etwas mit der Verlässlichkeit von Vertragspartnern zu tun.

(Beifall PIRATEN und Regina Poersch [SPD])

- Sie können mir gern eine Frage stellen, Herr Rother.

(Heiterkeit)

Wenn selbst ein CSU-Innenexperte - das muss man sich einmal vorstellen! -

(Wolfgang Dudda [PIRATEN]: Gibt es so etwas?)

den mangelnden Datenschutz beklagt - Stephan Mayer -, dann ist Alarmismus nicht zu gering zu schätzen; denn bisher waren die CSU-Experten dafür nicht bekannt.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Da uns die USA mehr oder weniger erklärt haben, dass sie sich an das Datenschutzabkommen nicht halten wollen, ist das schon eine Frage der Seriosität von Verhandlungspartnern, nach dem Motto: Wir halten uns nicht daran, was wollt ihr tun? So ähnlich wurde das im Senat der USA gesagt.

Wenn im Geschäftsleben - wie überall - ein Vertragspartner vorher sagt: „Wir halten uns nicht an die Verträge, die ihr geschlossen habt“, muss man schon die Frage stellen, warum man mit dem dann überhaupt verhandelt.

(Beifall PIRATEN und Regina Poersch [SPD])

- Du kannst mir gleich eine Frage stellen; ich habe nämlich nicht so viel Zeit. - Insofern glaube ich, dass da ein elementarer Zusammenhang besteht. Auch in einem Freihandelsabkommen spielt **Datenschutz** eine Rolle. Datenschutz spielt sich nämlich nicht nur auf staatlicher Ebene ab, sondern auch auf wirtschaftlicher Ebene. Wenn man sich einmal anguckt, welche geringen Datenschutzstandards es in den USA gibt, gerade bei Social-Media-Anbietern, können wir kein Interesse daran haben, uns auch da noch anzugleichen. Das ist das Einfallstor, das wir eh schon haben, dass wir über das Internet nicht daran kommen. Herr Weichert hat da schon einige Schwierigkeiten gehabt.

Ich versuche, in den letzten zehn Sekunden zu der anderen Frage des PIRATEN-Antrags zu kommen. Liebe PIRATEN, wenn alle Punkte des Antrags von der Regierungskoalition erfüllt würden - das

(Dr. Kai Dolgner)

sind alles Ihre Kritikpunkte -, könnten Sie unserem Antrag eigentlich zustimmen, außer man möchte die Figur machen: Mensch, da haben Leute, mit denen wir uns im Wettbewerb befinden, einen guten Antrag gestellt, wir wollen allerdings ein bisschen radikaler sein, um an der Stelle eigenes Profil zu zeigen.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, die Zeit ist um. Jetzt haben Sie das Glück, dass der Abgeordnete Dr. Breyer bereit ist, eine Frage zu stellen.

(Heiterkeit)

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Ich habe ihn lange genug angeguckt. - Ja.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Herr Kollege, halten Sie es in Anbetracht all der richtigen Argumente, die Sie genannt haben, wirklich für sinnvoll, weiter zu verhandeln und darauf zu hoffen, dass sich an den grundlegenden Fehlern des Verhandlungsprozesses irgendetwas ändern wird? Oder muss nicht die ganz klare Ansage sein: Solange ihr diese Punkte nicht ändert und erfüllt, legen wir die Verhandlungen auf Eis?

(Sandra Redmann [SPD]: Das sagen wir doch auch!)

- Wir haben in 150 Jahren Sozialdemokratie gelernt: Man soll die Hoffnung nie aufgeben. Das gilt auch heute. Wir sind immer noch der Auffassung - deshalb sind wir auch eine böse reformistische und keine revolutionäre Partei -, dass man so lange an einem Tisch sitzen muss, solange es noch Hoffnung gibt, ein besseres Ergebnis zu erzielen. Gerade das Freihandelsabkommen ist ein ziemliches Druckmittel, um bessere Ergebnisse in anderen Bereichen zu bekommen.

Auch das hat ein Unionsmensch ziemlich gut erkannt. Ich glaube, es war Philipp Mißfelder, der gesagt hat: Die Sprache der Wirtschaft versteht die USA, wenn man etwas will. Wenn man über das Freihandelsabkommen gar nicht mehr verhandelt, können wir auch weitere Nachverhandlungen zu den Themen SWIFT und Datenschutzabkommen vergessen. Man kann von einem Verhandlungspartner, von dem man etwas möchte, nur etwas bekommen, wenn man sich mit ihm an einen Tisch setzt.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Die offizielle Redezeit war lange abgelaufen. - Meine Damen und Herren, begrüßen Sie gemeinsam mit mir auf der Besuchertribüne unseren ehemaligen Kollegen Peter Jensen-Nissen. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Das Wort für die Landesregierung hat jetzt der Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Dr. Robert Habeck.

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Vielen Dank, Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Vieles ist ja gesagt, gestatten Sie mir, systematisch zusammenzufassen, wo ich die neuralgischen Punkte sehe, und anzudeuten, wie ich mir die weitere politische Gestaltung vorstellen kann.

Worum geht es? - Herr Klug hat es gesagt: Es ist die Hoffnung, dass sich das Bruttoinlandsprodukt in Europa durch das **Freihandelsabkommen** um 0,5 % anhebt. Die EU rechnet mit Zahlen, die heruntergebrochen auf Deutschland 190.000 Arbeitsplätze bringen würden, in Schleswig-Holstein nach dem Königsteiner Schlüssel - grob auf den Taschenrechner gedrückt - 7.000 Arbeitsplätze, vor allem in kleinen und mittleren Betrieben in den Bereichen Innovationstechnologie oder erneuerbare Energien. Das kann so sein, es kann aber auch anders kommen. Es lohnt sich, sich daran festzubeißen und darüber nachzudenken. Das ist auf der positiven Seite zu vermerken.

Allerdings - das hat Bernd Voß gesagt - sind die Zollbedingungen schon so weit abgesenkt, dass durch die Aufhebung von Zöllen kaum ein Impuls zu erwarten ist. Das kann nur gelingen, wenn umweltschädliche Subventionen abgebaut werden. Was wir - darauf werde ich gleich eingehen - auf der Lebensmittel-, Gesundheits- und Verbraucherschutzseite befürchten, könnte bei der Aufhebung von umweltschädlichen Subventionen für die Branchen der Innovations- und Energieeffizienztechnologien einen Vorteil bedeuten.

Gleichwohl gibt es kritische Studien, die mit 0,06 % BIP-Wachstum ab 2029 rechnen. Das kann man mit dem Taschenrechner nicht mehr ausrechnen; das ist statistisch nicht mehr nachweisbar.

(Beifall Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN])

(Minister Dr. Robert Habeck)

Man weiß es also nicht genau. Das ist der erste Punkt, auf den ich hinweisen möchte, der systematisch herausgearbeitet wurde. Wir sind daran nicht beteiligt.

Herr Rickers, ich bin sehr dafür - im Moment auch qua Amt -, Mandate zu vergeben, nicht nur Demokratie zu leben, sondern auch die Republik zu leben und zu sagen: Du bist dafür gewählt, verhandle das jetzt einmal. Aber dieses Mandat geht im Moment ja ausschließlich an Firmen. 600 Firmen verhandeln ohne demokratisches Mandat.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und PIRATEN)

Die Regierungen, die Parlamente, die Sprecher sind nicht mandatiert zu verhandeln. Insofern besteht da ein Ungleichgewicht. Das ist ein demokratisches Ungleichgewicht, das dann besonders stark würde, wenn es zu dem Freihandelsabkommen käme. Denn dann würde das, was mit der Wirtschaft verhandelt wurde, unmittelbar Einfluss auf die nationale und kommunale Gesetzgebung haben. Deshalb ist das, was die NGO immer sagen - das möchte ich jetzt einmal als Zitat wiedergeben - dass das dann sozusagen ein Staatsstreich in Zeitlupe wäre, ernst zu nehmen. Das würde bedeuten, dass parlamentarische Rechte durch Wirtschaftsabkommen ausgehebelt werden. Das kann nicht richtig sein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt PIRATEN und SSW)

Zweitens. Eben wurde noch geklatscht, als es darum ging, dass der Ministerpräsident sagte, wir wollten Hamburg durch eigene wirtschaftliche Kraft in den Wettbewerb zwingen. Klar bringt **Wettbewerb** Innovation, bringt er Vorteile, er ist daher ein gutes Instrumentarium. Aber mit Hamburg haben wir die gleichen Spielregeln. Das ist nicht so zu sehen wie beim Freihandelsabkommen - so verstehe ich das jedenfalls -, das nicht auf die gleichen Spielregeln in Europa und in den USA im Bereich der Umwelt-, der Verbraucherschutz- und der Landwirtschaftspolitik aufbauen kann.

Ich möchte aber eindeutig sagen: Ein freier Markt bedeutet noch immer **Regeln**. Ein Markt ist ein reguliertes Gebilde. Wir streiten über die **Standards**. Zu Recht gibt es die Kritik, wenn man sagt, die jeweiligen Standards des Landes sollten gelten, dann komme es zu einer Benachteiligung im Wettbewerb für Europa, weil es hier die höheren Standards gibt. Das kann so nicht sein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt PIRATEN)

Deshalb verstehe ich in der Tat rein logisch nicht, worauf das Freihandelsabkommen zielt, wenn es nicht um die Deregulierung und die Absenkung der Standards gehen soll.

(Beifall Dr. Breyer [PIRATEN])

Der dritte Punkt ist der schon angemerkte Punkt von Transparenz und Beteiligung. Ich habe es schon gesagt: Eine Politik, die sich vor den Augen der Öffentlichkeit versteckt, scheint etwas verbergen zu müssen. Auch das ist nicht richtig, auch das kann nicht hingenommen werden.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, PIRATEN und Beifall Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Das führt uns zu der Frage: Sollen wir die Verhandlungen aussetzen, oder sollen wir versuchen, diese vier systematischen Punkte stark und im Sinne von Verbraucherschutz, Demokratie und Partizipation nach vorn zu bringen? Ich sehe den Punkt der PIRATEN. Ich sehe, dass man sagen kann: Amerika bewegt sich vielleicht nur dann, wenn man den Tisch wirklich verlässt.

(Uli König [PIRATEN]: So ist es!)

Aber die jüngste Vergangenheit hat etwas anderes gezeigt. Und die - wie ich finde - im Moment noch nicht sehr laute öffentliche Beteiligung, aber vielleicht in Zusammenhang mit der Europawahl zu erwartende noch lauter werdende Beteiligung hat dazu geführt, dass der Bereich Investitionsklausel-schutz - also der Schutz, kann man klagen, können Firmen Staaten verklagen, dass ihre Gesundheits-, Wasserschutz- und Umweltstandards höher sind und Investitionen hemmen - herausgenommen worden ist. Das bedeutet nicht, dass auch die anderen Bereiche herausgenommen werden. Aber das zeigt, dass eine öffentliche Beteiligung und der öffentliche Druck dazu führen können, dass sich Politik ändern kann.

Vor die Wahl gestellt, diese Veränderung zu bewirken - durch eine öffentliche Debatte, durch eine partizipatorische Bewegung - oder es sein zu lassen, würde ich mich eher dafür entscheiden zu versuchen, zu Veränderungen zu kommen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW, vereinzelt PIRATEN und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht. Ich schließe die Beratung.

(Präsident Klaus Schlie)

Es ist von der SPD-Fraktion Ausschussüberweisung beantragt worden. Wenn ich die Debatte richtig interpretiere, geht es um den Europaausschuss, den Wirtschaftsausschuss und den Umwelt- und Agrarausschuss. Ich frage: Welcher Ausschuss soll federführend sein?

(Zuruf SPD: Europaausschuss!)

- Europaausschuss federführend. Es ist damit also beantragt worden, den Antrag in der Drucksache 18/1458 und den Änderungsantrag in der Drucksache 18/1501 federführend dem Europaausschuss, mitberatend dem Wirtschaftsausschuss und dem Umwelt- und Agrarausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den darf ich um das Handzeichen bitten. - Danke. Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagungsordnungspunkt 21 auf:

Miteinander stärken, Homophobie und Diskriminierung bekämpfen

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/1459 \(neu\) 2. Fassung](#)

Änderungsantrag der Fraktion der FDP

[Drucksache 18/1506](#)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich weise noch darauf hin, dass sich der Änderungsantrag der Fraktion der FDP in der Drucksache 18/1506 durch die Mitantragstellung zur Drucksache 18/1459 (neu) 2. Fassung erledigt hat. - Ich sehe keinen Widerspruch.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die SPD hat Frau Abgeordnete Simone Lange.

Simone Lange [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ricky Martin, Anne Will, Klaus Wowereit, Jodie Foster oder Thomas Hitzelsperger. Eigentlich würde ich meinen Namen gern noch hinzufügen, aber das sorgt immer für ein ganz großes Fragezeichen und dann zu der Feststellung, dass es ja keine Sensation sei festzustellen, dass ich heterosexuell bin.

Ja, es ist so: Wenn Prominente sich outen, dann sorgt das noch immer für Schlagzeilen und die Feststellung, dass das eine Sensation sei. Noch immer führt das zu großen Fragezeichen in den Gesichtern, obwohl es schon einige Stimmen gerade

im aktuellen Fall Hitzelsperger gibt, die sagen: Na und?

Es scheint, als wäre es akzeptiert, aber das ist es nicht. Wenn Schauspieler und Profisportler das tun, dann scheint es akzeptiert zu sein. Tun es unsere Kinder, dann erleben wir immer noch Verunsicherung und auch Ablehnung.

Die Geschichte der **Homosexualität** ist bis in die Gegenwart eine Geschichte der Stigmatisierung und Diskriminierung, Verfolgung und Ausgrenzung. Trotz der sexuellen Liberalisierung in den letzten Jahren wird Homosexualität nach wie vor an der vorherrschenden Norm der Heterosexualität gemessen und als Abweichung dargestellt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Homosexualität, Bisexualität, Intersexualität, Transsexualität, Heterosexualität - wir sind keine Abweichungen, wir sind alle sexuell. Und das ist auch gut so!

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und SSW)

Dass diese **Akzeptanz** noch nicht in unserer Gegenwart angekommen ist, zeigen uns die aktuellen Beispiele aus Frankreich und Deutschland. Trotz eines bestehenden Gleichstellungsgesetzes verweigerte in Frankreich eine Vielzahl von Bürgermeistern gleichgeschlechtlichen Paaren, die Ehe zu schließen. In Baden-Württemberg unterzeichnen sage und schreibe fast 70.000 Menschen eine Online-Petition, die sich gegen Aufklärungsarbeit über sexuelle Vielfalt richtet. Ich finde das unfassbar. Unfassbar finde ich auch die Begründung der Petition, in der sich unter anderem eine Formulierung wiederfindet, die eine Verbindung zwischen höheren Suizidraten, einer höheren Auffälligkeit für Alkohol und einem höheren Risiko psychischer Erkrankungen als Begleiterscheinungen der Homosexualität und so als Gefahr dargestellt, die bei Homosexuellen als Lebensstil gewertet werde.

Ich finde, Homosexualität ist kein Lebensstil, den man verändern kann, Homosexualität ist Identität!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN, SSW, vereinzelt CDU und FDP)

2013 wurde eine Studie der EU-Grundrechteagentur veröffentlicht. Sie zeigt auf: Zwei Drittel der Betroffenen trauen sich nicht, Händchen zu halten, geschweige denn, sich öffentlich zu küssen. Ein Fünftel erlebt sogar Gewalt. Ob bei der Wohnungssuche, beim Arztbesuch, in Krankenhäusern, in Schule oder Kindergarten: Homo-, Bi- und Transsexuelle kämpfen mit Vorurteilen, **Diskriminierung** und Ausgrenzung.

(Simone Lange)

Und von wegen „homophob sind immer nur die anderen“ - Homophobie findet vor unserer Haustür statt. Es braucht deutlich größere Anstrengungen als Absichtserklärungen.

(Beifall SPD und Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Aufklärung funktioniert nur, wenn sie stattfindet. Ich bedanke mich bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem SSW, den PIRATEN und der FDP für die gemeinsame Initiative. Wir bringen einen **Aktionsplan gegen Homophobie** in Schleswig-Holstein auf den Weg. Damit sind wir das vierte Bundesland, das einen solchen Aktionsplan auf den Weg bringt. Im Haushalt haben wir dafür bereits Geld zur Verfügung gestellt. Dass uns die Zusammenarbeit mit den bereits bestehenden Initiativen im Land ganz besonders wichtig ist, wird dadurch deutlich, dass dies als einer der ersten Punkte in unserem Antrag formuliert wurde. Wir freuen uns auch über die Zusammenarbeit mit der Bürgerbeauftragten und der dort angesiedelten **Antidiskriminierungsstelle**. Wir freuen uns auf das, was konzeptionell noch entstehen wird. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN, SSW und vereinzelt FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat Frau Abgeordnete Katja Rathje-Hoffmann.

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor fast vier Jahren haben wir uns hier im Landtag schon einmal mit dem Thema **Homophobie** intensiv auseinandergesetzt. Der Leitsatz „Homophobie hat keinen Platz in unserer Gesellschaft“ lässt keine Zweifel übrig und ist für uns selbstverständlich.

(Beifall CDU)

Deutschland ist im stetigen Wandel hin zu mehr Toleranz und gegen Ausgrenzung und **Diskriminierung**. Wir stellen fest, dass die Homophobie in den letzten Jahren zurückgegangen ist.

Die Gleichstellung von Homosexuellen, Schwulen, Lesben, Bisexuellen, Trans- und Intersexuellen ist fast vollzogen und muss fortgesetzt werden. Dieses wird positiv durch vielfältige Aktionen und Kampagnen in den Schulen und durch unsere Lehrerinnen und Lehrern befördert und begleitet. **Schulpro-**

jekte gegen Homophobie tragen maßgeblich zur Information und Aufklärung bei. Sowohl Schulen als auch Lehrkräfte arbeiten zunehmend mit Lesben- und Schwulenorganisationen zusammen. Und das ist gut so!

Die **Aufklärung über Sexualität** und insbesondere über Homosexualität ist Bestandteil der Ausbildung für Lehrerinnen und Lehrer und Bestandteil der Unterrichtsfächer wie Biologie, HSU, Religion, Sexualkunde und so weiter.

Auch in **Kindertagesstätten** wird in den Leitlinien zum Bildungsauftrag das Ziel genannt, „Kinder im Prozess der Identifikation mit ihrem eigenen ... Geschlecht“ zu unterstützen. Dabei soll Mädchen und Jungen ein breites Angebot eröffnet werden, ihr eigenes Geschlechterrollenverhalten flexibel zu gestalten und möglichst wenig Einschränkungen durch Geschlechterrollenstereotype zu erfahren. Toleranz und der Kampf gegen Diskriminierung beginnt schon im Kleinkindalter.

Der Kampf gegen die Ausgrenzung von Schwulen und Lesben hin zu mehr Toleranz wird auch in beinahe allen Verbänden, Organisationen und Vereinen immer erfolgreicher geführt.

Wir begrüßen - das will ich auch sagen - die Einbindung der **Antidiskriminierungsstelle** des Landes Schleswig-Holstein.

Besonders erwähnens- und lobenswert ist die **Kampagne des Deutschen Fußballbundes** „Fußball und Homosexualität“. Fußball ist mit Abstand die beliebteste Sportart in Deutschland. Lesben und Schwule werden häufig immer noch ignoriert oder abgelehnt. Die offene Diskriminierung äußert sich oft in gedankenlosen Sprüchen und Aussagen, einfach in der Sprache. Der DFB tritt dafür ein, dass in jedem der mehr als 23.000 Vereine ein Klima des Respekts und der Mitmenschlichkeit selbstverständlich ist. Die Fußballer des DFB setzen sich für ein aktives Vorgehen gegen Homophobie auf allen Ebenen des Sports ein, für eine große Vielfalt und für Respekt und Akzeptanz im Sport.

Genau in diesem Sinne engagiert sich auch der **Sport in Schleswig-Holstein**. Der schleswig-holsteinische Fußballverband organisiert zahlreiche Aktionen und spezielle Schulungen für Trainer und Übungsleiter. Das ist vorbildlich und der richtige Weg zu mehr Toleranz.

Wir verurteilen Homophobie, und wir unterstützen die Bundesregierung darin, entschieden dagegen vorzugehen, nämlich mit der Erweiterung des „Nationalen Aktionsplanes der Bundesrepublik

(Katja Rathje-Hoffmann)

Deutschland zur Bekämpfung von Rassismus, Rassendiskriminierung, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und darauf bezogene Intoleranz“ um das Thema Homophobie. Leitlinien aus diesem Aktionsplan müssen wir in Schleswig-Holstein mit unseren örtlichen Netzwerken verknüpfen und umsetzen.

Einen eigenen **Aktionsplan gegen Homophobie** halten wir zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht für geboten. Wir möchten die Entwicklungen und die Entscheidungen auf Bundesebene abwarten und dann entscheiden. Daher werden wir uns enthalten.
- Danke schön.

(Beifall CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Herr Abgeordnete Rasmus Andresen das Wort.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! In **Baden-Württemberg** haben über 158.000 Menschen - Kollegin Lange, das ist mein Stand von vorgestern; wahrscheinlich sind seit vorgestern noch ein paar Versprengte dazugekommen - eine Petition unterschrieben, die zum Ziel hat, im Bildungsplan des Landes den Umgang mit sexueller Vielfalt zu streichen. Unterstützt von führenden Kirchenvertretern und Lehrkräften wird die **homophobe Petition** salonfähig. Leider unterstützt auch die CDU-Fraktion in Stuttgart diese homophobe Petition. Leider fällt die Baden-Württemberger FDP dadurch auf, andere Lebensformen als tolerabel, aber nicht als gleichwertig zu bezeichnen. Herr Garg, ich bin sehr dankbar dafür, dass das in Schleswig-Holstein anders ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, PIRATEN und SSW)

Auch die Aussage von Exfußballprofi Thomas Hitzlsperger, dass er lieber mit Männern zusammenleben möchte, der sich aber erst nach Beendigung seiner Karriere traut, dies der Öffentlichkeit mitzuteilen, zeigt, dass es in unserer **Gesellschaft** leider noch nicht selbstverständlich ist, **sexuelle Vielfalt** auch zu leben.

Man muss allerdings nicht bis nach Baden-Württemberg gehen oder ehemalige Fussballnationalspieler und den Olympia-Goldmedaillengewinner Tom Daley bemühen, um über Homophobie zu reden. Auch bei uns in Schleswig-Holstein zeigen

viele Beispiele aus Schilderungen junger Homosexueller, dass der Kampf gegen Homophobie und für sexuelle Vielfalt noch am Anfang steht - ob „schwul“ als Schimpfwort auf den Schulhöfen oder das Mobbing junger Schüler, die kurz vor oder kurz nach ihrem Outing stehen. Homophobie gibt es auch bei uns in Schleswig-Holstein. Es stimmt einfach nicht zu behaupten - ich bin froh, Frau Rathje-Hoffmann, dass Sie das heute nicht getan haben; Kolleginnen und Kollegen haben das mir gegenüber in der letzten Legislaturperiode getan -, dass Homophobie ein Problem von Großstädten sei und bei uns im Land nicht vorkomme.

Schleswig-Holstein muss ein Land werden, in dem es egal ist, wen man liebt. Wir Grüne haben deshalb bereits in der letzten Legislaturperiode die Initiative für einen **Aktionsplan gegen Homophobie** und für sexuelle Vielfalt ergriffen. Wir freuen uns, dass wir gemeinsam in der Küstenkoalition heute und nun auch gemeinsam mit der FDP und den PIRATEN in Antragsform erste Eckpunkte vorlegen und bereits im Dezember 50.000 € dafür in den Haushalt eingestellt haben.

Ein Aktionsplan kann nur dann volle Wirkung entfalten, wenn er ressortübergreifend entwickelt wird. Dass **sexuelle Vielfalt** das Normalste der Welt ist, muss beispielsweise im Bildungsbereich fest verankert werden. Wenn Kinder schon früh lernen, dass Homo-, Bi- oder Transsexualität nicht besser oder schlechter als Heterosexualität ist, dann ist viel gewonnen. Es ist deshalb von großer Bedeutung, bereits angehende Lehrerinnen und Lehrer - wir diskutieren bald über die Lehramtsreform - für mögliche sexuelle Vielfalt und mögliche Outing-Probleme von Schülerinnen und Schüler zu sensibilisieren. Lehrerinnen- und Lehrerverbände, Hochschulen und das IQSH sind für uns im Kampf für sexuelle Vielfalt wichtige Verbündete.

Auch im **Breitensport** muss viel gegen Homophobie getan werden. Es geht nämlich nicht nur darum, dass sich einige Fußballprofis oder Profisportler outen, sondern es geht darum, dass auch im Breitensport mehr passieren muss. Gegenstand unseres Aktionsplans sollen deshalb auch die Sportverbände und Sportvereine bei uns im Land sein. Es ist wichtig, auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter öffentlicher Institutionen stärker für sexuelle Vielfalt zu sensibilisieren. Für die **Polizei** kann es beispielsweise wichtig sein, homophobe Übergriffe auch als homophob zu erkennen. Als Arbeitgeber kann und muss die Polizei sich weiter öffnen.

Allein die Nordkirche hat in Schleswig-Holstein circa 1,6 Millionen Mitglieder - so jedenfalls nach

(Rasmus Andresen)

mir vertrauten Quellen. Hinzu kommen viele tausend Mitglieder anderer Konfessionen. Auch die Glaubensgemeinschaften im Land sind bunt. Wir wollen deshalb auch mit Vertreterinnen und Vertretern der **Glaubensgemeinschaften** darüber in den Dialog treten, wie der Diskriminierung von Homosexuellen entgegengetreten werden kann.

Uns Grüne freut es sehr, dass wir heute einen wichtigen Schritt Richtung Aktionsplan und für ein Schleswig-Holstein der sexuellen Vielfalt gehen. Der Weg ist weit, und die Aufgaben sind vielfältig. Deshalb werden wir mit den vielen Verbänden, die es in dem Bereich schon gibt, und mit den Erfahrungen aus anderen Bundesländern - mit Bremen ist gestern übrigens ein weiteres hinzugekommen - am Aktionsplan arbeiten. Es ist ein gutes Zeichen, dass wir heute mit breiter Mehrheit beschließen werden. Ja, Herr Dr. Garg, wir haben den Antrag der FDP zur **Öffnung der Ehe** gern übernommen.

Aus grüner Sicht ist es ein Skandal, dass die **rechtliche Gleichstellung** auch in der Großen Koalition in Berlin weiter blockiert wird.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP, PIRATEN und SSW)

Eine kleine konservative Minderheit blockiert dort den gesellschaftlichen Fortschritt.

Wenn wir schon bei den Kollegen der CDU sind, möchte ich einige Sätze zu Ihnen sagen. Ich nehme sehr wohl wahr, dass Sie Ihre Position weiterentwickelt haben, einen weiteren Schritt auf uns zugehen. Das ist zu begrüßen. Ich nehme auch wahr, dass es noch nicht ganz reicht, um hier einen einstimmigen Beschluss hinzubekommen. Aber ich hoffe und bitte Sie, diesen Prozess weiterzuführen, damit, wenn die Landesregierung den Plan veröffentlicht, Sie so weit sind, dass Sie das uneingeschränkt begrüßen können. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, PIRATEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Dr. Heiner Garg.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! **Homophobie** kommt heute **subtiler** daher als früher. Subtiler: Man müsse nicht mehr so darüber sprechen, oder jeder könne doch tun, was er gern möchte. Ich erinnere auch an die Äußerungen des

Fraktionsvorsitzenden der FDP im Baden-Württembergischen Landtag, das sei tolerabel. Ich freue mich, dass ich tolerabel bin. Das ist Homophobie, die subtiler daherkommt.

Homophobie kommt aber auch **brutaler** daher. Ich erinnere an ein bevorstehendes Großereignis, Sotschi 2014. Der russische Präsident Putin sagt: „Liebe Schwule und Lesben, ihr seid herzlich willkommen, aber, Schwule, bleibt von unseren Kindern fern.“ Wer Pädophilie und Homosexualität auf eine Stufe stellt, zeigt Homophobie auf die brutalste Art und Weise.

(Beifall)

Auch so hervorragende und wunderbare Ratschläge - deshalb bin ich ein wenig zurückhaltend, was die Freude über den Weltfußball anbelangt - wie die in der lupenreinen Demokratie Katar helfen nicht weiter, wenn uns Herr Blatter erzählt: „Ihr könnt dort gerne hinreisen, das ist ja auch ein nettes Land. Aber verzichtet doch in dieser Zeit auf Sex.“ Meine Damen und Herren, ich will Ihnen ganz deutlich sagen: Die **sexuelle Identität** - die Kollegin Lange hat es bereits gesagt - ist keine Lifestyle-Entscheidung. Eine junge Frau oder ein junger Mann stellen sich nicht irgendwann in irgendeinem Alter hin und sagen: „Nun bin ich aber schwul oder lesbisch.“ Das ist **originärer Teil der eigenen Identität**. Ich finde, niemandem darf es mehr zugemutet werden, einen originären Teil seiner Identität verbergen oder verstecken zu müssen.

(Beifall FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wer sich jetzt hinstellt und solche Ratschläge erteilt, der reduziert die sexuelle Identität wieder darauf, was im Schlafzimmer passiert. Dabei ist die Frage eigentlich ganz einfach und ziemlich umfassend. Sexuelle Identität bedeutet nichts anderes als die Frage für Frau oder Mann, mit wem sie oder er oder ich sein Leben teilen möchte.

Vor diesem Hintergrund freue ich mich über den vorgelegten **Aktionsplan**. Man kann ihm gegenüber skeptisch sein, zu Recht. Aber ich glaube, er verdient eine Chance, und man muss genau gucken, was im Einzelnen dabei herauskommt.

Ich will noch einmal sagen - ich habe das während der letzten Debatte zu diesem Thema schon einmal angesprochen -: Nicht diejenigen, die **gleiche Rechte** einfordern, müssen sich dafür rechtfertigen, dass sie sie einfordern, sondern diejenigen, die immer noch diese Rechte versagen, müssen erklären, warum sie das bis heute tun.

(Dr. Heiner Garg)

(Beifall FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

In Richtung all dieser großen Staatsmänner, die in sehr staatsmännischer Pose Olympische Winterspiele begleiten, möchte ich noch etwas anmerken. Seit ich vier Jahre alt bin, bin ich ein bekennender Fan der Olympischen Winterspiele. Das andere hat noch ein bisschen länger gedauert.

(Heiterkeit SPD)

Diesen großartigen Staatsmännern sage ich nur: In einer modernen Welt gibt es viele Länder, Kanada, Südafrika, aber auch in Europa Spanien und andere Länder sowie inzwischen auch die USA, in denen man die Eheschließung vollziehen kann und nicht nur so ein Second-best-Modell wie die eingetragene Lebenspartnerschaft. Ich freue mich, dass es sie gibt. Das war prima 2001; es ist aber an der Zeit, dass man das nach mehr als 13 Jahren weiterentwickelt. Deshalb freue ich mich darüber, dass Sie mit uns gemeinsam einen Antrag formuliert haben beziehungsweise dass unser Zusatzantrag aufgenommen wurde. In einer solchen modernen Welt, wie ich sie mir wünsche, dürfen nicht diejenigen isoliert sein und isoliert bleiben, die ausgegrenzt werden, sondern in einer solchen modernen Welt isolieren sich diejenigen, die immer noch ausgrenzen.

(Beifall FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich wünsche mir - das sage ich mit allem Ernst -, dass die Sozialdemokratie in Berlin es besser macht als die FDP-Bundestagsfraktion in der letzten Legislaturperiode. Ich wünsche mir, dass Sie mit demselben Einsatz, mit dem Sie für manche Ziele im Koalitionsvertrag mit der Union gekämpft haben, auch dafür kämpfen, dass die **Eheschließung homosexueller Paare** endlich möglich wird und wir von diesem zweigeteilten System Partnerschaft erster und Partnerschaft zweiter Klasse wegkommen. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren, begrüßen Sie mit mir auf der Besuchertribüne Studierende des Politikbereichs der Christian-Albrechts-Universität Kiel. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Das Wort für die Fraktion der PIRATEN hat nun der Fraktionsvorsitzende Torge Schmidt.

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Noch vor 50 Jahren wurden pro Jahr knapp 3.000 Urteile wegen entarteter Sexualität gesprochen. Vor 30 Jahren waren es noch knapp 200, und erst vor 20 Jahren wurde dieser unsägliche § 175 abgeschafft. Die Urteile wurden 2002 aufgehoben. Seitdem ist nichts mehr geschehen. Es gab mehrere Initiativen, die Opfer zu entschädigen; sie sind allerdings alle im Sande verlaufen.

Wie Sie alle Ihrem Kalender entnehmen können, schreiben wir mittlerweile das Jahr 2014. Die Zeiten der **Diskriminierung** von Menschen, die nicht der Heteronormativität angehören, sollten seit Jahrzehnten vorbei sein. Leider ist dies in der Realität noch nicht angekommen. Wirkliche Freiheit für diese Menschen ist leider noch kein breiter Konsens in der Bevölkerung.

Dies können wir zum Beispiel gerade in **Baden-Württemberg** sehen. Dort gibt es eine **vorurteilsgeprägte Petition**, von der wir heute schon gehört haben, welche das Thema „sexuelle Vielfalt“ aus dem Lehrplan verbannen soll. Baden-Württemberg möchte in seinem neuen Lehrplan auch andere als nur die klassischen Lebensarten integrieren. So sollen zum Beispiel Textaufgaben nicht nur das klassische Familienbild darstellen. Die Petition gegen diesen Lehrplan hat inzwischen - jetzt kommt die neue Zahl - 164.329 Unterstützer. Das ist die Zahl von heute Morgen. Ich glaube, 75.000 waren es bei Frau Lange und 158.000 bei Herrn Andresen. Nun aber sind es mehr als 164.000. Daran sehen Sie, in welcher rasanten Geschwindigkeit Leute diese Petition unterschreiben. Mir macht das, ganz ehrlich, Angst und Sorge.

(Beifall PIRATEN)

Kein Mensch wird intolerant geboren. Diskriminierung begegnet man in den Schulen, in den Vereinen, in den sozialen Gruppen und auch in der eigenen Familie.

Wenn wir einmal die Grenzen von Schleswig-Holstein überqueren, können wir auch einmal nach Nordrhein-Westfalen schauen. Dort gibt es das Projekt „SchLAu“, und das verzeichnet dort erhebliche Erfolge. Hier können sich Schüler direkt mit homosexuellen Menschen austauschen und so Vorbehalte und Vorurteile abbauen. Dieses Projekt hat Nord-

(Torge Schmidt)

rhein-Westfalen mittlerweile verlassen und ist auch hier in Schleswig-Holstein angekommen.

Wenn wir über die **Bekämpfung von Diskriminierung** sprechen, dann müssen wir auch darüber sprechen, wie wir deutsche **Projekte** fördern und finanzieren können. Wir haben für den Aktionsplan 50.000 € vorgesehen. Wir müssen uns aber der Wahrheit stellen, dass diese Summe vorne und hinten nicht reichen wird.

Meine Damen und Herren, wir können aber nicht nur über die Bekämpfung der Diskriminierung von sexueller Vielfalt sprechen, sondern wir müssen dagegen auch aktiv etwas tun. Jeder einzelne von uns muss jeden Tag die Courage haben, der **Alltagsdiskriminierung** entgegenzutreten. Alltagsdiskriminierung fängt im Kleinen und auch Unbewussten an.

So ist auch dieser Antrag mit seiner Überschrift nicht wirklich genau. Ich hätte mich gefreut, wenn der Antrag mit sexueller Vielfalt statt mit Homophobie überschrieben worden wäre; denn auch mit solchen Kleinigkeiten fängt die Alltagsdiskriminierung an. Sexualität ist nicht nur binär, es gibt nicht nur Heterosexuelle und Homosexuelle, sondern dazwischen gibt es noch tausend andere Arten. Nichtsdestotrotz unterstützen wir diese Initiative und sehen sie als einen weiteren Schritt an für ein modernes und tolerantes Schleswig-Holstein.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns ein starkes **Zeichen gegen Diskriminierung** setzen und diesen Aktionsplan schnellstmöglich umsetzen. Aber lassen Sie uns nicht in den Glauben verfallen, mit der Verabschiedung sei alles getan. Der Kampf gegen Diskriminierung ist keine Eintagsfliege, sondern erfordert jeden Tag unsere Aufmerksamkeit, und so muss auch dieser Aktionsplan regelmäßig evaluiert werden.

Zu guter Letzt möchte ich mir Herrn Stegner als Vorbild nehmen. Er macht ja allmorgendlich sein Spiel mit einem Musikclip. Deshalb habe ich am Ende auch für Sie noch einen Musikclip. Es gibt eine sehr schöne Band namens Rise Against, die ein sehr schönes Video gedreht hat, ein Musikvideo mit dem Namen „Make it Stop“. Schaut euch das an. Es ist auf jeden Fall empfehlenswert. - Ich danke Ihnen.

(Beifall PIRATEN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Flemming Meyer.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Man muss nicht erst nach Russland schauen, um zu sehen, was **Homophobie** heißt. Trotz Lebenspartnerschaftsgesetz und allgemeinem Gleichbehandlungsgesetz ist eine breite gesellschaftliche Akzeptanz von Homosexualität auch in Deutschland noch lange keine Selbstverständlichkeit. Machen wir uns nichts vor. Nicht nur in der Schule wird das Adjektiv „schwul“ gern und oft als Schimpfwort verwendet. Für viele Homosexuelle ähnelt der alltägliche Gang zur Schule oder zur Arbeit immer noch einem Spießrutenlauf.

Wenn wir uns die europaweite Entwicklung anschauen, dann können wir auf politischer Ebene durchaus Fortschritte bei der Gleichstellung erkennen. Doch ich habe den Eindruck, dass die **Gesellschaften in den europäischen Ländern** bei diesem Thema hinterherhinken. Studien wie zum Beispiel von der EU-Grundrechteagentur FRA kommen regelmäßig zu erschreckenden Ergebnissen: Fast die Hälfte aller Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Intersexuellen und Transgender in Europa wurden kürzlich aufgrund ihrer sexuellen Orientierung diskriminiert. Über 90 % der Befragten haben in ihrer Schulzeit direkte oder indirekte Erfahrung mit Ausgrenzung und Diskriminierung gemacht. Auch am Arbeitsmarkt kommt es häufig zu Ungleichbehandlung und Diskriminierung. In Deutschland machen über 20 % der Schwulen, Lesben, Bisexuellen, Intersexuellen oder Transgender auf Jobsuche oder im Berufsumfeld derartige Erfahrungen. Sogar körperliche Angriffe sind hier und anderswo in Europa keine Seltenheit. Auch wenn es Länder gibt, in denen die Stimmung noch feindlicher ist: Diese Zahlen sind aus Sicht des SSW einfach nur beschämend.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eines ist klar: Wir dürfen die Augen nicht verschließen. Fakt ist, dass nicht nur an vielen Schulen ein Klima herrscht, das von Unwissen, Vorurteilen und Ängsten gegenüber Homosexuellen geprägt ist. **Abneigungen und Aggressionen** gegenüber Schwulen und Lesben ziehen sich leider durch viele gesellschaftliche Gruppen. Damit dürfen wir uns nicht abfinden. Wir wollen, dass Menschen unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung und ihrem

(Flemming Meyer)

Geschlecht ein gleichberechtigtes und selbstbestimmtes Leben führen können. Wie Sie wissen, haben wir zu diesem Zweck und in einem ersten Schritt 50.000 € an Landesmitteln für einen Aktionsplan gegen Homophobie bereitgestellt.

Die **vielfältigen Formen der Homophobie**, zu denen leider auch Mobbing oder Körperverletzung zählen, aber auch die neuen, subtileren Formen, wie wir eben gehört haben, sind nichts weniger als ein Angriff auf die Grundwerte unserer Gesellschaft. Das sollte man sich einmal bewusst machen. Wir alle haben damit den Auftrag und die Pflicht, dieses völlig irrationale Verhalten zu bekämpfen. Diese Pflicht hat das Land Schleswig-Holstein natürlich in besonderem Maße.

Daher bitte ich die Landesregierung, den **Aktionsplan** umzusetzen und in diesem Rahmen vor allem bestehende Unterstützungs- und Beratungsangebote bekannt zu machen. Wir sind davon überzeugt, dass die geleistete, äußerst engagierte Arbeit der Vereine und Verbände hierdurch eine noch breitere Wirkung entfalten kann.

Für den SSW kann ich ganz klar sagen, dass wir mit diesem konkreten Ansatz gegen Homophobie vor allem den Wunsch verbinden, dass dieses Thema endlich breiter diskutiert wird. Wir wollen, dass die Öffentlichkeit deutlich stärker sensibilisiert und die **Bekämpfung der Homophobie** als **gesamtgesellschaftliche Aufgabe** begriffen wird. Ich denke, besonders wichtig bleibt die Erkenntnis, dass wir es hier mit einer Querschnittsaufgabe zu tun haben, an der auch die verschiedenen Ministerien des Landes, die Bildungsinstitutionen oder zum Beispiel die Polizei aktiv mitwirken müssen. Denn nur gemeinsam werden wir bei diesem wichtigen Thema vorankommen. - Danke.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Landesregierung hat die Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung, Kristin Alheit.

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin dankbar für diesen Antrag und auch dankbar für die Form, in der er jetzt vorliegt. Denn ich denke, es ist notwendig und steht unserem Land gut an, uns **gegen Homophobie und**

gegen Diskriminierung - hier muss ich meinem Vorredner recht geben - in jeglicher Form - man soll es nicht auf Homophobie beschränken; ich finde dieses Wort nicht sehr hilfreich - starkzumachen und einzusetzen. Denn trotz vieler Fortschritte - das ist von mehreren gesagt worden - finde ich, tut ein Land, in dem es Mut kostet, sich als Fußballprofi zu seiner Homosexualität zu bekennen - wir haben auch das Beispiel aus Baden-Württemberg gehört -, gut daran, den Kampf um Gleichberechtigung und Lebensweisen nicht als erledigte Aufgabe zu sehen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich bin wirklich froh, den Vorrednern und Vorrednerinnen entnommen zu haben, dass darüber hier im Hause Einigkeit besteht.

Die Landesregierung tritt ein für ein gesellschaftliches Klima, das allen Menschen ein gleichberechtigtes und selbstbestimmtes Leben erlaubt, unabhängig von der sexuellen Orientierung und dem Geschlecht. Das ist auch Ziel der **Charta der Vielfalt**, der die Landesregierung bereits Anfang 2012 beigetreten ist. Die Unterzeichner verpflichten sich darin, ein Arbeitsumfeld zu schaffen, das frei von Vorurteilen und frei von Ausgrenzung ist. Das ist richtig und wichtig, weil es gute Vorbilder in der Praxis schafft.

Die Überwindung von Ignoranz, von Vorurteilen und von Diskriminierung tut aber in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens gut. Wir reden über das Recht auf Entfaltung der Persönlichkeit und auf die Freiheit von Diskriminierung, das unser Grundgesetz allen Menschen zubilligt und garantiert. Es ist an uns, meine sehr geehrten Damen und Herren, dieses Versprechen zu verwirklichen, für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle, Transgender und Intersexuelle gleichermaßen. Denn das ist eher noch Ziel denn gesellschaftliche Realität. Das ist in den Beiträgen sehr deutlich geworden.

Auch die vielfältige Form von Diskriminierung - sie kann unmittelbar sein, sie kann mittelbar sein - hat sich in den Jahren verändert. Sie beschränkt sich nicht und geht weit über die rechtlichen Regelungen hinaus. Deswegen freue ich mich über die hinzugekommene Nummer 5 des Antrags.

Aber es ist auch - das muss man ganz deutlich sagen - ein strukturelles Defizit, wenn nicht genügend qualifizierte Anlaufstellen da sind, wenn zum Beispiel - für meinen Bereich - die **soziale Infrastruktur** in Altenheimen oder Pflegeheimen immer noch so ist, dass sie nicht zielgruppengerecht und kultursensibel ausgerichtet ist, von nach wie vor vorhan-

(Ministerin Kristin Alheit)

denen herabsetzenden, ehrverletzten Äußerungen ganz zu schweigen.

Deshalb ist es gut - das ist hier auch schon mehrfach erwähnt worden -, dass der Landtag im vergangenen August mit der **Antidiskriminierungsstelle** eine neue Anlaufstelle für Betroffene geschaffen hat. Deshalb ist es auch richtig, dass alle Häuser Antidiskriminierung als Querschnittsaufgabe mittragen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die zivilgesellschaftlichen Institutionen und Verbände, die wir da unterstützen, die sich da engagieren, sind dabei ein ganz wichtiger Punkt.

Der **Aktionsplan gegen Homophobie**, den die Koalitionspartner vereinbart haben, ist ein weiterer wichtiger Punkt in dieser Reihe von Aktivitäten. Der Landtag hat dafür die hier schon erwähnten Sachmittel von 50.000 € bereitgestellt. Wir sollten nun im Rahmen der vereinbarten Schritte praktisch loslegen. Wir wollen durch die Bündelung und die Intensivierung von Öffentlichkeits- und Präventionsarbeit dazu beitragen, zunächst die vorhandenen Angebote und Maßnahmen einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen, damit sie stärker genutzt werden können.

Ich freue mich auch, dass gesellschaftliche Partner wie der Lesben- und Schwulenverband Schleswig-Holstein e. V. seine Bereitschaft signalisiert hat, an einem Aktionsplan mitzuwirken, und bereits ganz konkret Ideen eingebracht hat. Das vorrangige Ziel muss dabei sein, vorhandene Maßnahmen zu bündeln, sie in der Wirksamkeit zu stärken und sie in einem nächsten Schritt auszubauen.

Dabei setze ich im Wesentlichen auf die Zusammenarbeit mit der neu eingerichteten und schon erwähnten **Antidiskriminierungsstelle** bei Ihnen als Bürgerbeauftragten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir wollen, dass es zu einer Selbstverständlichkeit wird, Menschen unabhängig von ihrer sexuellen und geschlechtlichen Identität zu akzeptieren. Für die Landesregierung gehört dieses Ziel zum Selbstverständnis einer demokratischen Bildung eines Gemeinwesens, einer vielseitigen und lebenswerten Gesellschaft und damit zu einer guten Gesellschaft für alle Menschen in unserem Land. - Danke schön.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Ich lasse über den Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/1459 (neu) 2. Fassung - abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW, die Abgeordneten der Fraktionen von PIRATEN und FDP. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten der CDU. Damit ist dieser Antrag angenommen.

Präsident Klaus Schlie:

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 24 und 29 auf:

Gemeinsame Beratung**a) Ausbau der Stromnetze in Schleswig-Holstein**

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/1468

b) Netzausbau nicht blockieren

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/1475

Netzausbau in Schleswig-Holstein voranbringen

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/1514

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Mit dem Antrag zu a) wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen. Ich erteile dann das Wort für die Landesregierung dem Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Dr. Robert Habeck.

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Vielen Dank, Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! So sinnvoll und notwendig die Energiewende ist, sie stellt aber auch einen starken Eingriff in die Landschaft und die Natur dar. Neben allen Wertschöpfungschancen und Möglichkeiten, die wir auch in Schleswig-Holstein nutzen wollen - wir sprachen am Mittwoch darüber -, stellt die **Energiewende** auch ein enormes Konfliktpotenzial dar. Bei allem Dafürsein, bei aller Haltung, die Energiewende in Schleswig-Holstein voranbringen zu wollen, bei allem Stolz, den das Land aufbringt, Vorreiter und Spitze der Energiewende zu sein, und bei allem Bemühen, das uns an dieser Stelle eint, sind wir alle gut beraten, die Konflikte nicht zu verschweigen oder zu verheimlichen, sondern offen anzusprechen, um hierzu gute Lösungen zu finden.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Diese Konflikte betreffen alle Bereiche, die im ländlichen Raum anzutreffen sind. Das sind Konflikte mit der Landwirtschaft, mit dem Naturschutz, mit dem Artenschutz und selbstverständlich auch mit den Menschen, die im ländlichen Raum leben. Deswegen ist die Politik, sind die Vorhabenträger, sind wir alle gefragt, alle Entscheidungen gut, nachvollziehbar und transparent zu begründen.

Wir haben es an der Westküste erlebt bei dem Versuch, aus den alten Gräben herauszukommen. In dem Maße, in dem Informationen nachvollziehbar und diskutierbar werden, in dem Maße sind nicht alle begeistert, aber in dem Maße schwindet Widerstand, der sich dann nicht mehr auf Unwissen stützen kann. Daran sollten wir uns alle halten. Daran sollten wir weiter arbeiten.

Wenn wir uns die Netzinfrastuktur in Schleswig-Holstein anschauen, so müssen wir insgesamt sagen, dass wir diese Debatte - wie eigentlich alle Debatten der vergangenen Jahre zu diesem Thema - eigentlich zehn Jahre zu spät führen. Wir - „wir“ sind in diesem Fall die Netzbetreiber - haben beim **Netzausbau** kostbare Zeit verloren. Zudem haben wir vor allem an der Westküste Probleme mit der Einspeisung gehabt. Wir sind dabei - die Vorgängerregierung hat hierzu bereits das Fundament gelegt -, diese Probleme abzuarbeiten. Wir sind sehr schnell dabei, diese Probleme abzuarbeiten.

(Beifall Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sehr schnell heißt, dass wir es hinbekommen werden, in diesem Jahrzehnt - bis 2017, bis 2018 - die größten Infrastrukturvorhaben aufs Gleis gesetzt zu haben. Das ist sportlich. Das ist fast Weltrekord.

Daraus ergibt sich aber auch ein Zielkonflikt. Schnell zu sein, energisch voranzugehen, die Energiewende voranzutreiben und Menschen mitzunehmen, transparent zu sein, die Konflikte auch auszuhalten, das scheint sich zu widersprechen. Wir haben aber auch die Erfahrung gesammelt, dass sich das nicht widersprechen muss, dass die Menschen sehr wohl bereit sind, auch unbequeme Entscheidungen zumindest zu akzeptieren - Begeisterung erwarte ich dabei von niemandem -, wenn sie nachvollziehbar dargestellt werden und wenn vor allem ihre Anregungen und ihre Kritik ernst genommen werden. Das macht **Projekte** besser.

Nun zum Netzausbau in der Sache. Es gibt vier verschiedene Projekte, zwischen denen zu unterscheiden ist.

Erstens. Es ist die Mittelachse, die verstärkt werden muss, und zwar von Dänemark runter bis über die Elbe, von Kassow nach Dollern. Dort wird gebaut. Wir sind mitten in der Umsetzung der Projekte. Auch dort wird über Abschnitte geredet. Im Wesentlichen wird dort aber bereits gearbeitet.

Zweitens. An der **Westküste** haben wir das dringendste Problem. Dort sind bereits jetzt 4.400 Megawatt installiert, und die Leitungen reichen hinten und vorne nicht aus. Sie wissen wahrscheinlich, dass die Leitung in vier Abschnitten geplant und planfestgestellt wird. Der erste Abschnitt befindet sich bereits in der Planfeststellung. Wir erwarten die Unterlagen für den zweiten Abschnitt in Kürze. Die problematischen Teile - die Abschnitte von Heide nach Husum und von Husum nach Niebüll - werden in den nächsten Jahren eingehen. Sie werden immer noch 20 Monaten planfestgestellt werden, sodass sich das Netz vom Jahr 2015 an im realen Aufbau befindet. Anfang des Jahres 2018 soll es komplett stehen. Wir werden aber immer schon direkt von den Einspeisepunkten aus direkt den Abfluss von Strom aus Schleswig-Holstein organisieren können.

Drittens. Nord.Link. Die Verbindung nach Norwegen soll ebenfalls 2018 stehen. Wir haben gestern das Realisierungsabkommen mit TenneT unterzeichnet. Das ist ein anspruchsvolles Projekt, weil wir durch die höchste Schutzklasse, die wir im Naturschutzrecht haben, hindurchgehen müssen mit einem **Kabel**, das weitaus größer ist als ein Offshore-Kabel. Ich glaube, dass wir es hinbekommen

(Minister Dr. Robert Habeck)

werden, bis zum Sommer die Planfeststellung zu erreichen. Dann muss Norwegen die Investitionsentscheidung treffen, und dann wird bis 2018 gebaut werden.

(Beifall Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Viertens. Sued.Link. Das betrifft den Strom, der aus Schleswig-Holstein, aus dem Norden heraus letztlich die Atomkraftwerke - wenn es nach mir geht auch die Kohlekraftwerke - ersetzen soll. Das wird von einer Bundesbehörde planfestgestellt. Schleswig-Holstein arbeitet zu. TenneT ist dabei, die Öffentlichkeit zu beteiligen. Hierfür müsste bis Ende des Jahrzehnts die Bauleistung erbracht werden. So sind die Planungen.

Ich glaube - das sage ich mit ein wenig patriotischem Stolz -, wenn sich die Planer an dem orientieren, was wir an der Westküste gemacht haben, dann schafft man das auch. Dort ist aber sicherlich der größte Widerstand zu erwarten.

Fünftens. **Ostholstein.** Das ist sicherlich der Auslöser für diese Debatte. Bitte erlauben Sie mir, kurz darauf einzugehen. Auch in Ostholstein ist das Netz heute schon voll. Wenn wir einen weiteren Ausbau der **Windenergie** in Ostholstein wollen - das wollen wir, auch gegen viele Widerstände; ich nenne nur das Beispiel der Flugsicherung -, dann müssen wir etwas beim Netz tun. Das ist natürlich Gegenstand von vielen Berechnungen gewesen. Diese Berechnungen haben jüngst ergeben, dass der Ausbau auf eine 380-kV-Ebene der günstigste, der eingriffärmste und der dauerhafteste ist. Mit diesem Ausbaubeschluss, der jetzt in den Bundesnetzplan eingearbeitet wird, verbindet sich genau das, was ich am Anfang gesagt habe, nämlich die Pflicht dieser Regierung, der Vorhabenträger, in der Region klarzustellen, auf welcher Datenbasis, mit welcher Begründung und bei der Abwägung welcher Alternativen dieser Beschluss zustande kam.

Deshalb werden wir jetzt einen Plan vorlegen, der sich an das anlehnt, was wir an der Westküste gemacht haben. Marlies Fritzen hat genau das gefordert. Selbstverständlich soll das genauso sein. Es steht nicht ein ganz so großer Zeitdruck wie an der Westküste dahinter. Deswegen ist die Frage, ob wir ein formales Raumordnungsverfahren durchführen oder nicht, offen. Das müssen wir einfach schauen. Das ist ein komplizierter Raum. Das ist viel komplizierter als an der Westküste. Es stellt sich die Frage, ob wir dieses Verfahren durchführen oder nicht durchführen. Gleichwohl sieht sich die Regierung in der Pflicht, genau zu begründen, was sie tut,

warum sie das tut und ob andere Alternativen denkbar sind. Das ist selbstverständlich und hiermit auch zugesagt.

Unter dem Strich glaube ich, dass wir es hinbekommen, den Ausbau der Windenergie und den Ausbau des Netzes so voranzubringen, dass die Menge an abgeschaltetem Strom trotz des enormen Zubaus, den wir im Land organisieren, nicht stark ansteigen wird, möglicherweise gar nicht größer wird. In den vergangenen eineinhalb Jahren ist die Hoffnung gewachsen, dass das so kommt.

Ich möchte schließen mit einem Dank an all die Damen und Herren, die Daten zu den kompliziertesten Prozessen herausgearbeitet haben. Ich trage hier irgendwelche Zahlen vor und werfe mit Kilometerzahlen um mich. Hinter jeder Zahl und hinter jedem Verhandlungsschritt steckt enorm viel Arbeit. Man kann nur danke sagen dafür, dass sich die Damen und Herren in den Planfeststellungsbehörden, in den Ministerien, aber auch in den NGO, bei den Verbänden und bei den Bürgerinitiativen so engagiert einbringen. Nur so kann eine Gesellschaft ein so schwieriges Infrastrukturvorhaben voranbringen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat die vereinbarte Redezeit um zwei Minuten und 30 Sekunden überzogen. Diese Redezeit steht theoretisch auch allen Fraktionen zur Verfügung. Jetzt hat der Abgeordnete Oliver Kumbartzky für die FDP-Fraktion das Wort.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich schließe mich dem Dank an die NGO, an die Behörden und so weiter, den Robert Habeck am Schluss seiner Rede ausgesprochen hat, an. Ich muss aber ganz klar sagen, dass ich ein bisschen enttäuscht bin von dem, was Sie hier gerade ausgeführt haben, Herr Dr. Habeck.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Wir haben einen Berichtsantrag gestellt und wollten unter anderem etwas zum Stromnetzausbau hören. Wir haben im zweiten Absatz unseres Antrags aber noch andere Punkte erwähnt. Darauf werde ich gleich noch eingehen. Dazu haben wir von Ihnen leider wirklich gar nichts gehört. Das ist sehr schade.

(Oliver Kumbartzky)

Ich möchte zu Beginn meiner Rede einen großen Philosophen zitieren, der im Frühjahr 2012 sagte:

„Neben vielen klugen Reden und Ankündigungen erwarten die Menschen zu Recht konkrete Entwicklungen in eine nachhaltige Zukunft.“

Robert Habeck im Frühjahr 2012.

Wenn wir dieses Zitat und das, was Minister Dr. Habeck in seiner Regierungserklärung am 22. August 2012 verkündet hat, anschauen und neben den heutigen Bericht legen, muss man feststellen: Außer warmen Worten war da nicht viel - um es einmal freundlich auszudrücken.

(Beifall FDP und CDU)

Ich habe Ideen vermisst. Ich vermisse auch die Unterstützung von innovativen Projekten zur Nutzbarmachung von Energie, die nicht abgeführt werden kann. Hierzu gibt es Ideen insbesondere an der Westküste, aus Dithmarschen und aus Nordfriesland. Dazu hätte ich gerne etwas gehört.

Auch zum Stromspeichern haben wir gar nichts gehört. Wir haben auch nichts zum Thema der Netzentgelte gehört. Darauf werde ich jetzt eingehen. Vorher möchte ich etwas Allgemeines zum **Netzausbau** sagen. Ich kann dies in einem Satz zusammenfassen, Herr Dr. Habeck hat dafür 7 Minuten gebraucht: Der Netzausbau ist der Schlüssel für den beschleunigten Umstieg der Energieversorgung auf erneuerbare Energien,

(Beifall FDP)

doch der Netzausbau und damit die **Energiewende** werden nur dann ein Erfolg, wenn es gelingt, die Kosten zu begrenzen und die Bürger einzubeziehen. Es ist gut, dass die schwarz-gelbe Bundesregierung noch in der vergangenen Legislaturperiode wesentliche und konkrete Vorkehrungen für einen beschleunigten Netzausbau getroffen hat, und zwar durch die Einführung eines bundesweit koordinierten Netzentwicklungsplans und zahlreicher gesetzlicher Regelungen für eine Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren.

(Beifall FDP)

Nun kommt es darauf an, dass die Ausbauprojekte zügig von den Netzbetreibern realisiert werden. Dabei sind auch die Länder in der Pflicht, die vorhandenen Instrumente für eine zügige Umsetzung in vollem Umfang zu nutzen.

Ich bin der Meinung, dass zu einer Debatte über den Stromnetzausbau auch eine Debatte über das

Thema Netzentgelte geführt werden muss. Da die **Netzentgelte** nach dem Verursacherprinzip erhoben werden und da in Schleswig-Holstein bekanntermaßen besonders viel Strom durch die Netze fließt, steigen die Entgelte, und zwar höher als in anderen Regionen Deutschlands. Zudem steigen die Netzentgelte, weil die Kosten für den Ausbau und die Unterhaltung der Netze im ländlich geprägten Schleswig-Holstein auf vergleichsweise wenig Einwohner umgelegt werden. Das Problem wird durch den demografischen Wandel noch verschärft.

Wir müssen es uns alle bewusst machen: Die Stromkunden werden gerade im ländlich geprägten Schleswig-Holstein in den nächsten Jahren mehr und mehr belastet. Wir sollten darüber nachdenken, wie wir diese Kosten breiter verteilen können, beispielsweise durch bundeseinheitliche Netzentgelte. Hier hätte ich mir durch die Rede des Herrn Ministers eben Impulse gewünscht.

Wir haben in der heutigen Debatte nicht nur einen Bericht über den Stromnetzausbau an sich beantragt, sondern auch einen Bericht, der darauf eingeht, welche Maßnahmen die Landesregierung ergreifen will, um Zwangsabschaltungen aufgrund von Netzengpässen zu verhindern. Hier fällt die Bilanz äußerst schwach aus. Modellprojekte zur Eisman-Stromnutzung werden leider nicht unterstützt. Auch hier zeigt sich wieder: Was macht ein Minister, wenn er regiert? Was hat er vorher im Frühjahr 2012 noch in einem großen Antrag und in einer großen Debatte verkündet? - Die Landesregierung müsse eine Modellregion schaffen und gerade an der Westküste Modellprojekte unterstützen. Hier kommt jetzt leider nichts.

Ich habe das Thema Stromspeicherung eben schon kurz erwähnt. Auch zu diesem Thema möchte ich etwas sagen: Sie haben dem einzigen funktionsfähigen Speicher in Schleswig-Holstein, dem **Pumpspeicherkraftwerk** in Geesthacht, durch die Erhöhung der Oberflächenwasserabgabe das Licht ausgemacht. Das muss man klar so sagen. Ich kann es immer noch nicht fassen: Es ist schon über einen Monat her, dass das Gesetz ohne Aussprache beschlossen wurde. Es wurde ohne eine Debatte im Landtag, ohne Anhörung in den Ausschüssen und ohne öffentliche Anhörungen beschlossen. Ich finde es schade, dass Sie durch diese Erhöhung mir nichts dir nichts dieses Pumpspeicherkraftwerk unrentabel gemacht haben.

(Beifall FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Kumbartzky, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder eine -bemerkung des Herrn Abgeordneten Matthiessen?

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Ich mag Bürgerdialoge gern, und ich möchte auch gleich darüber reden. Herr Matthiessen hat aber gleich noch die Gelegenheit, etwas zu sagen. Daher möchte ich zum Thema Bürgerdialog fortfahren. - Der Bürgerdialog an der **Westküste** hat weitestgehend geklappt, das möchte ich klar sagen. Hier haben Sie die Arbeit von Jost de Jager erfolgreich zu Ende gebracht, und es ist gut, dass diese Leitung möglichst schnell gebaut wird.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, nun hat Frau Abgeordnete Fritzen das Bedürfnis, Ihnen eine Zwischenfrage zu stellen.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Ja.

Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Danke, Herr Kollege. Ich wollte Sie an Ihre Aussage zum Pumpspeicherkraftwerk in Geesthacht erinnern und daran, dass wir - wenn ich mich recht erinnere - in der letzten Legislaturperiode ziemlich fraktionsübergreifend die Gebühren für Wassernutzungsentgelte gesenkt haben. Die Begründung war, dass das Pumpspeicherkraftwerk ansonsten nicht rentabel wäre. Können Sie mir sagen, wie sich die Leistung des Pumpspeicherkraftwerks seit dieser Gebührensenkung verändert hat?

- Frau Fritzen, ich bin Ihnen ausgesprochen dankbar dafür, dass Sie dies erwähnen. Ich habe diesen Passus in meiner Rede tatsächlich überlesen. Wir haben Ende 2011 fraktionsübergreifend diese Abgabe gesenkt. Es wurde eben gesagt: Wir wollten mit der Senkung der Abgaben möglich machen, dass das Kraftwerk wieder läuft. Vom Betreiber wurde gesagt, dass es bis Ende 2014 wieder in Betrieb genommen wird. Ende 2014 haben wir noch nicht ganz erreicht.

(Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich wollte darauf hinaus - -)

Präsident Klaus Schlie:

Falls Sie eine weitere Frage stellen möchten, frage ich den Herrn Abgeordneten gern, ob er dies zulässt.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Ja.

Präsident Klaus Schlie:

Bitte, Frau Abgeordnete.

Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dies schien damals unglaublich dringend zu sein. Ich glaube, wir erinnern uns an diese legendäre Stunde in der Dezember-Tagung. Wenn ich dies richtig verfolgt habe, ist seitdem nahezu kaum etwas unternommen worden, um dieses Pumpspeicherkraftwerk tatsächlich in Betrieb zu nehmen. Die Begründung ist, dass es nicht gebraucht wird. Daher finde ich es jetzt etwas irrelevant zu sagen, die Erhöhung würde dazu führen, dass wir dieses Kraftwerk quasi außer Betrieb nehmen. Das wollte ich damit sagen, danke schön.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Sie können gern stehen bleiben. Ich wundere mich darüber, dass Sie diese Abgabe ohne Anhörungen einfach so erhöht haben. Die Unterlagen sind verumdruckt worden. Wenn man sich diese ansieht, dann wird deutlich: Auf die Frage, was der Betreiber des Pumpspeicherkraftwerks dazu sagt, wurde gesagt: Dort hat man sich nicht gemeldet, also können wir die Abgabe erhöhen. - Toll. Ein Kraftwerk kann man nicht einfach von heute auf morgen wieder anfahren. Der Termin Ende 2014 wurde genannt, und Sie haben dem Prozess einen Knüppel zwischen die Beine geworfen. Das ist schade.

Ich komme zu der eben schon erwähnten Trasse und zu der Pressemitteilung des Kollegen Olaf Schulze. Ich möchte klar sagen: Dieser Berichtsantrag bezog sich nicht auf diese Pressemitteilung. Dies ist ein CDU-Antrag. Da dieser mit unter diesem Tagesordnungspunkt behandelt wird, möchte ich selbstverständlich darauf eingehen: Am 9. Januar 2014 hat der selbst ernannte SPD-Energieexperte Olaf Schulze davon gesprochen, dass so viele Energienetze wie nötig und so wenig wie möglich gebaut werden sollten. Das ist eine grandiose und nobelpreisverdächtige Erkenntnis. Ganz ehrlich: Kei-

(Oliver Kumbartzky)

ner baut Netze nur des Bauens willens. Wir bauen nur die Netze, die wir wirklich brauchen.

(Beifall CDU)

Leider zeigt diese Pressemitteilung, dass der von Herrn Habeck so bemühte Bürgerdialog nicht bis zum Ende gegriffen hat, denn er scheint nicht einmal in der Koalition gegriffen zu haben. Das ist schade. Sie haben Ihrer Koalition mit dieser Pressemitteilung einen Bärendienst erwiesen, das muss ich ehrlich sagen. Sie werden sicherlich gleich noch darauf eingehen. Es liegen zwei Anträge dazu vor. Wir werden selbstverständlich dem CDU-Antrag folgen, weil in diesem Antrag ganz klar gesagt wird, dass die 380-kV-Höchstspannungsleitung von Göhl nach Lübeck definitiv zu einer erfolgreichen Energiewende dazugehört. Daher unterstützen wir den Antrag.

Nun haben Sie einen grandiosen Änderungsantrag gestellt, den man nicht ablehnen kann. Ich schlage vor, dass wir beide Anträge getrennt zur Abstimmung bringen. Dann können wir beiden Anträgen zustimmen; Sie sicherlich auch. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Hartmut Hamerich das Wort.

Hartmut Hamerich [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auf den Berichtsantrag will ich nicht weiter eingehen. Ich schließe mich den Ausführungen des Kollegen der FDP-Fraktion an. Ich werde mich in erster Linie auf den **Netzausbau** in Gänze beziehen. Der Minister lobt seine Arbeit, und den regierungstragenden Fraktionen fällt ein windelweicher Änderungsantrag ein, um zu kontern. Der Antrag der FDP-Kollegen ist nach der Presseberichterstattung insbesondere zur Ostküstentrasse richtig. Es reicht aber auch in diesem Fall nicht aus, sich nur berichten zu lassen. Morgen wurschtelt die Koalition weiter. Hier erwarten wir einfach mehr.

Die Koalition kann wirklich froh sein, dass der Schlingerkurs von Herrn Habeck aus dem Jahr 2012, der den Verlust der 380-kV-Trasse zur Folge hatte, wieder auf dem richtigen Weg ist. Beide Entlastungsleitungen wurden von der Bundesnetzagentur nicht mehr als erforderlich angesehen. Wir freuen uns darüber, dass die **Osttrasse** weiter verfolgt werden soll. Ein Grund zur Beweihräucherung ist

das aber auch nicht, wenn man sich die Konsultationen der Landesregierung mit der **Bundesnetzagentur** anschaut. Das ist nicht der ganz große Erfolg. Herr Habeck, die Landesregierung ist hier mit einem blauen Auge davon gekommen, mehr nicht. Was ist mit den **Windeignungsflächen**, die möglicherweise der Erweiterung des 3-km-Radius der Flugsicherung zum Opfer fallen?

(Zuruf Lars Winter [SPD])

- Herr Winter, sind sie jetzt genehmigt? - Nein. Was ist mit den Windeignungsflächen, die an eine Ausgleichsfläche im Bereich der A 20 bei Wittenborn grenzen? Was ist mit den Windeignungsflächen, die aufgrund erneuter Stellungnahmen der Denkmalpflegebehörde der Stadt Lübeck infrage gestellt werden, weil möglicherweise Sichtachsen betroffen sind? - Es gibt viele Fragezeichen, und Sie werden festgestellt haben, dass die betroffenen Regionen dies bislang sehr unkritisch begleitet haben, weil sie am Erfolg orientiert sind. Auch ich begleite das jetzt noch relativ unkritisch, weil ich glaube, dass wir nur gemeinsam in der Lage sein werden, Dinge zu beeinflussen, die sicherlich ein Energiewendeminister alleine nicht regeln kann. Das ist mir klar. Wir werden gemeinsam versuchen, dort Wege zu finden, um diese Eignungsflächen zu erschließen, damit die 380-kV-Leitung, die dann gebaut wird beziehungsweise vorher gebaut werden muss, auch den Strom abtransportieren kann, der dort produziert wird.

Nachdem sich auch der Ministerpräsident, der Wirtschaftsminister und der Energiewendeminister sehr positiv zur Entscheidung der Bundesnetzagentur, dass diese Osttrasse gebaut werden soll und dass sie erforderlich ist, geäußert haben, frage ich mich, auf welcher Grundlage dann der Kollege Schulze die Trasse infrage stellt und Prüfungsbedarf anmeldet.

(Zuruf Olaf Schulze [SPD])

Unser Antrag stellt ein klares Bekenntnis zum Ausbau der Stromautobahn dar. Wenn Schleswig-Holstein von der im Land erzeugten Strommenge aus erneuerbaren Energien partizipieren will - ich gehe davon aus und setze dies als selbstverständlich voraus -, müssen wir in der Lage sein, die Energie in die produktionsstarken Regionen der Republik zu transportieren.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Selbstverständlich ist die intensive Beteiligung der Bürger am Planungsverfahren für die Trassen unabdingbar. Selbstverständlich müssen wir uns auch darüber unterhalten, ob wir in allen Bereichen

(Hartmut Hamerich)

380-kV-Leitungen neu bauen müssen oder aber ob wir vorhandene 110- oder 220-kV-Leitungen hochlasten können. Unser Ministerpräsident hat mehrfach angekündigt - um auch einmal auf die **Westküste** zu kommen -, energieintensive Betriebe an die Westküste holen zu wollen. Die Beispiele Pri-novis, PROKON und die Messe Husum zeichnen dagegen ein anderes, ein düsteres Bild.

Aber ohne entsprechende Infrastruktur - sprich: A 20 oder Landärzte im ländlichen Bereich - wird das ein Traum bleiben, den der Ministerpräsident exklusiv hat. Die Westküste erwartet deshalb von dieser Landesregierung nichts mehr.

(Lachen Birgit Herdejürgen [SPD])

Die Investoren in unserem Bundesland haben ein Recht auf Verlässlichkeit und Planbarkeit.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Ich hoffe inständig, dass das Dialogverfahren bei der Westküstenleitung durchträgt, so wie der Ministerpräsident es in der Beantwortung der Kleinen Anfrage des Kollegen Magnussen erklärt hat. Weitere Verzögerungen können und dürfen wir uns nicht leisten, wenn Schleswig-Holstein hier nicht an Boden verlieren will. Der Ausstiegsbeschluss ist auf 2022 formuliert. Die CDU steht zu dieser Verantwortung und wird diesen Prozess weiterhin konstruktiv begleiten.

Stimmen Sie unserem Antrag zu, wenn Sie wirklich wollen, dass Schleswig-Holstein Energieexporteur bleiben soll und dass wir den Rohstoff Wind als Energieträger gewinnbringend einsetzen. Herr Habeck, bislang haben Sie auf dem aufsetzen können - Sie haben es ehrlicherweise erwähnt -, was bereits durch Vorgänger angeschoben worden ist: Runde Tische mit der Energiewirtschaft, mit Netzbetreibern et cetera. Ich habe die Vorschläge Ihres Hauses zur **EEG-Reform** zur Kenntnis genommen. Da sind sicher richtige Ansätze dabei. Das Einzige, was ich darin nicht gefunden habe, ist, wann geplant wird, die Subventioniererei über das EEG erst einmal zu reduzieren und dann endlich zu beenden. Wir brauchen eine Nachhaltigkeitsstrategie für Schleswig-Holstein, die mittelfristig nicht mehr auf Subventionen angewiesen ist.

Ich beantrage Überweisung an den Wirtschaftsausschuss und möglicherweise auch begleitend an den Umwelt- und Agrarausschuss. - Ich bedanke mich vor allem für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU und Oliver Kumbartzky [FDP])

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Olaf Schulze.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

Olaf Schulze [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Hamerich, ein windelweicher Antrag ist es nicht. Das ist ein Antrag, in dem ganz klar definiert ist und in dem ganz klar steht, dass wir uns zum **Netzausbau** in Schleswig-Holstein bekennen. Insofern fordert eher Ihr Antrag etwas, das die Landesregierung sowieso schon macht und wofür sie sich auch einsetzt. Ich glaube, die Landesregierung braucht sich durch Ihren Antrag nicht aufgefordert zu fühlen, weil es diese Landesregierung eigentlich schon so gemacht hat.

Die **Energiewende** ist die Herausforderung unserer Zeit, und wir in Schleswig-Holstein leisten einen großen Beitrag dazu. Sie ist nicht nur in Verantwortung für die kommenden Generationen ökologisch und gesellschaftspolitisch dringend geboten, sondern bringt für Schleswig-Holstein auch ein enormes Potenzial an Wertschöpfung mit sich. Die Entwicklung der Wirtschaft und damit einhergehend die Schaffung neuer Arbeitsplätze ist gerade für uns Sozialdemokraten von besonderer Bedeutung. Deshalb setzt sich die SPD-Landtagsfraktion seit Jahren für die Energiewende ein.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Wir haben das enorme Potenzial der Energiewende für die Entwicklung unseres Landes schon erkannt und eingefordert, als einige in diesem Haus - noch 2010 - die Atomkraft für das Rückgrat der Energiewende in Schleswig-Holstein hielten.

(Beifall SPD)

Und selbstverständlich werden wir uns auch in Zukunft für die Energiewende einsetzen und alles tun, damit sie gelingt. Es gibt keine sinnvolle Alternative dazu.

Zur Energiewende gehört nicht nur der weitere konsequente Ausbau der erneuerbaren Energie - darüber haben wir bereits am Beginn dieser Tagung diskutiert -, sondern unter anderem auch der Netzausbau. Selbstverständlich werden wir den nötigen Netzausbau in Schleswig-Holstein weiter unterstützen und begleiten, wie wir dies bei der Planung an der **Westküste** bereits erfolgreich praktiziert haben. Dabei wird die Beteiligung der Bürgerinnen und

(Olaf Schulze)

Bürger vor Ort von Anfang an wichtig und notwendig, um **Akzeptanz** für den Bau der Trasse zu bekommen und dort, wo notwendig, auch alternative Trassenplanungen umzusetzen.

(Beifall SPD)

Die gleichen Anforderungen, die wir für die Westküstenleitung angesetzt haben, gelten auch für den Stromleitungsbau in Ostholstein. Im Koalitionsvertrag der Küstenkoalition steht:

„Für den Um- und Ausbau der Stromtrassen gilt das Prinzip: Optimierung vor Verstärkung vor Ausbau.“

Daran halten wir uns, und wir stehen auch dazu, dass der in **Ostholstein** produzierte Windstrom abtransportiert werden muss.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

2012 haben wir von der **Bundesnetzagentur** die Nachricht bekommen, dass die Stromtrassen Lübeck-Göhl und Göhl-Kiel nicht nötig seien. Damals wurde noch von geringen Zubauraten ausgegangen. 2013 wurde mit den im Landesentwicklungsplan vorgesehenen Zubauoptionen noch einmal neu gerechnet. Hier hat ganz besonders Minister Habeck dazu beigetragen, dass wir auch dieses noch einmal neu berechnet bekommen. Dabei ist herausgekommen, dass ein Neubau Kiel-Göhl weiterhin nicht nötig ist, und das ist auch gut so. Da sind wir uns sicher alle einig. Ich hoffe, Sie, Herr Kollege, auch.

Für die Strecke Göhl-Lübeck wurden vier Szenarien geprüft: Zweimal wurden die Verstärkung und der Zubau der 110-kV-Leitungen geprüft, zweimal der Neubau einer 380-kV-Leitung.

Dabei wurde festgestellt, dass das heutige Netz den Zubau von Windkraftanlagen und deren Strommenge nicht aufnehmen kann und die Netzinfrastruktur ausgebaut werden muss. Beide geprüften Möglichkeiten wurden als geeignet beurteilt, allerdings ist die 380-kV-Leitung günstiger und bietet Einspeisereserven. Das hat der Minister in seinem Bericht gerade noch einmal vorgetragen.

Mit diesem Votum der Bundesnetzagentur werden wir jetzt gemeinsam mit den Betroffenen vor Ort und den Netzbetreibern den Netzausbau in Ostholstein voranbringen, damit wir als Windland Nummer eins auch weiterhin wie vorgesehen den **Windkraftausbau** umsetzen und den wichtigen Beitrag Schleswig-Holsteins zur Energiewende leisten können.

(Beifall SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Herr Abgeordnete Detlef Matthiessen.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zunächst einmal auf den Beitrag von Herrn Kumbartzky eingehen, weil er ein bisschen süffisant Herrn Schulze als den selbst ernannten Energieexperten der SPD bezeichnet hat. Ich finde, das ist eine Tonalität, die gehört nicht hierher. Er ist der ordnungsgemäße, seit Jahren aktive und gut arbeitende energiepolitische Sprecher und Kollege von Ihnen, Herr Kumbartzky.

(Beifall SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist vor allem vor dem Hintergrund eine etwas gewagte Nummer gewesen, weil Sie dann noch die Netznutzungsentgelte lokalisieren wollten. Die werden aber als Umlage nach dem Briefmarkensystem - so wie eine Briefmarke von Kiel nach Osterby genau dasselbe kostet wie von München nach Osterby - bundesweit umgelegt. Die Bundesnetzagentur kontrolliert das.

Das war die eine Fehläußerung, die andere Fehläußerung kam zum Pumpspeicherkraftwerk und war auch nicht so sehr von fachlicher Expertise getragen. Wenn Sie einmal die Pumpspeicherkraftwerke in Deutschland insgesamt untersuchen, dann stellen Sie fest, dass dort die Jahresnutzungsstunden sehr stark zurückgegangen sind. Hintergrund ist die von Wirtschaftsminister Rösler verordnete Verknappung des Zertifikatehandels für Kohlekraftwerke.

Wir haben zurzeit einen völlig **überfüllten Produktionsmarkt** im Stromsektor. Unser Pumpspeicherkraftwerk des deutschen Kraftwerksparks ist der Export ins Ausland. So ist die ökonomische Wahrheit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Das hat mit dem OWAG in Schleswig-Holstein gar nichts zu tun. Wenn Sie das bezweifeln, zeige ich Ihnen gern die Statistiken dazu.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Zu welchen Preisen denn, Herr Matthiessen?)

Meine Damen und Herren, wir wollen die Energiewende. Dazu gehört die Leistungsabführung der dezentral erzeugten Energie. Dazu gehört auch eine

(Detlef Matthiessen)

380-kV-Leitung in Ostholstein. Das sind immerhin 3.800 V.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Matthiessen, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Abgeordneten Kubicki?

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, ich bin ja höflich. Herr Kubicki, bitte schön.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr geehrter Herr Kollege Matthiessen, ich habe Ihren Ausführungen entnommen, dass Deutschland Strom exportiert. Würden Sie uns als Experte freundlicherweise mitteilen, zu welchen Preisen das geschieht?

- Herr Kubicki, das geschieht in folgenden Dimensionen: Die deutsche Stromproduktion lag Ende 2012 bei 606,7 TWh und Ende 2013 bei 596 TWh. Die Produktion ist um 10,7 TWh oder 1,75 Prozentpunkte zurückgegangen. Das ist ein Erfolg des Stromsparens und der Effizienztechnologie, insbesondere im Gewerbebereich.

Wir haben aber erhebliche Strommengen ins Ausland exportiert. Wir haben aus Holland Beschwerden, dass das zum Teil mit der Weiterreichung negativer Börsenpreise ins Ausland erfolgt mit katastrophalen Verwerfungen in der dortigen Stromproduktion.

Ich finde, wir sollten Exportland bleiben, aber auf das Level, das wir vorher gewohnt waren, zurückfallen. Dazu gehört, dass die **Kohlekraft** ungeeignet ist. Wir haben im Moment eine fluktuierende Erzeugung, die zunimmt, und einen riesigen alten Kraftwerkspark. Trutz Graf Kerksenbrock, der ehemalige energiepolitische Sprecher der Fraktion der CDU, kam hier immer mit folgendem Satz an: Windlast sei nicht grundlastfähig. Als sei Grundlast eine Tugend - das ist sie natürlich nicht! Es ist der Mangel, Leistung modulieren zu können. Auf diesen Mangel muss man nicht stolz sein, sondern diese alten Gurken müssen schnellstens vom Markt verschwinden. Die sind im Wesentlichen schuld am deutschen Exportüberschuss in Verbindung mit der Verbilligung der Zertifikate. Sie sind von 40 € auf 3,50 € herabgegangen. So wird Kohlestrom natürlich billig.

Präsident Klaus Schlie:

Das war - glaube ich - jetzt die Antwort über eine Minute hinweg.

(Heiterkeit)

Jetzt hat der Abgeordnete Kubicki den Bedarf, eine weitere Frage zu stellen.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Bitte, Herr Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Herr Präsident, ich habe nur eine Verständnisfrage, weil ich nicht zu den Experten gehöre wie Herr Matthiessen. - Habe ich das richtig verstanden, dass der Stromexport in die Niederlande von uns bezahlt wird, dass wir dafür kein Geld bekommen? Ich habe den negativen Börsenpreis so verstanden. Also, wir exportieren und zahlen dafür, dass wir exportieren?

- Das liegt daran, dass diese alten Möhren, so ein Braunkohlekraftwerk seine Leistung nicht modulieren kann. Es möchte auch am nächsten Tag noch Strom verkaufen und sagt sich: Heute feuere ich nicht herunter, weil ich es nicht kann, ich brauche ja sechs Tage, um im Volllastbetrieb zu feuern. Infolgedessen mache ich heute lieber durch, obwohl der Strommarkt gar keinen Strom will, der Klimaschutz mich schon gar nicht interessiert, und belaste damit die holländischen Kollegen mit negativen Handelspreisen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Die freuen sich doch!)

Das ist doch eine absurde Situation, was Deutschland im Moment als Stromexporteur in Europa vor-exerziert.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Matthiessen, nunmehr begehrt der Herr Abgeordnete Hamerich, Ihnen eine Frage zu stellen.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Wir können das auch privatissime außerhalb dieses Hohen Hauses klären.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Die freuen sich doch, dass die kostenlos Strom bekommen!)

Präsident Klaus Schlie:

Vielleicht können wir jetzt wieder so miteinander verkehren, dass ich die Fragen zuordne. Jetzt begehrt der Abgeordnete Hartmut Hamerich, eine Frage zu stellen.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident, ich lasse die Frage gern zu.

Präsident Klaus Schlie:

Bitte schön.

Hartmut Hamerich [CDU]: Mein sehr verehrter Herr Kollege Detlef Matthiessen, da nicht nur der Kollege Olaf Schulze, sondern auch Sie nicht nur selbst ernannter energiepolitischer Sprecher sind, sondern durch die Arbeit der vergangenen Jahre anerkannte Sprecher für Energiepolitik sind, möchte ich, dass Sie zur Kenntnis nehmen, dass 380 kV nicht 3.800 V sind. Ich weiß nicht, ob wir hier noch Schüler zu Besuch haben, die mit der richtigen Information nach Hause gehen sollen, dass es 380.000 V sind.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Habe ich das nicht gesagt? 380 kV beziehungsweise 380.000 V. Damit kann ich fortfahren, Herr Präsident. - Das ist ziemlich viel. Daher redet man bei 380 und 220 kV auch von der Höchstspannungsebene oder vom Übertragungsnetz. Der Betreiber heißt Übertragungsnetzbetreiber und wird ÜNB abgekürzt.

In diesem Zusammenhang sind folgende Zahlen interessant: Unser ÜNB heißt bekannterweise TenneT, die Länge des deutschen Stromnetzes beträgt 1,78 Millionen km, das Übertragungsnetz davon beträgt 35.700 km. Die Strecke, über die wir heute Nachmittag reden, ist 50 km lang, nämlich von Göhl nach Siems in Lübeck.

Die Energiewende bedeutet auch einen wesentlichen Umbau des **Stromnetzes**. Die Netzstrukturen müssen weitgehend den neuen, **dezentralen Strukturen** angepasst werden. Bisher hatten wir Strukturen von zentralen Großkraftwerken im Gigawattbereich. Davon gingen die 380-kV-Leitungen aus, die über Mittelspannungsebene 110 kV mit Rauf- und Runtertransformieren dann irgendwann bei einem Bauernhof an der dänischen Grenze angekommen sind und der Leitungsquerschnitt diesen Bauernhof

noch mit 30 kW versorgt hat. Mit diesen 30.000 W begnügten sich dann die Ferkellampen und die Getreidetrocknung.

Plötzlich steht aber auf dem Acker eine Windmühle mit 2,5 Millionen W Leistung, und das nicht nur bei ihm, sondern auch beim Landnachbarn. Das führt in Nordfriesland in der Summe zu erwarteten 2,5 GW und in Dithmarschen zu 2 GW, in Ostholstein zu 1 GW. Wenn man 1 GW einmal als die Leistung eines Großkraftwerks, eines Atomkraftwerks nimmt, dann bauen wir also das Vielfache der bisherigen Atomkraftwerke in die Fläche. Diese **Leistung** müssen wir natürlich **abführen**. Meine Damen und Herren, im Schleswig-Holsteinischen Landtag tragen alle Parteien diese Politik mit. Wir wollten ja die Erweiterung der Windeignungsfläche. Wer A sagt zur Windenergie, muss natürlich B sagen zur Leistungsabführung.

Die **Bundesnetzagentur** hat den Bedarf für eine **380-kV-Leitung** an der Ostküste festgestellt, und meine Fraktion trägt dies mit, zumal wir dies mit unserem grünen Stromplan bereits im April 2011 gefordert haben, ebenso wie wir die Leitung Göhl-Kiel kritisch gesehen haben. Beide damaligen Positionen wurden jetzt nach eingehender technischer Prüfung bestätigt.

Das ist die eine Seite der Medaille. Die andere ist, dass wir den **Antrag der CDU** nicht mittragen können. Herr Hamerich, Sie sind Jäger und wollen den Minister zum Jagen tragen. Ich sagte gerade, der Autor der Studie war 2011 Fraktionsvorsitzender, er ist jetzt Minister. Sie können davon ausgehen, dass der sich darum gekümmert hat, dass im Land die richtigen Netzstrukturen erreicht werden. Wir sind sehr zufrieden mit der jetzigen Prüfung. Die geschah natürlich nach einem engen Dialog mit dem Ministerium und der BNetzA als Prüfungsbehörde.

Wir brauchen nicht zum Jagen getragen zu werden, wie es der CDU-Antrag intendiert. Mir passt auch der Ton des Antrags nicht. Das ist wirklich vollmundig: keine weiteren Prüfungen, basta. Das ist Brechstangenpolitik, Gutsherrenart, das ist Politik der Vergangenheit. Akzeptanzpolitik sieht anders aus. Minister Habeck hat das an der Westküste vorgemacht. Die Energiestaatssekretärin hat in Sachen 380-kV-Leitung von Hamburg Nord nach Dollern direkt mit **Bürgerinitiativen** verhandelt. Sie saß bei Landeigentümern in der Wohnstube. Dort ist es trotz des fortgeschrittenen Verfahrens gelungen, Veränderungen zu erreichen, etwa Leitungsver-schwenkungen.

(Detlef Matthiessen)

(Hartmut Hamerich [CDU]: Das stimmt doch gar nicht!)

Wir haben doch gerade erst gelernt, dass es keinen Flächenanspruch gibt, der rechtlich alle andere Ansprüche beiseiteschiebt. Ich erinnere an das Urteil zur A 20 bei Bad Segeberg.

Das ist auch gut so in unserem Rechtsstaat. Es ist nachvollziehbar, dass die Nachbarschaft von Autobahnen, Einkaufszentren, Windanlagen und Stromleitungen nicht durchgängig als angenehm empfunden wird. Deshalb die soeben gelernte und erprobte Dialogkultur, die vorgezogene **Bürgerbeteiligung**, die von dieser Regierung erstmalig durchgeführt wird. Wir müssen die Menschen wirklich ernst nehmen, wir müssen die Ochsentour des Fragenbeantwortens gehen, auch in Ostholstein.

(Beifall Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Liebe CDU, nehmen Sie doch Ihre Parole aus der Naturschutzpolitik: Leitungsbau geht nicht gegen die Menschen, Leitungsbau geht nur mit den Menschen!

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ob es die Versorgungssicherheit ist, ob es Erdkabelalternativen sind, ob es nicht doch nur - -

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit hat sich schon dem Ende zugeneigt.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Dann komme ich zum Schluss, Herr Präsident.

Diese Fragen müssen wir alle beantworten. Sorgfältige Planung ist auch erforderlich, weil die Strukturen netztechnisch manchmal 80 Jahre alt werden. Deshalb müssen wir auch der Anforderung Genüge tun, zukunftsfähige Strukturen zu schaffen.

Die Energiewende kommt, meine Damen und Herren - besser und schneller mit Akzeptanz, die wir uns aber auch hart erarbeiten müssen. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion der PIRATEN hat Frau Abgeordnete Angelika Beer.

Angelika Beer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kollege Oliver Kumbartzky, wir finden Ihren Antrag gut. Deshalb haben wir in der Fraktion beschlossen und auch besprochen, dass wir ihm zuspringen werden.

(Heiterkeit und Zurufe)

Ich meine natürlich, wir werden ihm zustimmen.

(Beifall Oliver Kumbartzky [FDP])

- Aber nicht zu früh klatschen. Herr Ausschussvorsitzender, ich rede gerade mit dem Kollegen.

Ich frage mich aber inzwischen wirklich, ob es sinnvoll ist, **mündliche Berichte** von der **Landesregierung** zu beantragen. Denn dieser Bericht, den wir heute in sieben Minuten bekommen haben, war nun wirklich ohne Substanz. Insofern werden wir zukünftig schriftliche Berichte von der Landesregierung beantragen,

(Christopher Vogt [FDP]: Die sind auch meist ohne Substanz!)

um dann die Substanz für die Debatte zu haben.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN und Beifall Oliver Kumbartzky [FDP])

Die Fragen, die wir uns gestellt haben, wurden nicht beantwortet. Vielleicht kann das schriftlich noch einmal für die weiteren Diskussionen korrigiert werden.

Wenn es um Netzausbau geht, fällt mir als Erstes auf, dass bislang eine vernünftig aufgeschlüsselte **Bedarfsplanung** für unser Land fehlt. Sicher können sich die Bürgerinnen und Bürger Informationen zusammensuchen, zum Beispiel aus Pressemitteilungen des Ministers aus dem Internet. Ich nehme einmal die vom 9. Januar 2014. Es gibt aber nicht nur die eine vom Kollegen Olaf Schulze, sondern auch noch die andere vom Minister selbst. In der kurzen Mitteilung schreiben Sie, dass zum Beispiel zu den 500 MW Erzeugungsleistung in Ostholstein weitere rund 1.000 MW dazukommen werden. - Übersichtlich und in sich schlüssig ist das aber nicht. Denn es wird nicht klar, auf welcher Grundlage Ihre Annahme beruht.

Noch weniger klar werden Ihre Angaben angesichts der Tatsache, dass gerade im Moment sowohl **im**

(Angelika Beer)

Bund als auch **in Europa** bei der **Energiewende** mächtig auf die Bremse getreten wird. Oder wollen Sie mir erzählen, dass Ihnen die Auswirkungen der Großen Koalition und des Konzeptes, das Herr Gabriel gerade vorgestellt hat, auf den Ausbau der Windenergie in Schleswig-Holstein in Volt, Watt oder Ampere bereits bekannt und sie bereits berechnet sind?

Ich erinnere einmal an gestern Abend - und da schaue ich Sie an, Olaf Schulze. Wer auf dem Empfang der Erneuerbaren hier im Landtag war, hat die Reden, die **Sorgen** und auch die **Befürchtungen** gehört. Die haben wir sehr ernst zu nehmen. Und wir alle gemeinsam, die die Energiewende wollen und den schnellstmöglichen Umstieg auf Erneuerbare, müssen das ernst nehmen. Der oder die, die gestern da waren, wissen, dass wir vor einer Riesenaufgabe stehen. Das bedeutet, dass wir auch das Konzept der Großen Koalition in diesem Bereich korrigieren müssen, ohne dass wir dafür wirklich ein scharfes Schwert hätten.

Dem Netzentwicklungsplan 2013 entnehme ich, dass die von Ihnen favorisierte **380-kV-Leitung** gerade einmal zu 20 % ausgelastet sein wird. Damit wird das Kriterium der Erforderlichkeit nur knapp erfüllt. Zudem sollen die Leitungen auch deshalb gebaut werden, um Strom aus dem **Baltic Kabel** aufzunehmen. Inwieweit das Baltic Kabel für die Energiewende wirklich benötigt wird, wird aus den uns vorliegenden Unterlagen nicht klar. Der aus Schweden kommende Strommix kann derzeit jedenfalls nicht als rein erneuerbarer angesehen werden. Insofern ist auch dort ein Fragezeichen zu setzen.

Sie selber haben **NORD.LINK** angesprochen. Da geht es natürlich auch um die Frage des Naturschutzes. Sie selber haben in der Presse darauf hingewiesen, dass es schmerzhaft Eingriffe möglicherweise im Nationalpark Wattenmeer wird geben müssen.

Uns interessiert übrigens in diesem Bereich, wenn wir über Netzausbau reden, auch noch ein ganz anderer Aspekt, der hier heute noch gar nicht angesprochen worden ist. Auf unsere Kleine Anfrage aus dem Mai 2013, wie die Landesregierung mit dem Verdacht eines erhöhten **Leukämierisikos bei Kindern** aufgrund dauerhaft erhöhter **Magnetfeldbelastungen** umgeht, haben Sie geantwortet, dass Sie die gesetzlichen Grenzwerte so wenig wie möglich ausschöpfen und ein hohes Maß an Vorsorge realisieren wollen. Seitdem gibt es zu diesem Thema keine Einzelheiten.

Auch dieses Thema, liebe Kolleginnen und Kollegen, gehört in einen Bericht zur Bedarfsplanung, denn wir können nur dann eine vernünftige Abwägung treffen, wenn wir Kosten, Nutzen und Risiken miteinander in ein reales Verhältnis setzen. Menschen einem Risiko auszusetzen, das nicht zwingend notwendig ist, das kann nicht Ziel einer nachhaltigen Politik sein.

Wir alle wollen die Energiewende - das will ich noch einmal unterstreichen -, wir wollen aber eine Energiewende, die ebenso gut durchdacht wie auch gut gemacht ist. Wir wollen eine Energiewende, bei der stets klar ist und sein muss, warum Maßnahmen, auch wenn sie für die Bürgerinnen und Bürger zumindest eine Belastung bedeuten, notwendig umzusetzen sind.

Wenn dieser Weg nicht gegangen wird - zurzeit sind aus unserer Sicht wie gesagt die Kriterien nicht erfüllt -, werden wir auch gegenüber dem Bund und der Europäischen Union schnell in Erklärungsnot kommen. Wenn wir auf der großen Bühne überzeugen wollen - und die Herausforderungen seit Beschlussfassung der Großen Koalition zur Energiewende und zum EEG sind größer geworden als je zuvor -, dann müssen wir schlüssig darstellen, warum wir den Netzausbau so brauchen, wie er hier diskutiert wird.

Bei der Ostküstentrasse ist diese Klarheit aus unserer Sicht bisher noch nicht gegeben. Deshalb werden wir dem Koalitionsantrag auch nicht zustimmen.

(Beifall PIRATEN)

Lassen Sie mich zum Schluss noch sagen: Der Kollege Matthiessen hat nun mehrmals diese neue **Akzeptanzkultur** in den Mittelpunkt gestellt. Ich habe im Moment den Eindruck, dass eine Akzeptanzkultur schwammig in den Aussagen ist und damit für die Bürgerinnen und Bürger kein Kriterium ist, in einem Bürgerdialog auch wirklich mitgenommen zu werden. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall PIRATEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat Herr Abgeordneter Flemming Meyer.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Der Atomausstieg und die damit einhergehende Energiewende stellen uns vor große Her-

(Flemming Meyer)

ausforderungen. Für **Schleswig-Holstein** bietet sich daher die einmalige Chance, eine **Vorreiterrolle** dabei einzunehmen, wie die **Energiewende** gelingen kann. Diese Chance wollen wir nutzen, um der Windenergie bei uns im Land wieder den Stellenwert zurückzugeben, den sie verdient. Damit wird sie wieder Wachstumsmotor und Wirtschaftskraft in unserem Land. Und hier sind wir auf einem sehr guten Weg.

Schleswig-Holstein ist ein Windland mit einer langen Tradition für Windenergie. Wir haben gute Voraussetzungen und das Know-how, um die Windenergie sowohl an Land als auch im Offshore-Bereich auszubauen. Das sind Voraussetzungen, um die uns so manch anderes Bundesland beneidet. Wir können es uns nicht erlauben, uns diesen Weg zu versperren. Entscheidend für den effektiven Ausbau der Windenergie ist der Transport des Windstroms.

Die dezentrale Stromproduktion stellt uns vor neue Herausforderungen, womit wir dann bei den **Stromnetzen** wären. Wir wissen bereits seit Jahren, dass unsere Netze nicht dafür ausgelegt sind, eine dezentrale Stromversorgung zu gewährleisten. Windmühlen stehen still, weil die Netze voll sind. Das ist Vergeudung von Potenzial. Daher ist es wichtig, dass der Stromnetzausbau weiter vorankommt.

Wir haben bereits einiges erreicht. Das Vorhaben zum Netzausbau an der Westküste zeigt deutlich, dass der eingeschlagene Weg der breiten Beteiligung und des Dialogs wichtig und richtig ist. Wir haben uns immer für ein umfangreiches und **frühzeitiges Beteiligungsverfahren** ausgesprochen, in dem die Einwände ernst genommen werden. Es geht nicht darum, nur zu informieren. Wir müssen zuhören und konkrete und umsetzbare Alternativen aufgreifen. All das haben wir bereits an der Westküste getan. Und wir wurden in unserer Vorgehensweise bestätigt. Die Bürgerinnen und Bürger vor Ort, Verbände und Organisationen sowie die politische Ebene in den Kreisen Dithmarschen und Nordfriesland haben sich beteiligt. Mehr als 1.800 Betroffene haben sich in die Planungen eingebracht.

Das macht deutlich, dass es die Menschen interessiert, wo und wie die Netze verlaufen. Ohne deren Dazutun wären wir lange nicht so weit, wie wir es heute sind. Damit wurde ein erster Schritt getan, um mit den planungsrelevanten Voraussetzungen beginnen zu können.

Dieser Dialogprozess sollte auch für andere Regionen des Landes eine Vorbildfunktion haben, um be-

reits im Vorfeld die größten Brocken ausräumen zu können.

Wir müssen uns aber auch darüber im Klaren sein, so notwendig der Ausbau der Stromnetze auch ist: Den Betroffenen wird dabei viel abverlangt. Daher müssen wir genau hinschauen, in welchem Umfang wir den Netzausbau voranbringen.

Deshalb sollte auch für den **Netzausbau** gelten, dass er **nachhaltig und langfristig** sein muss. Niemandem ist geholfen, wenn wir eine Leitung planen, von der wir heute wissen, dass sie in zehn Jahren nicht mehr die notwendigen Kapazitäten haben wird und deshalb dann ein neuer Planungsprozess in Gang gebracht werden muss.

Wenn wir die Potenziale der erneuerbaren Energien in Schleswig-Holstein in Zukunft voll ausschöpfen wollen, dann müssen wir dies heute entsprechend berücksichtigen. - Danke.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die vorhandene Restredezeit von 1 Minute hat der Herr Abgeordnete Peter Lehnert.

Peter Lehnert [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich wollte eine Klarstellung zu dem Redebeitrag des Kollegen Matthiessen machen. Ich kenne mich mit der **Planung Hamburg/Nord - Dollern** im Kreis Pinneberg relativ gut aus. Ich habe das als örtlicher Abgeordneter begleitet und mehrere Jahre den Runden Tisch dazu geleitet.

Es ist so gewesen, dass die Verschränkungen einvernehmlich gemacht worden sind, damals in der Regierungszeit von Jost de Jager als Wirtschaftsminister, abgestimmt mit den örtlichen Bürgermeistern und Einzelpersonen. Das waren übrigens bei der CDU-Bürgermeister, die das gemacht haben. Das sage ich, um deutlich zu machen, dass das parteiübergreifend war. Als die zuständige Staatssekretärin ins Gespräch kam, um uns in Quickborn zu unterstützen, sind wir - Sie auch - an einer Grundeigentümerin gescheitert. Daran hat sich also nichts geändert. Die konstruktiven Veränderungen, die wir in dem Bereich erreichen konnten, sind durch regionale CDU-Bürgermeister und Einzelgespräche erreicht worden. Das wollte ich hier klarstellen. - Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Der Abgeordnete hat die 56 Sekunden genau erreicht, die noch übrigen waren. - Nun hat der Abgeordnete Oliver Kumbartzky das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das mit dem „selbst ernannten Energieexperten“ war mit einem freundschaftlichen Augenzwinkern gemeint. Falls es nicht so ankam, nehme ich das zurück und entschuldige mich - keine Frage.

(Christopher Vogt [FDP]: Er kann das ab!)

- Ich habe gezwinkert, aber die Sonne blendet.

(Heiterkeit)

Zum Thema **Pumpspeicherkraftwerk Geesthacht**. Fakt ist, dass es zwischen 2001 und 2011 nicht lief. Dann wurde die Abgabe gesenkt. Seitdem läuft es wieder. Es sorgt hauptsächlich für die Stabilität der Netze. Das müssen wir so festhalten. Wir können uns aber gern - meinetwegen auch im Ausschuss - noch einmal darüber austauschen.

Abschließend sage ich, dass ich nach wie vor enttäuscht über den mündlichen Bericht bin. Wir haben uns deutlich mehr versprochen. Ich ziehe daraus die Lehre, dass wir in Zukunft nur noch schriftliche Berichte beantragen oder mit Kleinen Anfragen arbeiten werden.

(Christopher Vogt [FDP]: Da steht auch nichts drin!)

Ich finde es sehr traurig, Herr Dr. Habeck. - Danke.

(Beifall FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe - -

(Zuruf: Der Oppositionsführer hat sich gemeldet!)

- Entschuldigung, das habe ich übersehen. Es tut mir leid. - Das Wort hat der Oppositionsführer, der Herr Abgeordnete Callsen.

Johannes Callsen [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich stelle fest, wir haben, was den Netzausbau in diesem Haus angeht, eine große Einigkeit.

(Zuruf)

- Ich glaube, in der Mehrheit schon. - Deswegen sind wir in der Lage, in der Sache abzustimmen. Die Notwendigkeit des Netzausbaus ist in der Tat gegeben. Der Landtag sollte ein klares Signal geben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Koalition, wir haben auch keinen Dissens, was **Bürgerbeteiligung** angeht. Ich weise deswegen ausdrücklich darauf hin, dass wir das in dem dritten Absatz unseres Antrags ausdrücklich geschrieben haben. Transparente Bürgerbeteiligung ist wichtig, um Akzeptanz zu erreichen.

Uns geht es um Folgendes: Herr Kollege Schulze und Herr Matthiessen, diese Frage bleibt immer noch ein Stück unbeantwortet. Ist für die Landesregierung, die Koalition die **Entscheidung der Bundesnetzagentur** die Grundlage für die Bürgerbeteiligung? Oder gibt es, wie der Kollege Schulze vor einigen Wochen behauptet hat, noch eine Überprüfung der Entscheidung der Bundesnetzagentur?

(Zuruf Olaf Schulze [SPD])

- Wenn dem nicht so sein sollte, würde überhaupt nichts dagegensprechen, Herr Kollege Schulze, wenn Sie den letzten Absatz unseres Antrags in Ihren Antrag übernehmen. Dann könnten wir Ihrem Antrag in der alternativen Abstimmung sogar zustimmen. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Es gibt sehr unterschiedliche Bemerkungen zur Abstimmung. Ich stelle fest, obwohl das vorhin anders angedeutet wurde: Offensichtlich ist übereinstimmende Auffassung des Hauses, dass in der Sache abgestimmt wird. - Das ist so.

Da mir weitere konkrete Anträge nicht vorliegen, werde ich in der Sache abstimmen lassen. Ich schlage vor, abweichend gemäß § 75 der Geschäftsordnung unseres Landtags den vorliegenden Änderungsantrag zu einem selbstständigen Antrag zu erklären. - Widerspruch sehe ich nicht. Dann werden wir so verfahren. Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 18/1475, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW und die Fraktion der PIRATEN. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

(Präsident Klaus Schlie)

Ich lasse jetzt über den Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/1514, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW und die Fraktion der FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von CDU und PI-RATEN. Damit ist dieser Antrag angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 22 auf:

Mehr Steuergerechtigkeit für Schleswig-Holsteins Bürger - Kalte Progression abbauen

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/1465

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Ich eröffne also die Aussprache. - Das Wort hat der Herr Abgeordnete Wolfgang Kubicki, der Fraktionsvorsitzende der FDP.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu vorgerückter Stunde, aber trotzdem wichtig möchte ich mich mit dem Thema der **kalten Progression** beschäftigen, was uns - egal wo wir herkommen, Sozialdemokraten, Grüne, Christdemokraten, Liberale, SSW - in der Vergangenheit schon häufiger zu Debatten veranlasst hat. Im sogenannten **Regierungsprogramm** der **Christlich-Demokratischen Union** Deutschlands lesen wir auf Seite 5 unter der interessanten Überschrift „Leistung muss sich lohnen - Bürgerinnen und Bürger entlasten“ Folgendes:

„Wir wollen, dass Lohnerhöhungen, die dem Ausgleich von Preissteigerungen dienen, nicht mehr automatisch von einem höheren Steuertarif aufgezehrt werden. Mit der Abmilderung dieser sogenannten kalten Progression schaffen wir mehr Leistungsgerechtigkeit und helfen gerade Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen.“

(Unruhe)

Im Bundestagswahlprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, das übrigens auch „Regierungsprogramm“ heißt - -

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Kubicki, ich darf Sie einmal unterbrechen. Wenn es möglich ist, notwendige oder nicht notwendige Gespräche nach draußen zu verlagern, wäre das nett.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident, ich habe viel Verständnis dafür, dass die Kolleginnen und Kollegen, die von der kalten Progression nicht so sehr betroffen sind, sondern mehr an das kalte Wetter denken, unter Umständen zur Kaltschale übergehen.

(Zurufe)

- Fanden Sie das nicht witzig, Herr Dr. Stegner? - Eigentlich schade.

(Heiterkeit)

Im Bundestagswahlprogramm der **Sozialdemokratischen Partei Deutschlands** können wir auf Seite 57 folgende Sätze finden:

„Steuerpolitik begreifen wir als ein wichtiges Mittel, das solidarische Miteinander in unserem Land zu ermöglichen und zu fördern und der sozialen Spaltung entgegenzuwirken. Sie muss gerecht und zugleich wirtschaftlich vernünftig sein.“

Im gemeinsamen **Koalitionsvertrag** von Union und SPD ist dann aber keine Rede mehr davon, die kalte Progression abzumildern oder steuerpolitisch der sozialen Spaltung entgegenzuwirken. Tatsächlich wird das Problem der kalten Progression jetzt komplett ignoriert - so, als gäbe es dieses Thema gar nicht.

Das Institut der deutschen Wirtschaft aus Köln hat berechnet, wen die kalte Progression bis 2017 prozentual am härtesten trifft: Es sind genau die **kleinen und kleinsten Einkommen**. Die Menschen in der Gehaltsgruppe von 1.000 bis 2.000 € bekommen durch die kalte Progression eine zusätzliche Last von 45 % aufgebürdet, bei der Gruppe von 20.000 bis 30.000 € sind es immerhin noch 32 % zusätzlich. Je höher die Gehaltsgruppe wird, umso weniger schlägt die kalte Progression zu - beim Gehalt von über 500.000 € - das der Kollege Stegner noch anstrebt - sind es gerade einmal noch 2 % zusätzlich.

Wer angesichts dieser Zahlen noch immer behauptet, er wolle steuerpolitisch der sozialen Spaltung entgegenwirken, der will die Menschen im Land bewusst hinters Licht führen; denn tatsächlich ist das genaue Gegenteil der Fall. Wer **steuerpoliti-**

(Wolfgang Kubicki)

sche Änderungen zur Abmilderung der kalten Progression unterlässt, der benachteiligt viele Menschen, der erhöht durch Nichtstun faktisch die Steuern für die finanziell schlechter Gestellten. Das ist weder gerecht noch fair, sondern das ist zutiefst unsozial.

Wir waren doch im letzten Jahr bereits so weit, dass der Deutsche Bundestag unter Schwarz-Gelb ein Gesetz verabschiedet hat. Die verbalen Erklärungen der Sozialdemokraten und der Grünen im Bundestag hierzu kenne ich. Ich weiß aber auch, dass das Gesetz im Bundesrat aus anderen Gründen gescheitert ist als aus dem Grund, verhindern zu wollen, dass die kalte Progression beseitigt wird.

Damit wir eine allgemeine **Größenordnung** bekommen: Bis 2017 werden es insgesamt 17,5 Milliarden € sein, die den Menschen im Land durch die **kalte Progression** fehlen. Feierliche Worte, wie sozial man sich findet, helfen den Menschen im Zweifel nicht, wenn man diesen Menschen nicht durch Taten unter die Arme greift.

Ich erwarte vor allem vom designierten sechsten stellvertretenden Bundesvorsitzenden der SPD, dass er all sein politisches Gewicht in die Waagschale legt, um dieser Ungerechtigkeit ein Ende zu setzen.

Jeder hier im Hohen Hause muss anerkennen, dass es nicht gerecht sein kann, wenn eine Gehaltserhöhung dazu führt, am Ende inflationsbereinigt weniger in der Tasche zu haben. Noch einmal: Es kommt wegen der kalten Progression dazu, dass man nach einer **Gehaltserhöhung** effektiv **weniger in der Tasche** hat als vorher. Das kann doch nicht richtig sein.

(Beifall FDP)

Deshalb wollen wir, dass vom Schleswig-Holsteinischen Landtag nicht nur ein starkes Signal, sondern eine konkrete politische Initiative ausgeht, um dieses Problem zu beseitigen. Ich bitte Sie deshalb, unserem Antrag zuzustimmen. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Kollege Peter Sönnichsen.

Peter Sönnichsen [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Entgegen sonstiger Gewohnheit habe ich einmal in Protokollen der beiden letzten Wahlzeiten nachgelesen. Das Thema „kalte Progression“ ist ein

echtes Wiedervorlagethema, mal direkt, meistens indirekt, und ist in Verbindung mit aktuellen Themen wie Einkommens- und Vermögensentwicklung oder gar Rettungsschirm und vielen anderen mehr auch von allen Fraktionen eingebracht.

Keine Fragen gibt es zur **Berechtigung des Anliegens**. Da will ich mich nicht nur auf die vorangegangenen Superbeispiele beziehen, die hier genannt worden sind, sondern auch sagen: Selbst mittlere Einkommen sind betroffen, denn die Progression der Steuertarife in Verbindung mit über 20 Prozentpunkten Sozialabgaben führt sehr schnell dazu, dass von jedem Euro mehr an Einkommen nicht mal die Hälfte beim Steuerzahler verbleibt.

Ein kleines Fenster der Verbesserung bleibt nur, wenn das Einkommen gerade noch oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze, aber unterhalb des Spitzensteuersatzes und des Solidaritätszuschlages und frei von einer Veranlagung zur Kirchensteuer ist. - So weit besteht Einvernehmen.

Zum Thema **Wahlprogramm und Koalitionsvertrag**: Ich denke, Herr Kubicki, auch Sie haben schon mal Koalitionsverträge unterschrieben, die erheblich vom Wahlprogramm abgewichen sind. Insofern befinden wir uns in guter Gesellschaft. Aber lassen Sie uns das vielleicht einmal an anderer Stelle in Erinnerung rufen.

Zum **Berliner Koalitionsvertrag**: Nach meiner Erinnerung war es schon mühevoll genug, Steuererhöhungen herauszuhalten. Demgegenüber steht in dem Koalitionsvertrag etwas über Konsolidierung der Finanzen, Entlastung der Kommunen, Investitionen in Infrastruktur, Städtebauförderung, Kostenübernahme für die Eingliederung Arbeitsuchender, Mittel für Forschung an Hochschulen und vieles andere mehr. Das sind alles Punkte, zu denen wir sicherlich alle Ja sagen, weil sie mit unterschiedlicher Gewichtung auch unseren guten Vorsätzen hier im Lande entsprechen.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Peter Sönnichsen [CDU]:

Ja.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Mein sehr verehrter Herr Kollege Sönnichsen, habe ich Sie jetzt dahin gehend richtig verstanden - ich

(Peter Sönnichsen)

möchte das nur klargestellt wissen -, dass es ausgerechnet die Sozialdemokraten waren, die es in Koalitionsverhandlungen verhindert haben, dass der Wunsch der Union, die kalte Progression abzuschaffen, nicht umgesetzt werden konnte?

- Nein, das haben Sie nicht richtig verstanden. Ich habe nur allgemein festgestellt, dass zwischen Wahlprogrammen und Koalitionsverträgen Unterschiede bestehen und dass bei diesem Koalitionsvertrag, wie er jetzt für den Bund geschlossen worden ist, das Verhindern von Steuererhöhungen der größere Part gewesen ist.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Das ist aber so, Herr Dr. Stegner.

(Beifall CDU)

Ich kann zum Ende kommen. Im Koalitionsvertrag ist zwar von Steuervereinfachung und anderem die Rede, nicht aber vom Abbau der kalten Progression. Das muss uns nicht daran hindern, diesen Abbau einzufordern. Ich glaube kaum, dass wir im Ausschuss zu anderen Ergebnissen kommen werden, deshalb können wir direkt entscheiden.

Wir wissen, sehr geehrter Herr Kubicki, dass längst nicht alle Punkte eines jeden Koalitionsvertrages umgesetzt werden, andererseits aber auch Punkte außerhalb solcher Verträge zur Umsetzung kommen.

Der Antrag ist im Sinne unserer Bürgerinnen und Bürger, der Arbeitnehmer und damit der Steuerzahler. Insofern kann meine Fraktion zustimmen. Die Restredezeit spende ich denjenigen, die auch am Freitagnachmittag noch gesteigertes Mitteilungsbedürfnis haben.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die SPD-Fraktion erteile ich der Frau Kollegin Beate Raudies das Wort.

Beate Raudies [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer in diesem Haus wäre nicht für **Steuergerechtigkeit**? Allerdings: Wenn wir „Steuergerechtigkeit“ sagen, meinen wir damit häufig etwas Unterschiedliches. Die SPD hat schon häufiger deutlich gemacht, was sie darunter versteht: Stabile Staatsfinanzen sind notwendig, um allen Menschen in unserem Land die Teilhabe an

Bildung, Infrastruktur, Sicherheit, Daseinsvorsorge, sozialer Sicherung und Kultur zu ermöglichen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir wollen soziale Gerechtigkeit, Bildung, Nachhaltigkeit, moderne Infrastruktur und ausgeglichene Haushalte.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Sie wissen, dass wir immer dafür geworben haben, dies nicht nur durch Ausgabekürzungen, sondern auch durch **Einnahmeerhöhungen** zu erreichen. Dazu zählen zum Beispiel die Erhöhung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensteuer, die Reduzierung von Ausnahmetatbeständen, die Abschaffung von Subventionen, zum Beispiel für Hoteliers und andere; von der Vermögensteuer will ich hier erst gar nicht reden.

Herr Kubicki, Sie haben so wunderbar aus unserem Regierungsprogramm zitiert. Wenn Sie noch weiter zitiert hätten, dann wären Sie auch noch zu den Passagen zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung und zur Beteiligung der Finanzmärkte gekommen, um nur zwei weitere Bereiche herauszugreifen.

(Beifall SPD)

Die Schaffung von zusätzlichen Regelungen, die Besserverdienende relativ stärker entlasten als Beschäftigte in unteren und mittleren Einkommensklassen und dazu noch öffentliche Haushalte in Milliardenhöhe belasten, gehört ganz sicher nicht dazu. Deshalb ist Ihr Vorschlag mit uns nicht zu machen.

Damit könnte mein Redebeitrag auch schon zu Ende sein, aber lassen Sie mich gerne noch einige weitere Ausführungen machen.

(Zuruf Tobias Koch [CDU])

- Herr Koch, vielleicht lernen Sie dabei noch etwas.

Meine Damen und Herren, es ist richtig: Alle über dem Grundfreibetrag liegenden **Einkommensgruppen** würden durch einen Ausgleich der sogenannten kalten Progression entlastet. Die Wirkung wäre allerdings unterschiedlich. In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen: Je geringer das Einkommen, desto mehr sind Menschen auf öffentliche Angebote angewiesen. Wer Entlastungen bei der Einkommensteuer schafft, hat diese Mittel dann nicht mehr für die Leistungen der Daseinsvorsorge zur Verfügung. Deshalb könnte man sogar sagen:

(Beate Raudies)

Der Vorschlag der FDP ist nicht nur haushaltspolitisch unvernünftig, sondern auch sozial ungerecht.

(Christopher Vogt [FDP]: Was! - Beifall SPD)

Wir meinen nach wie vor, dass eine **Erhöhung des Spitzensteuersatzes** notwendig ist, um die erforderlichen Investitionen in Bildung und Infrastruktur finanzieren zu können. Wenn es im Bund hierzu seriöse Vorschläge gibt, werden wir diese erörtern. Aber bisher sieht es nicht danach aus.

In der letzten Legislaturperiode hat Schwarz-Gelb im Bund einen Vorschlag zum Abbau der kalten Progression gemacht. Herr Kubicki hat bereits darauf hingewiesen. Der ist aber meines Erachtens zu Recht vom Bundesrat zurückgewiesen worden. Wenn wir die kalte Progression abmildern wollen, ist eine solide Gegenfinanzierung notwendig. Auch deshalb enthält der Koalitionsvertrag der Großen Koalition keine Festlegungen zu diesem Thema.

Im Moment sehen wir keine Spielräume für einen **Einnahmeverzicht der öffentlichen Hand**. Erst letzte Woche haben wir uns gemeinsam über das gute Ergebnis des Landeshaushalts 2013 gefreut, manche mehr als andere. Wir wissen aber auch, dass die gute Konjunktur und die niedrigen Zinsen mitgeholfen haben, mehr Geld einzunehmen und weniger auszugeben als geplant. Das hat mein Kollege Lars Winter ja bereits deutlich gemacht.

Schleswig-Holstein hat in den nächsten Jahren noch eine erhebliche strukturelle Lücke im Landeshaushalt zu schließen. Diese Lücke durch selbst verursachte Mindereinnahmen in dreistelliger Millionenhöhe noch zu vergrößern, verbietet sich eigentlich von selbst.

Unsere Haushaltsschwerpunkte sind Bildung, soziale Gerechtigkeit, Infrastruktur und Energiewende. Dafür soll und muss Geld vorhanden sein. Im Übrigen sind wir auch Sachwalter der Kommunen und für deren Steuereinnahmen verantwortlich. Denn an jedem 100-€-Schein, den das Land freiwillig aus der Hand gibt, sind die Kommunen mit 17,74 % beteiligt. - Ich weiß schon, was das nächste Mal kommt, Herr Lehnert.

(Peter Lehnert [CDU]: Darauf können Sie sich verlassen!)

- Darauf freue ich mich, Herr Lehnert. Dann liefern wir uns wieder ein Scharmützel.

Daher sage ich: Der Vorschlag der FDP ist nicht umsetzbar. Wir können uns die Mindereinnahmen schlicht nicht leisten. Deswegen wollen wir auch

keinen Verweis in den Ausschuss. Wir können in der Sache entscheiden, und wir werden den Antrag der FDP ablehnen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Für die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat das Wort Herr Abgeordneter Rasmus Andresen.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir über Steuerpolitik und im konkreten Fall über den Abbau der kalten Progression beraten, kommt es aus grüner Sicht auf zwei zentrale Komponenten an, zum einen auf die Verteilungswirkung und zum anderen auf die Effekte für die öffentlichen Haushalte.

Ja, es ist richtig, dass die **kalte Progression** zu merkwürdigen **Effekten im Steuersystem** führt. Allerdings führt der Abbau der kalten Progression ohne ergänzende Maßnahmen in unserem Steuersystem zu einer Verteilung von niedrigen und mittleren Einkommen zu höheren.

Schauen wir konkret auf die Zahlen. Das Durchschnittsbruttoeinkommen liegt laut Bundesfinanzministerium in diesem Jahr ziemlich genau bei 30.000 €. Die Entlastung bei dem Abbau der kalten Progression würde für einen alleinstehenden Arbeitnehmer oder eine alleinstehende Arbeitnehmerin mit einem Jahresbruttolohn von diesen 30.000 € bei circa 150 € liegen, für Gutverdiener oder Gutverdienerinnen mit 60.000 € allerdings bei 365 €, also mehr als das Doppelte ausmachen. Die Mindereinnahmen, die dadurch beispielsweise für die Länder entstehen, kämen zu einem großen Teil Besserverdienenden zugute und gerade nicht denen mit kleinem und mittlerem Einkommen, so wie es die FDP hier gerne vorgibt.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Bitte schön.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr geehrter Herr Kollege Andresen, ist Ihnen bewusst, dass es bei der Frage der kalten Progression nicht darum geht, bestehende Gehälter zu entlasten, sondern darum, die zusätzliche Belastung beispielsweise bei einer Tarifierhöhung abzufangen? Die zusätzliche Belastung bei einer Tarifierhöhung um 1 € ist bei einem Mitarbeiter im Bereich bis 20.000 € mit 45 % deutlich stärker als in anderen Bereichen. Es geht sozusagen darum, die Besteuerung der Veränderungen zu verändern.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Das ist mir bewusst, Herr Kollege. Deshalb habe ich am Anfang gesagt, dass es für uns, wenn es um das **Steuersystem** geht, um **Verteilungswirkung** insgesamt geht. Ich weise darauf hin, dass, wenn man die kalte Progression angeht, davon in absoluten Zahlen Menschen mit hohem Einkommen mehr profitieren als Leute, die weniger verdienen. Das kann von Ihnen so gewünscht sein, aber es ist für uns kein guter Ansatz in der Steuerpolitik.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die entstehenden Mindereinnahmen der Länder kämen zu einem großen Teil den Besserverdienenden zugute und gerade nicht den kleinen Einkommen. Denn wenn es Ihnen tatsächlich um einen Inflationsausgleich gehen würde, müssten Sie mit gleicher Vehemenz die Anpassung der BAföG-Sätze oder des Hartz-IV-Regelsatzes fordern. Leider sind wir bei dieser Forderung als Grüne meistens ziemlich allein.

Für echte Verteilungseffekte und eine die Konjunktur ankurbelnde Steuerpolitik - auch damit könnte man argumentieren - müssen Sie sich vor allem um den Niedriglohnsektor kümmern, und das tun Sie eben nicht. Die Verteilungswirkung des Steuersystems gehört aus grüner Sicht insgesamt auf den Prüfstand. Der Abbau der kalten Progression kann für uns dazugehören, jedoch nicht isoliert und ganz bestimmt nicht ohne Gegenfinanzierung.

Der Abbau der kalten Progression würde allein bis zum Ende unserer Legislaturperiode 2017 nach Zahlen des Bundesfinanzministeriums bundesweit über 17 Milliarden € **Mindereinnahmen** für den Staat bedeuten. Auch bei uns im Land - wenn man

das herunterbricht; das könnte man anhand der Steuerschätzung machen - kommt man immerhin noch auf eine dreistellige Millionenhöhe. Die Zahlen sind zwar sehr unklar zu prognostizieren, weil das von der Preis- und Lohnentwicklung abhängig ist, aber eines steht mit Sicherheit fest: dass Sie sich in Ihrem Antrag einen feuchten Kehrriem um die Gegenfinanzierung kümmern. Leiden tun dadurch - auch das hat die Kollegin Raudies schon gesagt - im Endeffekt die Menschen, die am meisten von einem starken Staat profitieren, und die Länder und Kommunen, die Sie beim Schuldenabbau vor neue Hürden stellen würden.

Nein, aus unserer Sicht ist Ihr Vorschlag keine nachhaltige Finanzpolitik. Sie, Herr Kollege Kubicki, waren schon einmal weiter. Sie haben im Rahmen des Landtagswahlkampfes 2012 gefordert, um den Abbau der kalten Progression auszugleichen, den Spitzensteuersatz anzuheben. Das ist erst einmal ein guter Vorschlag - wenn Sie sich nicht mehr daran erinnern, können Sie das nachlesen -, weil man dann eine Gegenfinanzierung organisiert hätte, anders als Sie es in Ihrem jetzigen Antrag machen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Schauen wir uns das jetzt konkret an. Wie hoch müsste der **Spitzensteuersatz** sein? Genau diese Frage habe ich in einem Abgeordnetenbrief vor zwei Wochen an das Finanzministerium gerichtet. Die Antwort war durchaus interessant. Das Ergebnis ist, dass man den Spitzensteuersatz in diesem Jahr auf 47 % und im nächsten Jahr allerdings schon auf über 53 % anheben müsste. Da frage ich mich doch, ob es jetzt die Steuerpolitik der FDP ist, einen Spitzensteuersatz von 53 % zu fordern.

(Wortmeldung Wolfgang Kubicki [FDP])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter - -

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, ich nehme die Zwischenfrage an.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Herr Kollege Andresen, ich nehme an, dass Sie auch Steuerrechtsexperte sind. Bei der Frage der Finanzierung des Spitzensteuersatzes in dem Vorschlag, den wir unterbreitet haben, ging es nur um einen Tarifdeckel und nicht um die Frage der kalten Progression. Das heißt,

(Rasmus Andresen)

wenn Sie im unteren Bereich mehr entlasten wollen, müssen Sie im oberen Bereich möglicherweise für die Finanzierung sorgen. Das hat mit der Frage der kalten Progression überhaupt nichts zu tun. Noch einmal: Bei der kalten Progression geht es nur darum, dass Sie für jeden zusätzlich verdienten Euro mehr Steuern bezahlen müssen und es zu Verwerfungen kommen kann, die dazu führen, dass Sie im unteren und mittleren Bereich - das ist bei Finanzexperten völlig unstrittig - im Ergebnis trotz Tarifierhöhung weniger haben als vorher. Das heißt, eine Lohnerhöhung macht für bestimmte Bereiche keinen Sinn. Das hat mit den Tarifen überhaupt nichts zu tun.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich habe die Frage nicht herausgehört. Aber ich antworte trotzdem gerne darauf.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie behaupten dauernd etwas Falsches!)

- Ich antworte trotzdem gerne darauf. Unser Vorwurf gegenüber Ihrem Antrag ist, dass Sie **keine Gegenfinanzierung** haben. Der Abbau der kalten Progression würde dazu führen, dass der Staat wesentlich weniger Einnahmen hätte. Das können Sie beim Bundesfinanzministerium nachlesen. Da arbeiten sehr viele Steuerexperten. Ich habe gerade die Summe genannt. Das Ganze kann man auf das Land herunterbrechen. Sie setzen sich damit nicht auseinander und fordern ins Blaue hinein, dass die kalte Progression abgebaut werden sollte. Wenn man das so machen würde, wie Sie es in Ihrem Antrag global formuliert haben, ist das haushaltspolitisch absolut unseriös. - Das ist meine Antwort auf Ihre Frage.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

Ich hätte mir gewünscht, dass wir ernsthaft darüber eine Debatte führen und uns überlegen, wie man das machen könnte. Denn natürlich gibt es Ansätze im Steuersystem, die sich dafür eignen. Es gibt den Abbau von Subventionen, den man nehmen könnte. Es gibt andere Steuern, bei denen man vielleicht etwas machen könnte. Oder man könnte Ausnahmetatbestände bei der Umsatzsteuer reduzieren oder abschaffen. Das alles ist grünes Programm. Dazu sind wir gern bereit. Aber das alles ist nicht Teil Ihres Antrags. Deshalb ist Ihr Antrag unseriös. Sie

zwingen uns dazu, diesen Antrag abzulehnen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Tobias Koch [CDU]: Es ist wirklich Quatsch, was Sie jetzt sagen!)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die Fraktion der PIRATEN hat der Herr Abgeordnete Torge Schmidt.

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Als wir die Überschrift Ihres Antrags, „Mehr Steuergerechtigkeit für Schleswig-Holsteins Bürger - Kalte Progression abbauen“, gelesen haben, Herr Kubicki, war es uns ein inneres Blumenpflücken. Wir waren durchaus angetan, weil wir das nämlich auch wollen.

Aber bleiben wir sachlich. Wie Sie in der Begründung zu Ihrem Antrag richtig darlegen, führt die **kalte Progression** zu einer **Steuermehrbelastung**. Sie tritt dann ein, wenn Lohnsteigerungen lediglich einen Inflationsausgleich bewirken und die Einkommensteuersätze nicht der Inflationsrate angepasst werden.

Sie verweisen weiterhin und richtigerweise darauf, dass es durch die kalte Progression vorkommen kann, dass Arbeitnehmer trotz einer Tarifierhöhung effektiv, das heißt unter Berücksichtigung der allgemeinen Preissteigerung, einen Reallohnverlust erleben.

Leider haben Sie in der Begründung die Tatsache unberücksichtigt gelassen, dass vor allem Arbeitnehmer mit kleinem und mittlerem Einkommen überdurchschnittlich stark von der kalten Progression betroffen sind. Warum Sie diese Tatsache vernachlässigt haben, wird schnell klar, wenn man sich den Inhalt Ihres Antrags anschaut. Sie halten immer noch an Ihren Ideen aus dem Jahr 2011 fest. Wir haben jetzt aber schon 2014.

Der **Bundesrat** hat den Gesetzentwurf der vergangenen Merkel-Regierung schon in der vergangenen Legislaturperiode quasi kassiert. Was übrig geblieben ist und worauf sich alle Parteien einigen konnten, war die **Anhebung des Grundfreibetrags** zur steuerlichen Freistellung des verfassungsrechtlich gebotenen Existenzminimums in zwei Schritten. 2013 stieg der Freibetrag auf 8.130 €. In diesem Jahr erhöht er sich auf 8.354 €. Nun gut. Das lag nicht wirklich in Ihrem Entscheidungshorizont.

(Torge Schmidt)

Gestrichen wurde schon damals die prozentuale Anpassung des gesamten Tarifverlaufs zur Abmilderung der Auswirkungen der kalten Progression sowie der Vorschlag bezüglich einer regelmäßigen **Überprüfung der Wirkung der kalten Progression** im Tarifverlauf im Zweijahresrhythmus durch die Bundesregierung.

Während wir letztgenanntem Vorschlag noch vorbehaltlos zustimmen konnten - wer könnte etwas dagegen haben -, sehen wir uns dazu bei der prozentualen Anpassung des gesamten Tarifverlaufs in der von Ihnen vorgesehenen Form nicht in der Lage. Warum nicht, will ich Ihnen kurz erklären.

Die FDP sieht vor, die Einkommensgrenze der Tarifzonen in Höhe von der jeweils abzuschätzenden Preissteigerung anzuheben. Für die Jahre 2013 und 2014 wären das 4,4 % gewesen. Durch diese Anhebung hätte sich die tarifliche Grenzbelastung nach Einschätzung des DIW bis zu einem zu versteuern den Einkommen von gut 55.000 € reduziert. Insgesamt, so das DIW, würde die durchschnittliche tarifliche Belastung für alle Steuerpflichtigen geringfügig gesenkt, bei den mittleren und gehobenen Einkommen etwas stärker als bei den unteren und bei den sehr hohen Einkommen. Prima. Wir PIRATEN wollen Armut verhindern, aber nicht Reichtum. Das ginge aber anders besser.

Damit komme ich zu unserem ersten Kritikpunkt. Wie bereits angedeutet, stimmen wir grundsätzlich mit dem Ziel des Abbaus der kalten Progression überein. Wie formulierte es Ihr Kurzzeitpartei vorsitzender Rösler so treffend im vergangenen Jahr: Die kalte Progression ist eine der größten Ungerechtigkeiten gegen kleine und mittlere Einkommen im Steuersystem. - Dabei sind wir vollkommen bei Ihnen.

Jedoch nicht nachvollziehen können wir die aufgezeigten Konsequenzen, die Sie im Rahmen Ihres Antrags von der Landesregierung einfordern. Wenn Sie die kalte Progression als eine der größten Ungerechtigkeiten insbesondere auch gegen kleine Einkommen ansehen, warum entlasten Sie die Menschen mit kleinem Einkommen dann nicht stärker? Warum starten Sie nicht wirklich einmal den Versuch, das **Steuersystem fairer und gerechter** zu gestalten? Die Wirkungen der kalten Progression entstehen vor allem durch den schnellen Anstieg der Grenz- und Durchschnittssteuersätze im unteren und mittleren Einkommensbereich. Warum also wollen Sie die Kurve nur verschieben, statt sich dem Verlauf der Kurve anzunehmen und hier Änderungen vorzunehmen und wirklich in eine neue Richtung zu denken? Warum?

Ich denke, wir sind uns einig, wenn ich sage, dass es bei einem Auto mit einem Motorschaden nicht hilft, nur die Räder zu tauschen. So scheint es zumindest im vorliegenden Fall. Seien Sie doch einmal ehrlich zu sich selbst: Würden Ihnen die vom Arbeitskreis Steuerschätzung antizipierten Steuermehreinnahmen nicht derart in die Hände spielen, wäre Ihr Vorschlag - wie leider oftmals - nur in Verbindung mit der Aufnahme neuer Schulden realisierbar.

Berechnungen des DIW zufolge würde der von Ihnen eingebrachte **Reformvorschlag** zu **Steuerausfällen** in Höhe von 3,7 Milliarden € pro Jahr führen, wobei der Großteil auf die Senkung der Progression im mittleren und höheren Einkommensbereich entfiel.

Werte Kollegen der FDP, wir haben zur Kenntnis genommen, dass Sie von einer Kompensation dieser Ausfälle durch die inflationsbedingten Mehreinnahmen ausgehen und Sie die von Ihnen geplanten Steuerentlastungen zudem im Einklang mit der Schuldenbremse sehen. Dem können wir uns allerdings nur bedingt anschließen. Es mag sein, dass unter den derzeitigen Voraussetzungen keine Aufnahme neuer Schulden notwendig wäre. Ob der von Ihnen erwartete Spielraum jedoch mittel- bis langfristig bestehen bleibt, vermögen wir zum aktuellen Zeitpunkt nicht vorherzusehen. Auch Sie würden sich wohl sehr weit aus dem Fenster lehnen, wenn Sie behaupten würden, das vorhersagen zu können. - Ich danke Ihnen und freue mich auf eine weitere Beratung.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für den SSW hat der Abgeordnete Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Landesregierung soll sich in Berlin für einen **Ausstieg** aus der sogenannten **kalten Progression** einsetzen, so die FDP. Eine Steuermehrbelastung soll mit diesem Antrag verhindert werden. Die kalte Progression steht natürlich nicht im luftleeren Raum, sondern sie ist an das System gebunden, ein System, das sich prinzipiell progressiv aufbaut. Unser Wirtschaftssystem produziert Inflation. Dies wiederum führt zu Lohnsteigerungen, und schon sind wir wieder bei der Progression angekommen. Es ist also ein Kreislauf.

(Lars Harms)

Mit diesem Antrag will man die Liebschaft zwischen dem Fiskus und der regelmäßigen Lohnsteigerung endgültig beenden. Der Grundgedanke ist aus Sicht des SSW sicherlich nicht verkehrt. Vor dem Hintergrund der **Steuergerechtigkeit** ist die kalte Progression ein echtes Problem. Wenn nach einer Lohnerhöhung etwas weggenommen wird, dann sollte auf der anderen Seite auch eine angemessene Kompensation erfolgen. Soziale Verhärtungen sollten aus unserer Sicht durch Gegenmaßnahmen ausgeglichen werden.

Jedoch hat die FDP in ihrem Antrag etwas Wichtiges vergessen, eigentlich sogar das Wichtigste, nämlich die **Gegenfinanzierung**. Ohne eine Gegenfinanzierung würde dieses Modell letztendlich zu Mindereinnahmen auf der staatlichen Seite führen. Das kann und sollte die Landesregierung nicht verantworten. Die Landesregierung ist in diesem Fall, also im Fall einer Steuersenkung ohne Gegenfinanzierung, in der Pflicht, im Bundesrat gegen derartige Vorhaben zu stimmen, um den damit verbundenen Schaden vom Land abwenden zu können.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schließlich muss unsere Landesregierung Verantwortung für die Lebensumstände ihrer Bürger übernehmen. Wie Sie sicherlich wissen, haben Bund und Länder in Gemeinsamkeit einen umfassenden Konsolidierungspfad eingeschlagen. Mindereinnahmen würden also einen erheblichen Brocken auf der Wegstrecke darstellen.

Ein Gegenstück zum Abbau solcher verdeckten Steuererhöhungen durch die kalte Progression lässt sich natürlich nicht unmittelbar aus dem Hut zaubern. Um dem Antrag einen Schritt näherzukommen, müssen wir uns alle an dieser Stelle einmal Gedanken machen. Auf den Schuldenabbau kann an dieser Stelle ganz sicher nicht verzichtet werden. Was bleibt also übrig? Eine Sache, über die man in diesem Zusammenhang nachdenken muss, ist die Erhöhung des Spitzensteuersatzes.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Lars Harms [SSW]:

Selbstverständlich gern.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Da ich die Debatte nicht verlängern möchte, möchte ich einfach nur für den Kollegen Harms, für die So-

zialdemokraten und für die Grünen eine Literaturempfehlung aussprechen. Ich empfehle immer wieder gern das Buch von Peer Steinbrück mit dem Titel „Unterm Strich“. Auf den Seiten 347 und 348 äußert er sich zur Frage der kalten Progression. Wenn Sie das lesen, wird Ihnen vielleicht klar, dass mit der Frage der kalten Progression nicht die Frage - -

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

- Sie haben offensichtlich noch nicht einmal Steinbrück gelesen. Sonst würden Sie solche Debattenbeiträge nicht leisten.

Unabhängig davon geht es nicht um die Frage der Steuersenkung oder um die Frage des Haushaltsausgleichs. Vielmehr geht es darum, dass die Ungerechtigkeit darin besteht, dass jemand, der eine Gehaltserhöhung bekommt, aufgrund der Tarifsteigerungen, aufgrund der kalten Progression netto weniger hat, als er vorher hatte. Das kann systematisch nicht richtig sein und muss deshalb beseitigt werden.

- Herr Kollege Kubicki, wir sind uns völlig einig in der Feststellung, dass die **kalte Progression** natürlich genau zu den **Effekten** führt, die Sie beschrieben haben. Es ist aber nun einmal so, dass bei künftigen Lohnerhöhungen auch künftige Einnahmen des Staates entstehen, der mit diesen Einnahmen rechnet. Wenn der Staat auf diese zukünftigen Einnahmen verzichten soll, dann müssen wir dies gegenfinanzieren. Nichts anderes habe ich hier gesagt. Ich glaube, das ist auch nachvollziehbar. Wenn wir darüber reden, müssen wir uns auch darüber Gedanken machen, wie man es schafft, die Abschaffung der kalten Progression zu finanzieren. Eine mögliche Maßnahme ist die Erhöhung des Spitzensteuersatzes.

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD])

Andere Modelle, um die Folgen der kalten Progression abzumildern oder zu umgehen, sind beispielsweise die Einführung einer Flat Tax, eine weitere Absenkung des Eingangssteuersatzes oder die automatische Anpassung von Steuergrenzen und Absetzbeträgen an die Inflationsrate.

Mit Beginn dieses Jahres wurde ein Gesetz zum Abbau der kalten Progression auf den Weg gebracht. In zwei Schritten wird der Grundfreibetrag beim Einkommensteuertarif angehoben. Von dem zu versteuernden Einkommen bleibt also jetzt ein **Grundfreibetrag** in Höhe von 8.354 € in der Ein-

(Lars Harms)

zelveranlagerung steuerfrei. Ob man dies als einen Schritt in die richtige Richtung oder auch nur als eine reine Kosmetik ansehen mag, ist sicherlich strittig. Das ist aber ein erster Schritt, um niedrige Einkommen zu entlasten. Ich glaube, man sollte einmal feststellen, dass das nicht so verkehrt ist.

Wir sehen als SSW nur zwei Grundsätze, an denen wir gern festhalten wollen. Der erste Grundsatz lautet: Starke Schultern können und sollen mehr tragen als schwache Schultern. Das ist unser erster Ansatz, meine Damen und Herren.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unser zweiter Ansatz ist, dass Steuersenkungen immer auch gegenfinanziert sein müssen. Beim besten Willen kann ich einem Antrag ohne jeglichen Hinweis auf die Gegenfinanzierung nicht zustimmen.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Falls sich die FDP doch noch zu einem fundierten Gegenfinanzierungsplan aufrufen sollte, sind wir natürlich gern bereit, darüber nachzudenken. Das eine gehört aber definitiv auch zum anderen.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Landesregierung hat Frau Finanzministerin Monika Heinold das Wort.

Monika Heinold, Finanzministerin:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wenn es um den Abbau der kalten Progression geht, steht zumeist der Begriff der **Steuergerechtigkeit** im Mittelpunkt der Debatte. In der Tat ist der Begriff heute schon mehrfach gefallen. Er steht auch in der Überschrift des FDP-Antrags: Mehr Steuergerechtigkeit für Schleswig-Holsteins Bürger. Wer wollte diesem Ziel widersprechen?

Ich will gern zugestehen: Dass Lohnerhöhungen, die lediglich die Inflation ausgleichen, zu einer höheren Steuerbelastung führen können, ist mit dem Begriff der Steuergerechtigkeit nur schwer unter einen Hut zu bringen. Die Landesregierung ist gern bereit, sich auf **Bundesebene** für mehr Steuergerechtigkeit einzusetzen, aber der springende Punkt in der Debatte ist dieser: Eine Ungerechtigkeit zu beseitigen, indem man neue Ungerechtigkeiten schafft, kann nicht das Ziel der Reise sein.

Es gibt nämlich noch einen anderen Gesichtspunkt, der zu berücksichtigen ist, und das ist die **Generationengerechtigkeit**. Schleswig-Holstein steht nach wie vor mit 27 Milliarden € in der Kreide. Das bedeutet: Jeder neunte Euro, den die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler dem Land anvertrauen, muss aktuell für Zinszahlungen zweckentfremdet werden.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Ministerin, gestatten Sie eine Wortmeldung des Herrn Abgeordneten Dr. Garg?

Monika Heinold, Finanzministerin:

Das mache ich.

Dr. Heiner Garg [FDP]: Vielen Dank, Frau Ministerin. Ich bin ganz bei Ihnen, wenn Sie den Aspekt der Generationengerechtigkeit so hervorheben. Würden Sie das, was derzeit in Berlin von der **Großen Koalition** im Hinblick auf unsere Sozialversicherungssysteme und insbesondere die Alterssicherungssysteme geplant ist, als generationengerecht bezeichnen?

- Nein.

(Beifall)

Die heutigen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler bezahlen damit die Zeche früherer Generationen. Deshalb haben wir mit der **Schuldenbremse** vereinbart, bis 2020 die Ausgaben und die Einnahmen des Landes wieder zusammenzuführen und den Haushalt generationengerecht aufzustellen. Der Finanzplan der Landesregierung sieht bis 2020 einen strukturell ausgeglichenen Haushalt vor, und zwar auf Basis unseres Trendsteuerepfades. Damit ist klar: Wer am Steueraufkommen des Landes oder des Bundes eine Stellschraube verändern will, der muss sich immer fragen, wie die Wirkung ist. Für Steueränderungen, die dazu führen, dass wir die zukünftige Generation mehr belasten, weil wir wieder mehr Schulden machen, steht diese Landesregierung nicht zur Verfügung.

Ja, es ist zutreffend, die Landesregierung hat in der vergangenen Woche den ersten erfolgreichen **Jahresabschluss** seit 1962 vorgelegt. Ja, es ist auch zutreffend, dass wir dank der guten Konjunktur, der niedrigen Zinsen und des klugen Konsolidierungspfades einen Haushaltsüberschuss haben erwirtschaften können. Es trifft auch zu, dass es uns gelungen ist, einige Sonderfonds aufzulegen, um die verdeckte Verschuldung und den Investitionsstau Stück für Stück abzubauen. Es ist auch zutref-

(Ministerin Monika Heinold)

fend, dass wir in dieser Legislaturperiode bereits 1,3 Milliarden € weniger Schulden als geplant aufgenommen haben. Aber diese hervorragende **Zwischenetappe** auf dem Weg zu einem dauerhaft ausgeglichenen Haushalt muss für uns Ansporn sein, den eingeschlagenen Konsolidierungspfad konsequent weiterzugehen. Sie darf nicht Anlass dazu sein, unsere Bemühungen einzustellen oder gar zu konterkarieren.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Meine Damen und Herren, Konsolidieren klappt nur, wenn wir die begonnene Diät durchhalten. Wer die Schokolade wieder aus dem Schrank holt, sobald die ersten Pfunde purzeln, hat in der Regel verloren.

(Beifall Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

- Einige von Ihnen scheinen diese Problematik zu kennen. - Genau das ist es aber, was bei CDU und FDP in diesen Tagen zu beobachten ist: Kaum hat das Land zum ersten Mal seit über 50 Jahren keine neuen Schulden gemacht, fallen CDU und FDP in die alten Handlungsmuster zurück.

(Lachen Volker Dornquast [CDU])

- Hören Sie zu, und lachen Sie fröhlich weiter. - Die FDP fordert munter die **Absenkung der Grunderwerbsteuer** und die **Abschaffung der kalten Progression**. Dies führt automatisch zu geringeren Einnahmen, als wir sie sonst hätten. Und als wären wir mit der Konsolidierung schon durch, fordert die CDU, die von ihr damals zur Haushaltskonsolidierung beschlossene Kürzung des **kommunalen Finanzausgleichs** wieder zurückzunehmen. Gegenfinanzierung? - Fehlanzeige.

(Zurufe CDU)

- Das haben Sie doch gefordert. Sind wir durch mit der Konsolidierung? - Nein, eine Abkehr vom eingeschlagenen Konsolidierungspfad ist mit dieser Landesregierung nicht zu machen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Wer strukturelle Haushaltsbelastungen beschließen will, der muss diese auch gegenfinanzieren.

Eine Möglichkeit, um Steuergerechtigkeit und Generationengerechtigkeit unter einen Hut zu bringen, wäre, den **Spitzensteuersatz** zu erhöhen und in gleicher Höhe die kleinen und mittleren Einkommen zu entlasten, die von der kalten Progression

besonders betroffen sind. Sie können sagen, das sei kalte Progression nach Kassenlage. Wir nennen dies einen konkret umsetzbaren Vorschlag. Würden wir dies in Berlin für das Jahr 2014 beschließen, so müsste der Spitzensteuersatz von derzeit 45 % auf 47,5 % erhöht werden. Damit könnten wir die 770 Millionen € an kalter Progression im Jahr 2014 auffangen; unter der Voraussetzung einer Preisentwicklung von 1,8 %. Dies wäre jedoch nur eine Lösung für dieses eine Jahr. Es ist mit Sicherheit keine dauerhafte Lösung, weil Sie diesen Weg nicht Jahr für Jahr beschreiten können.

Meine Damen und Herren, es wäre aber in jedem Fall mehr, als in den letzten Jahren passiert ist, in denen Sie sehr viel Einfluss hatten, Herr Kollege Kubicki. Die kalte Progression wurde zum letzten Mal aber im Jahr 2010 ausgeglichen. Wir sind natürlich für andere **Finanzierungsvorschläge** offen, solange sie für mehr Gerechtigkeit sorgen und keine neuen Löcher in die öffentlichen Kassen reißen. Also, nicht schnacken, sondern finanzierbare Vorschläge auf den Tisch legen, dann ist die Landesregierung gern mit an Bord. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie wissen gar nicht, wie das funktioniert!)

- Herr Kubicki, dieser Spruch, dass ich nicht weiß, wie das funktioniert, über den wir uns intern schon einmal ausgetauscht haben, ist inzwischen 17 Jahre alt. Es mag sein, dass ich tatsächlich komplett unfähig bin. Es ist mir jedoch relativ egal, ob Sie das behaupten oder nicht. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Zunächst möchte ich Herrn Kollegen Torge Schmidt fragen: Herr Schmidt, Sie haben gerade gesagt, dies könne man gern weiter diskutieren. War dies ein Antrag auf Ausschussüberweisung?

(Torge Schmidt [PIRATEN]: Nein!)

- Nein, dann kommen wir zur Abstimmung in der Sache. - Wer dem Antrag in der Drucksache 18/1465 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

GRÜNEN, der PIRATEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Damit ist dieser Antrag mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 33 auf:

Verlängerung der Kernbrennstoffsteuer

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
[Drucksache 18/1479](#)

Ausstieg aus der Kernenergie seriös fortführen

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
[Drucksache 18/1507](#)

Mir wurde schriftlich mitgeteilt, dass die Behandlung ohne Aussprache erfolgen soll. Stimmt dies noch? -

(Zurufe: Ja!)

Bitte teilen Sie mir mit, ob Ausschussüberweisung oder Abstimmung in der Sache beantragt wird.

(Zurufe: Nein!)

- Gut. Wer also den Antrag Drucksache 18/1479 sowie den Änderungsantrag Drucksache 18/1507 als selbstständigen Antrag an den Umwelt- und Agrarausschuss und - ich denke - auch an den Wirtschaftsausschuss überweisen will, den bitte ich um das Handzeichen.

(Weitere Zurufe)

- Den „Egalausschuss“ haben wir nicht. Ich bitte um eine klare Ansage, in welchem Ausschuss diese Anträge federführend behandelt werden sollen. Es geht um die Kernbrennstoffsteuer - also doch dem Wirtschaftsausschuss und mitberatend dem Umwelt- und Agrarausschuss oder nicht?

(Unruhe)

Dann mache ich folgenden Vorschlag: Wer diesen Antrag dem Wirtschaftsausschuss überweisen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dies einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu den Tagesordnungspunkten 8, 11 und 12:

Gemeinsame Beratung**a) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Neuregelung der Wahl der Mitglieder des Landesverfassungsgerichts**

Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN
[Drucksache 18/1445](#)

b) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Neuregelung der Wahl der oder des Landesbeauftragten für Datenschutz

Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN
[Drucksache 18/1472](#)

c) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Neuregelung der Wahl der Mitglieder des Landesrechnungshofs

Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN
[Drucksache 18/1480](#)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache. Mir wurde mitgeteilt, dass es im Ältestenrat eine Verständigung gegeben haben soll, dass lediglich die PIRATEN eine Redezeit angemeldet haben.

(Zurufe - Wortmeldung Dr. Heiner Garg [FDP])

- Vielen Dank, dass das jetzt geordnet geht und Herr Garg vielleicht einmal sagt, was wir jetzt zu verhandeln haben.

[Dr. Heiner Garg \[FDP\]:](#)

Frau Präsidentin! Im Ältestenrat wurde einvernehmlich vereinbart, dass zu diesem Tagesordnungspunkt keine Aussprache stattfindet. Dieses Verfahren wird nun offensichtlich, was nach der Geschäftsordnung geht, von der antragstellenden Fraktion nicht mehr eingehalten. Gleichwohl haben sich die übrigen Fraktionen darauf geeinigt, dass die Kollegin Marret Bohn für die übrigen Fraktionen kurz dazu Stellung nehmen wird.

[Vizepräsidentin Marlies Fritzen:](#)

Vielen Dank, Herr Kollege, das klärt die Lage dahin gehend, dass jetzt für die Fraktion der PIRATEN der Kollege Patrick Breyer das Wort hat. Er hat 5 Minuten Zeit, seine Rede vorzutragen.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

(Christopher Vogt [FDP]: Der fleißigste Abgeordnete! - Heiterkeit - Beifall FDP und Hauke Götsch [CDU])

- Wenn Sie das so sagen. - „Ein CDU-Richter ist umgefallen“ - so war es in der Zeitung im letzten Herbst zu lesen, als das Urteil des Landesverfassungsgerichts über die Landtagswahl und über die Befreiung des SSW von der Sperrklausel verkündet wurde.

Wie kann es dazu kommen, dass in der Öffentlichkeit offensichtlich der Eindruck entstehen kann, dass es CDU- und SPD-Richter im Landesverfassungsgericht gebe?

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Ursache ist das **Verfahren zur Wahl der Mitglieder des Landesverfassungsgerichts**.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Nein, das ist nicht die Ursache, sondern die Pressefreiheit ist die Ursache! Die können den größten Mist schreiben! Das ist zulässig in Deutschland!)

Das Verfahren ist im Moment so ausgestaltet, dass die Mitglieder des Landesverfassungsgerichts von den Fraktionen im Verhältnis ihrer Stärke vorgeschlagen werden. Das heißt, der Ausschuss, der den Wahlvorschlag unterbreitet, hat quasi nur die Auswahl unter so vielen Personen, wie am Ende auch gewählt werden müssen. Zu diesem Wahlverfahren äußert sich etwa der Richterbund besorgt:

„Es darf nicht der Eindruck entstehen, die im Grundgesetz festgeschriebenen Qualitätskriterien der Eignung, Leistung und Befähigung seien bei der Wahl von Bundesrichtern außer Kraft gesetzt und es herrsche ein parteipolitisch bestimmtes Auswahlverfahren.“

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP] - Heiterkeit SPD)

- Herr Kubicki oder in den Worten der „Kieler Nachrichten“:

„Die Fraktionen mauscheln sich bisher ein Personalpaket zusammen. So bleibt unklar, ob wirklich die fähigsten Juristen den Sprung ins Verfassungsgericht schaffen.“

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sie sind am Mittwoch schlecht, Sie sind am Donnerstag schlecht, Sie sind am Freitag immer noch

schlecht! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Mir wird langsam schlecht!)

Wir PIRATEN möchten, dass über die Besetzung dieser Ämter nach einer **öffentlichen Ausschreibung und Anhörung** der Interessenten entschieden wird. Ein solches Verfahren hat mehrere Vorteile. Lassen Sie mich nur drei davon nennen.

Erstens. Wir öffnen das Wahlverfahren für alle Interessenten und haben dadurch einfach mehr Auswahl. Das dient der Findung der besten Kandidatinnen und Kandidaten.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Wenn Sie uns versprechen, nie Interessent zu werden!)

Der Richterbund sagt, eine transparente Auswahl erfordere ein offenes Interessenbekundungsverfahren. Das sieht unser Gesetzentwurf vor.

Zweitens. In unserem Verfahren wird die Auswahl nicht mehr von den einzelnen Fraktionen getroffen, sondern vom Wahlausschuss insgesamt, das heißt, er hat eine echte Auswahl unter mehr Personen, als Mitglieder zu besetzen sind.

Drittens. Wir erreichen eine Einbeziehung der Öffentlichkeit dadurch, dass sich die Interessentinnen und Interessenten auch in öffentlicher Sitzung vorstellen können.

Herr Kubicki, ich habe in der Presse gelesen, dass Sie das kritisieren. Ich muss Ihnen sagen: Wer als Richterin oder Richter öffentliche Verhandlungen des Landesverfassungsgerichts führen und daran teilnehmen kann, kann sich auch in einer öffentlichen Sitzung vorstellen. Als wir die Präsidentin des Obergerichts gewählt haben beziehungsweise davor hatte sie auch gar kein Problem damit, sich in öffentlicher Sitzung des Richterwahlausschusses vorzustellen und zu präsentieren.

(Zuruf: Die leitet auch eine Behörde!)

Dementsprechend wünschen wir uns, dass schon im **Frühjahr**, wenn die **nächste Verfassungsrichtervahl** ansteht, ein offenes und transparentes Wahlverfahren Anwendung findet. Wenn wir das wollen, können wir es auch bis dahin umsetzen.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Zu Recht gesagt: Wenn wir es wollen!)

Wir können jederzeit als Ausschuss zum Beispiel zur Interessensbekundung auffordern, und wir können auch jederzeit im Einvernehmen eine öffentliche Anhörung durchführen.

Wir wünschen uns, dass im Sommer, wenn die Wahl des oder der **Landesbeauftragten für Da-**

(Dr. Patrick Breyer)

tenschutz ansteht, das in einem offenen und transparenten Verfahren geschieht, und wir wünschen uns auch, wenn in einigen Jahren wieder die Spitze des **Landesrechnungshofs** zu besetzen ist,

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Da werden Sie nicht mehr dabei sein!)

dass dies in einem offenen und transparenten Verfahren geschieht - ob wir dabei sind oder nicht, Herr Dr. Stegner.

Alle diese Institutionen - Verfassungsgericht, Datenschutzbeauftragter und Landesrechnungshof - haben die wichtige Aufgabe, die Regierung zu kontrollieren, teilweise sogar den Landtag. Ein nachvollziehbares und offenes Auswahlverfahren stärkt den öffentlichen Rückhalt dieser Institutionen, den sie so dringend gerade in politisch sensiblen Fragen benötigen.

(Zuruf: Das ist Wunschdenken!)

Deshalb werbe ich um Unterstützung des Vorschlags und freue mich auf konstruktive Beratungen im Ausschuss. Wenn wir uns dazu entschließen, diesen Weg zu gehen, wird Schleswig-Holstein bundesweit zum Vorbild, was die offene und transparente Vergabe öffentlicher Ämter angeht.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, Sie müssen bitte zum Schluss kommen,

(Wortmeldung Wolfgang Kubicki [FDP])

es sei denn, Sie gestatten eine Wortmeldung des Abgeordneten Kubicki, dann können Sie Ihre Redezeit dadurch sozusagen verlängern.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Dann nicht! - Heiterkeit und vereinzelter Beifall)

Das Wort hat Frau Abgeordnete Dr. Marret Bohn.

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Piratenfraktion, lieber Herr Kollege Breyer, ich will gar nicht auf die vielen Details eingehen, die Sie gerade angeführt haben. Ich finde es schade, dass abweichend vom Verfahren, das im Ältestenrat besprochen worden ist, jetzt doch von Ihnen eine Aussprache gewünscht war. Das kann passieren.

Es ist möglich, es ist auch durchaus Ihr gutes Recht, jetzt ganz viele Sachen zu fordern. Ich kann Ihnen versichern, dass sowohl die CDU als auch SPD,

FDP, der SSW und die Grünen alles Weitere gern mit Ihnen im Ausschuss besprechen werden. Wir wollen bei allen Verfahren ein gutes Verfahren finden. Auch bei uns sind die Schreiben der Richterverbände angekommen. Wir sehen uns das alles an. Ich denke, zu dieser Tageszeit sind wir alle froh und dankbar, wenn wir uns gemeinsam dazu entscheiden, es in den Ausschuss zu überweisen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Meine Damen und Herren, wer diesem Antrag folgen und die Gesetzentwürfe, Drucksache 18/1445, Drucksache 18/1472 und Drucksache 18/1480, dem Innen- und Rechtsausschuss überweisen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dies einstimmig so beschlossen.

Es folgen die Punkte ohne Aussprache. Ich rufe die Tagesordnungspunkte 13 und 19 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Einrichtung eines Landesbergamtes prüfen

Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/1334 (neu)

b) Keine zusätzliche Behörde in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/1457

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich schlage vor, den Sachantrag Drucksache 18/1457 dem Umwelt- und Agrarausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Abgeordneten von FDP, CDU, PIRATEN, SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dies einstimmig so beschlossen.

Über den Berichtsantrag in der Drucksache 18/1334 (neu) lasse ich in der Sache abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen.

(Unruhe)

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

Das sind die Fraktionen von FDP, CDU, PIRATEN, SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dies ebenfalls einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 31 auf:

Einheitliche Kennzeichnung bei Scripted Reality Formaten

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
[Drucksache 18/1477](#)

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN
[Drucksache 18/1505](#)

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich schlage vor, den Antrag Drucksache 18/1477 sowie den Änderungsantrag Drucksache 18/1505 dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Dann ist auch dies einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 39 A auf:

Frei werdende Mittel der Frauen-Helpline für Frauenhäuser verwenden

Beschlussempfehlung des Sozialausschusses
[Drucksache 18/1496](#)

Ich erteile dem Berichterstatter des Sozialausschusses, Herrn Abgeordneten Peter Eichstädt, das Wort.

Peter Eichstädt [SPD]:

Frau Präsidentin! Ich würde gern auf die Vorlage verweisen, wenn Sie einverstanden sind.

(Christopher Vogt [FDP]: Und dafür brauchst du einen Zettel? - Heiterkeit)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Damit bin ich sehr einverstanden. Vielen Dank. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Mit Drucksache 18/1496 haben die Mitglieder des Sozialausschusses dem Landtag einen Entschließungsantrag mit der Bitte um Übernahme vorgelegt. Wer dieser Entschließung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Kollegen von FDP, CDU, SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. Wer ist dagegen? - Das sind

die Kollegen der Piratenfraktion. Wer enthält sich? - Damit ist das mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 41 auf:

Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission 2014

Bericht der Landesregierung
[Drucksache 18/1431](#)

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich schlage vor, den Bericht der Landesregierung federführend dem Europaausschuss und mitberatend allen weiteren Landtagsausschüssen zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist diese Überweisung einstimmig so beschlossen.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die Sammeldrucksache. Ich rufe die Sammeldrucksache auf:

Sammeldrucksache über Vorlagen gemäß § 63 Abs. 1 a der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags**[Drucksache 18/1488 \(neu\)](#)**

Die Voten zu den einzelnen Tagesordnungspunkten, für die eine Gesamtabstimmung nach § 63 Abs. 1 a der Geschäftsordnung vorgesehen ist, entnehmen Sie bitte der Ihnen vorliegenden Drucksache 18/1488 (neu). Voraussetzung für die Abstimmung ist, dass keine Abgeordnete oder kein Abgeordneter widerspricht. - Das ist offenbar nicht der Fall.

Wer mit der Übernahme der Empfehlungen entsprechend der Sammeldrucksache 18/1488 (neu) einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Damit hat der Landtag diese Empfehlungen einstimmig bestätigt.

Meine Damen und Herren, ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende und gebe Ihnen bekannt, dass die nächste Tagung, die 18. Tagung des Landtags, am 19. Februar 2014 um 10 Uhr beginnt. Bis dahin wünsche ich Ihnen allen eine gute Zeit.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 14:54 Uhr

Anhang

Reden zu Protokoll

Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission 2014

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/1431

Regina Poersch [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Das Europäische Jahr der Bürgerinnen und Bürger 2013 ist gerade vorbei, aber ich finde, auch dieses Jahr sollte eines für Bürgerinnen und Bürger werden. Deshalb befassen wir uns ja mit dem Arbeitsprogramm der Kommission und seiner Bedeutung für unser Land. Danke für den Bericht, Frau Ministerin, mit dem die Landesregierung die aus ihrer Sicht zentralen Themen für unser Land identifiziert.

Die Prioritäten aus Sicht der SPD Landtagsfraktion möchte ich kurz skizzieren. Nicht erst angesichts der aktuellen Debatte um die Arbeitnehmerfreizügigkeit ist die Frage von Mobilität von Arbeitskräften ins Zentrum gerückt, sondern zum Glück schon, als wir in Europa die Chancen erkannten, die in europaweiter Freizügigkeit für Wirtschaft und Beschäftigte liegt. Unser Land profitiert von Arbeitnehmerfreizügigkeit, und das lassen wir uns auch nicht kaputtreden.

Der Ausschuss der Regionen hat im vergangenen Jahr nach 20 Jahren Binnenmarkt Bilanz gezogen und sich die Situation der „Frontier Workers“, der „Grenzpendler“, genauer angesehen. Für uns in Schleswig-Holsteiner ein ganz wichtiges Thema, wirtschafts- wie europapolitisch. Zweifellos bietet der grenzüberschreitende Arbeitsmarkt mit Dänemark Potenziale, insbesondere für junge Menschen. Hier von einem „europäischen Arbeitsmarkt“ zu sprechen, wäre verfrüht - dafür hapert es noch an zu viel Unterschiedlichkeit in den Rahmenbedingungen wie sozialen Sicherungssystemen und Steuerhindernissen oder der Anerkennung von Berufsabschlüssen und Sprachkenntnissen. Der Vollständigkeit halber will ich ergänzen, dass nach Meinung des AdR ein gesetzlicher Mindestlohn ein weiteres wichtiges Kriterium für einen europäischen Arbeitsmarkt ist.

Diese vom AdR genannten Rahmenbedingungen nimmt sich die Kommission in diesem Jahr vor: die Angleichung sozialer Sicherungssysteme, ein einheitliches Mehrwertsteuersystem. Die Kommission sagt außerdem Schwarzarbeit und Steuerhinterzie-

hung den Kampf an. Sie ist mit mir der Meinung: Wer betrügt, der fliegt!

Und weil ein soziales Europa auch gerechte, auskömmliche Löhne bedeuten muss, ist es nur folgerichtig, dass die Kommission das Thema Entgeltgleichheit zum Gegenstand ihres diesjährigen Arbeitsprogramms macht. Klar ist aber natürlich auch, dass die gleiche Entlohnung von Männern und Frauen für gleiche Arbeit für die Sozialdemokratie kein neues Thema ist.

Als weiteres wichtiges Thema will ich den Zugang zu Dienstleistungen für Menschen mit Behinderung nennen - nicht nur, weil dies ein Menschenrecht ist, sondern weil wir in Schleswig-Holstein mit unseren Aktivitäten für einen barrierefreien Tourismus einiges angeschoben haben. Dass dies für 2014 zum Arbeitsprogramm der Kommission gehören soll, bestärkt uns. Wir sind auf dem richtigen Weg, Reisen für alle in Schleswig-Holstein zu gestalten und anzubieten.

Obwohl sich die Amtsperiode der Kommission dem Ende zuneigt, nimmt sie sich als neue Initiative kein geringeres Thema als die Klima- und Energiepolitik bis 2030 vor. Das Stichwort lautet Energiebinnenmarkt. Ein nachhaltiges, sicheres und wettbewerbsfähiges Energiesystem EU-weit: ein echtes Zukunftsthema!

Außerdem wird in diesem Jahr darüber entschieden, ob und wie das Stockholmer Programm und damit die europäische Politik im Bereich Justiz und Inneres weitergeführt wird. Dazu gehört unter anderem auch die Migrations- und Asylpolitik. Europas Solidarität und humanitäre Verantwortung müssen bei uns in Schleswig-Holstein in eine Willkommenskultur münden - sei es angesichts steigender Asylbewerberzahlen oder angesichts eines Fachkräftebedarfs, für den wir Zuwanderung dringend brauchen.

Wir werden uns nach der heutigen Debatte und am 11. Februar mit der Landesregierung über das Arbeitsprogramm austauschen. Am 12. Februar tagt der Europaausschuss, wohin wir den Bericht überweisen sollten. So sollte es möglich sein, anders als in Vorjahren in diesem Jahr bereits in der Februar-Tagung des Landtages zu einem Ergebnis zu kommen, um dann die uns wichtigen Themen auf europäischer Ebene und hier im Land voran zu bringen.